

PAPERS

MARCEL BOIS, BERND HÜTTNER (HRSG.)

**BEITRÄGE ZUR GESCHICHTE
EINER PLURALEN LINKEN**

HEFT 1

THEORIEN UND BEWEGUNGEN VOR 1968

Marcel Bois, Bernd Hüttner (Hrsg.):

Beiträge zur Geschichte einer pluralen Linken

Heft 1

Theorien und Bewegungen vor 1968

Impressum:

Herausgegeben von der
Rosa-Luxemburg-Stiftung
Franz-Mehring-Platz 1
10243 Berlin

www.rosalux.de

Diese Publikation kann kostenfrei unter <http://www.rosalux.de/publikationen.html>
heruntergeladen werden.

Inhalt

Marcel Bois, Bernd Hüttner Zur Einführung	5
Gerhard Hanloser Der Rätekommunismus	7
Marcel Bois, Sebastian Zehetmair Schwieriges Erbe und gute Traditionen: Die Kommunistische Partei Deutschlands in der Weimarer Republik	12
Marcel Bois Kommunistische Opposition gegen Stalinismus und Faschismus vor 1933	17
Florian Wilde Die Entwicklung der SPD-Linken von der Klassenkampf-Gruppe zur Sozialistischen Arbeiterpartei Deutschlands (SAP)	22
Christoph Jünke Trotzkismus	27
Andreas Heyer Wolfgang Harichs Konzeption eines demokratischen Sozialismus von 1956	31
Christoph Jünke Rudi Dutschke und die Theorie der antiautoritären Revolte	34
Philipp Kufferath Der Sozialistische Deutsche Studentenbund (SDS)	38
Björn Allmendinger Kritik der Zukunft, Zukunft der Kritik. '68 und die Rätebewegung	42

Stefan Müller Linker Abbruch in der IG Metall-Bildungsarbeit in den 1960er Jahren	47
Jörn Wegner Arbeitermusik: Versuch einer Gegenhegemonie	51
Gerhard Hanloser Geschichte und Rezeption der Kritischen Theorie	55
Hartmut Rübner Linker Radikalismus und Geschichtspolitik. Ein Überblick	59
AutorInnen	65
Inhaltsverzeichnis von Heft 2	67

Marcel Bois, Bernd Hüttner

Zur Einführung

Knapp zwei Jahrzehnte nach dem Mauerfall haben auch sie sich vereint. Im Juni 2007 haben Linke aus Ost- und Westdeutschland eine gemeinsame Partei gegründet. Ehemalige DDR-Oppositionelle und Ex-Sozialdemokraten, Globalisierungskritiker und Gewerkschafter, Feministinnen und Friedensbewegte, Antifaschisten und Bürgerbewegte, Trotzlisten und Ex-Maoisten agieren nun gemeinsam in oder im Umfeld dieses neuen Projektes. DIE LINKE nennt es sich und versteht sich als »demokratisch und sozial, ökologisch, feministisch und antipatriarchal, offen und plural, streitbar und tolerant, antirassistisch und antifaschistisch.« Ganz unterschiedliche politische Kulturen, Vorstellungen und Sozialisierungen treffen hier – aber auch außerhalb der Partei – aufeinander. Diese vielfältigen Traditionen der gesamtdeutschen Linken vorzustellen, hat sich der Gesprächskreis Geschichte der Rosa-Luxemburg-Stiftung (RLS) vorgenommen. Zu diesem Zweck veröffentlichen wir zwei Broschüren, die sich den sozialen Bewegungen und linken Strömungen vor (Bd. 1) und nach (Bd. 2) 1968 widmen.

Geschichte ist einer der Schwerpunkte der Arbeit der RLS. Die geschichtspolitischen Aktivitäten der Stiftung und des Umfeldes, mit dem sie kooperiert, sind ausdifferenziert und von einer Vielzahl von AkteurInnen und Zusammenschlüssen gekennzeichnet. Hier finden sich Vereine, Zeitschriften, die jeweiligen Landesstiftungen und nicht zuletzt kompetente Einzelpersonen.

Die *Stärken* der RLS waren und bleiben die Geschichte des Kommunismus und Stalinismus, die DDR-Geschichte und die Geschichte der Beziehungen von DDR und BRD sowie nicht zuletzt Antifaschismus und Nationalsozialismus.

Neu hinzugekommen sind die Geschichte der neueren Linken, vor allem im Westen der Bundesrepublik und die Geschichte der neuen sozialen Bewegungen. Beides Themen, die auch im Hinblick auf die neue linke Partei wie auch im Hinblick auf das Selbstbild der Bundesrepublik allgemein von besonderer Bedeutung sind. Das Feld ist auch heute noch von einer nur langsam zu überwindenden Differenz in den Geschichtskulturen geprägt, die gemeinhin als »Ost-West-Gegensatz« verstanden wird. Diese hat sich zwar durch die gemeinsame Arbeit der RLS auf dem geschichtspolitischen Feld in den letzten Jahren abgeschwächt, sie ist aber noch spürbar.

Geschichte hat für viele in hohem Maße eine *identitätsstiftende Funktion* im Sinne des Bewahrens von Traditionslinien. Aus unserer Sicht wäre es wünschenswerter, diese zusehends zu einer *identitätsüberprüfenden Funktion* weiter zu entwickeln.

Die Anlage der Broschüren erfolgt auch unter diesem reflektierenden, kritischen Zugang, sei es nun in der Kommunismusforschung, der Auseinandersetzung mit dem Stalinismus oder den Deutungsdebatten um 1968 und seine Folgen. Das Verhältnis von legitimer Bewahrung von Traditionslinien bei gleichzeitig kritischem, analytisch orientiertem Umgang mit ihnen ist eine andauernde Herausforderung.

In der liberalen Geschichtswissenschaft beginnt derzeit die Historisierung der 1970er und 1980er Jahre. Es geht dabei um die Deutung der Bundesrepublik und die Rolle, die außerparlamentarischer Protest (dafür) spielt. In der LINKEN sind demgegenüber linke Ansätze und Erfahrungen aus den historischen und aktuellen sozialen Bewegungen vor allem der Bundesrepublik (Frauenbewegung, alternativ-kulturelle und alternativ-ökonomische Bewegungen, Bürgerrechtsthematiken) immer noch unterrepräsentiert. Sie spielen aber gleichzeitig bei den programmatischen Debatten immer wieder eine Rolle: Grundeinkommen, Verstaatlichung, feministische Politiken, Bündnispolitik, digitale Demokratie.

Im Sinne eines pluralen Ansatzes, der sich aber bislang in der RLS vor allem auf die Pluralität *innerhalb* der ArbeiterInnenbewegung konzentrierte, und so eine gewisse historische Nachentwicklung vollzog, indem das ganze Erbe des Kommunismus und Sozialismus debattiert und popularisiert wurde, nimmt nun in einem weiteren Schritt die Geschichtsarbeit der RLS eine Erweiterung hin zu den oben genannten Bewegungen und ihren Fragestellungen vor.

Die beiden Broschüren sind – zumindest in der Tendenz – Teil der *Erweiterung* der Geschichtspolitik von der »Jahrestagspolitik« hin zur Behandlung identitätsstiftender und -trennender Themen einer pluralen Linken (Geschlechterverhältnisse, Demokratiefragen, Gewaltverständnis, Formen des Widerstands).

Die beiden Broschüren verstehen sich als Ergänzung und Fortsetzung der bisherigen Publikationen der RLS, vor allem des kürzlich erschienen Bandes DIE LINKE. Erbe und Tradition.¹ Sie sind ausdrücklich als Einführung gedacht und wollen zur weiteren Befassung mit den in ihr genannten Fragestellungen motivieren. Auch wenn wir uns bemüht haben, die linke Tradition in ihrer Vielfältigkeit abzubilden, ist uns bewusst, dass die Broschüren nicht alle Aspekte dieses weitläufigen Feldes abdecken². Wir wünschen viel Spaß und Erkenntnisgewinn bei der Lektüre.

- 1 Klaus Kinner (Hrsg): DIE LINKE – Erbe und Tradition. Bd. 1: Kommunistische und sozialdemokratische Wurzeln, Bd. 2: Wurzeln des Linkssozialismus. Karl Dietz Verlag, Berlin 2010. Je Band 320 S., geb., jeweils 24,90 €, zu nennen wäre z. B. aber auch Peter Birke, Bernd Hüttner, Gottfried Oy (Hrsg): Alte Linke – Neue Linke? Die sozialen Kämpfe der 1968er Jahre in der Diskussion, Berlin 2009, größtenteils online unter URL http://www.rosalux.de/fileadmin/rls_uploads/pdfs/texte57-auswahl.pdf
- 2 So gelang es uns leider nicht einen Beitrag zur Geschichte der Deutschen Kommunistischen Partei (DKP) zu finden.

Der Rätekommunismus

Der Rätekommunismus entstand aus der Konfrontation mit dem bolschewistischen Revolutionsmodell von 1917. Rätekommunisten waren eine antistaatliche Fraktion im Kommunismus, wollten einen neuen Gesellschaftsaufbau von unten und keine bloße Macht- und Staatsübernahme. In ihrer Staatskritik gab es deutliche Ähnlichkeiten zu der anarchistischen Position gegenüber Marx in der I. Internationale. Bakunin hielt schon damals fest, dass eine soziale Revolution nur gelingen könne, wenn sofort der Staat vernichtet würde, weil die Idee des Staates der absoluten Freiheit widerspräche. Kommunismus könne es nur räumlich-föderativ als Aktion gegen den Zentralismus geben. Gegen Marx argumentierte er: »Sie versichern, daß allein die Diktatur, natürlich die ihre, die Freiheit des Volks schaffen kann; wir dagegen behaupten, daß eine Diktatur kein anderes Ziel haben kann, als nur das eine, sich zu verewigen, und daß sie in dem Volk, das sie erträgt, nur Sklaverei zeugen und nähren kann.« Bakunin nahm mit dieser Kritik die Gefahr einer totalitären Politik sich revolutionär dünkender Staatsparteien vorweg – die Rätekommunisten nahmen diese frühe Kritik wieder auf, allerdings nicht als Anarchisten, sondern als Kommunisten. Gegen die jakobinische Machtpolitik der Bolschewiki und die staatskapitalistische Industrialisierungspolitik hielt der Rätekommunismus die Räte und die Spontaneität der Proletarier als positive Bezugspunkte hoch.

Die vielleicht wichtigste Schrift des Rätekommunismus stellt »Arbeiterräte« von Anton Pannekoek dar. Dieser entstammte dem linken Flügel der niederländischen Vorkriegs-Sozialdemokratie. Er war seit 1914 Antimilitarist, sprach sich für Massenstreikaktionen aus und begrüßte anfangs die Russische Revolution mit den sich in ihr artikulierenden Räten. Die Politik der Bolschewiki lehnte er allerdings vehement ab. Als die Kommunistische Partei Deutschlands (KPD) im Herbst 1919 ihren linken Flügel ausschloss und dieser 1920 die Kommunistische Arbeiterpartei (KAPD) gründete, unterstützte Pannekoek diese Strömung, mit der er auch lebhaft kommunizierte. Zu der niederländischen Gruppe Internationaler Kommunisten hielt er enge Kontakte und veröffentlichte regelmäßig Beiträge in deren Organ. Sein Hauptwerk »Arbeiterräte« entstand zu größten Teilen in den Jahren 1941/42, einige Kapitel wurden 1944 und 1947 hinzugefügt. Mit dem Buch wollte Pannekoek »keine Rezepte für das praktisch-politische Handeln« geben, wie er in einem Brief an den deutschen Rätekommunisten Alfred Weiland im Juni 1949 kundtat, sondern lediglich die Grundlagen liefern, »von denen aus die Probleme selbst erkannt und aufgestellt werden können«.

»Arbeiterräte« enthält eine kommunistische Gesellschaftskritik vom Standpunkt rätekommunistischer Positionen aus, die die Selbsttätigkeit der Arbeiter betont. Die Arbeiter sollten sich in Räten organisieren, um ihre Belange selbst in die Hand zu nehmen. Diesem Konzept war eine klare Teleologie zu eigen, ging Pannekoek doch davon aus, dass die Arbeiterräte als Form der Selbstregierung »in den kommenden Zeiten die Regierungsform der alten Welt ersetzen« werden. In ihnen sei die im bürgerlichen Parlamentarismus enthaltene Trennung zwischen Politik und Wirtschaft aufgehoben, sie beschäftigten sich aber vornehmlich mit der Arbeit und der Produktion. Mittels der Arbeiterräte würde gemeinschaftlich produziert und die Gesellschaft sei dadurch in der Lage »ein zusammenhängendes Ganzes, für das die Gesamtheit der Arbeiter zu sorgen hat und das als gemeinsame Aufgabe alle ihre Gedanken beschäftigt hält« herauszubilden. Im Gegensatz zum Parlamentarismus seien die Delegierten mandatsgebunden, in den Räten gäbe es keine Politiker, sondern die in den Räten anwesenden Personen seien »Boten, die die Meinung, die Absicht und das Wollen der Arbeitergruppen vermitteln und überbringen«. Mit der Rätebildung verbunden ist ein kulturevolutionärer Prozess, der die vollständige Umwälzung des geistigen Lebens bewirkt: »Wenn es zur natürlichen Gewohnheit geworden ist, in Gemeinschaft zu leben und in Gemeinschaft zu arbeiten, wenn die Menschen ihr eigenes Leben vollkommen kontrollieren, dann wird das Reich der Notwendigkeit dem Reich der Freiheit Platz machen und dann werden die vorher aufgestellten genauen Rechtsregeln sich in ein selbstverständliches Verhalten auflösen.« Die »neue Ordnung«, die Pannekoek anstrebte, solle »von unten heraus wachsen, aus den Betrieben, aus Arbeit und Kampf zugleich«.

Pannekoek ließ keinen Zweifel aufkommen, dass der Kommunismus oder Sozialismus der Arbeiterklasse keine Wissenschaft sei, sondern eine »Ideologie«. Als solche stellte sie ein »Ganzes von Ideen, Anschauungen und Zielen« dar, »das aus der Gesellschaft, aus dem Kapitalismus, aus der Arbeiterklasse heraus entsteht, so wie sie zu

dieser Zeit, in dieser Phase der Entwicklung sind«. Kommunismus sei demnach keine starre, überhistorische Wissenschaft, sondern im Sinne von Marx die »wirkliche Bewegung, welche den jetzigen Zustand aufhebt«, es würde ihr aber ganz offen eine Mobilisierungsfunktion zugemessen.

Pannekoek sah die Bildung von Arbeiterräten als einzig mögliche Form an, die Gesellschaft vor dem Versinken in Ausbeutung und Barbarei zu retten. Dabei stünden der Arbeiterklasse auf ihrem Weg zur Befreiung mehrere feindliche Fraktionen gegenüber, die allesamt geprägt oder Ausdruck waren von der zunehmenden Verstaatlichung der kapitalistischen Ökonomie. Die westlichen Ökonomien unterlägen mit New Deal, Faschismus und Nationalsozialismus einem Formwandel und die Sowjetunion entpuppe sich als ein Land, in dem etatistisch eine nachholende Industrialisierung durchgeführt würde. Diese Formationen wurden von Pannekoek als »Feinde« der Selbstbefreiung des Proletariats begriffen. Zwei große ideologische Mächte stünden der sich selbst befreienden Arbeiterklasse entgegen: der Nationalismus und die bürgerliche Demokratie.

Pannekoek sah die Räteorganisation als Produzentendemokratie, die die bloß formale bürgerliche Demokratie überflügeln und sozial vertiefen würde. Erst in einer solchen hätten die »arbeitenden Produzenten die freie und gleiche Verfügung über die Quellen ihres Lebens«. Die Arbeiter sollten nicht die bürgerliche Demokratie mit der wahren Demokratie der in Räten organisierten Produzentendemokratie verwechseln. Im Zentrum des Pannekoek'schen Demokratiebegriffs steht die Arbeit. Kollektive Tätigkeit für die Gemeinschaft garantiere das Recht auf Mitbestimmung. Arbeit stifte gesellschaftliche Synthesis und sei auch der Garant für das »gleiche Recht auf Mitbestimmung«. Wer nicht arbeitet, würde ausgeschlossen: »Daß Parasiten, die nicht an der Produktion beteiligt sind, sich selbst automatisch von der Mitbestimmung ausschließen, wird keiner einen Mangel an Demokratie nennen können«, urteilte Pannekoek und setzte dazu: »nicht ihre Person, sondern ihre Funktion schließt sie aus.«

In erster Linie muss der Rätekommunismus als dissidente Strömung des Marxismus und der Arbeiterbewegung verstanden werden, die in scharfer Opposition zum bolschewistischen Revolutionsmodell stand. Die vehemente Lenin-Kritik dieser in der Forschungsliteratur als »holländisch-deutsche Schule« bezeichneten Strömung entwickelte sich jedoch erst in den 1930er Jahren. Während des zaghaften Revolutionsversuchs 1905 wurden in Russland sogenannte Sowjets, also Räte, gegründet. 1917 nahmen die Bolschewiki im Roten Oktober zusammen mit den linken Sozialrevolutionären unter der Parole »Alle Macht den Räten!« den weiteren Verlauf der Revolution in die Hand. In einigen Ländern, in denen imperialistischer Krieg, Ausbeutung und Bourgeoisie-Herrschaft angegriffen wurden und ihre Legitimation verloren ging, bildeten sich Räte. Die von Lenin angeführte Dritte Internationale bezog sich auf diese spontane Tendenz innerhalb der revolutionären Arbeiterbewegung. Die Bolschewiki propagierten zwar die Macht der Räte, wollten jedoch an dem Avantgarde-Anspruch ihrer Partei festhalten und den Gesamtvertretungsanspruch der bolschewistischen Partei durchsetzen. In diesem Kontext diffamierte Lenin Kritiker von links als »Dummköpfe« und wollte sie aus den Reihen der Kommunisten ausgrenzen. Die Schrift »Der ›linke Radikalismus‹ – Die Kinderkrankheit im Kommunismus« ist hierfür ein trauriges, doch interessantes Beispiel. Es zeigt allerdings, dass es innerhalb der damaligen revolutionären Linken eine breite Front von Kritikern des Bolschewismus gab. Dass also auch die damaligen revolutionären Prozesse keinesfalls auf die Ideenwelt und die Praxis des Leninismus reduziert werden dürfen.

In seiner 1920 veröffentlichten Schrift befasste sich Lenin mit verschiedenen linksradikalen Strömungen der weltweiten revolutionären Bewegung: mit den Anarchisten, die auch individuellen Terror befürworteten, mit den linken Sozialrevolutionären, die die verarmten Bauernmassen als revolutionäres Subjekt ansahen, und den westlichen Linkskommunisten und Rätekommunisten, die Parlamentarismus und Parteienherrschaft radikal ablehnten. Lenin konnte den Vorteil des Erfolgs geltend machen: Immerhin war er der Führer der bislang einzigen gelungenen kommunistischen Revolution. Dieser Erfolg soll mittels eines Patentrezepts erreicht worden sein: »ohne die strengste, wahrhaft eiserne Disziplin in unserer Partei« wäre alles nichts geworden. Lenin bezog sich auf die Macht des Faktischen. Auch Kompromisse müsse man eingehen, er verwarf eine kategorische Kritik an Parlaments- und Gewerkschaftsarbeit und bezeichnete die holländisch-deutschen Linkskommunisten als »Doktrinäre der Revolution«.

Hermann Gorter antwortete auf diese Vorwürfe in einem »Offenen Brief an den Genossen Lenin«. Gorter war einer der wichtigsten Vertreter des Linkskommunismus und hatte in der Kommunikation zwischen niederländischen Rätekommunisten und deutschen Linksradikalen der Kommunistischen Arbeiterpartei Deutschlands (KAPD) eine wichtige Schlüsselposition inne. Anfangs, so bekannte Gorter, habe er nach Lektüre der Broschüre gedacht, dass das alles schon richtig sei, was der Genosse Lenin schrieb, doch nach einigen Überlegungen sei er nun zu dem Entschluss gekommen, dass Lenins Ausgangsüberlegung einfach nicht richtig ist. Dass das, was in

Russland geschehen war, »internationale Geltung« haben sollte, wie Lenin in Erfolgseuphorie verkündete, provozierte Gorters größten Einspruch. »Sie urteilen«, so formulierte er bescheiden, »wie ich glaube, nicht richtig über die Übereinstimmung der westeuropäischen Revolution mit der russischen«, denn in Westeuropa seien die Bauern eine verschwindende und keineswegs revolutionäre Kraft, die Arbeiter würden ganz alleine die Revolution machen müssen. Die Politik der Linksradiakalen stärkte die Ansicht, dass »auf sie alles ankommt, dass sie von fremder Hilfe anderer Klassen nicht, von Führern wenig, von sich selbst aber alles erwarten sollen.«

Auch die Spontaneitätstheorie – die in Deutschland am prominentesten durch Rosa Luxemburg vertreten wurde – wollte Gorter nicht verabsolutiert wissen – und damit war er vielen Rätekommunisten, die den Spontaneitätsgedanken als Dogma behandelten, überlegen. Man suche ja, so bekannte Gorter, in Holland und Deutschland die richtigen Führer, die »nicht über die Massen herrschen wollen und die sie nicht verraten, und solange wir diese nicht haben, wollen wir alles von unten auf und durch die Diktatur der Massen selbst«. Die Frage der Repräsentation der Massen durch »Führerfiguren« wurde allerdings auch vom Lenin-Kritiker Gorter bejaht. Außerdem schien er mit der Politik der Bolschewiki in einem Bauernland einverstanden zu sein. Die führenden Vertreter des Rätekommunismus waren noch wenige Jahre nach der Russischen Revolution glühende Anhänger selbiger. Selbst Pannekoek urteilte in seiner Schrift »Weltrevolution und kommunistische Taktik« von 1920, dass die Russische Revolution dem »Proletariat die politische Herrschaft« gebracht habe, es herrsche eine »ausbeutungslose Produktion«. Russland sei »Zentrum der neuen kommunistischen Weltordnung«. So wendete er sich gegen den »ungeheuren Schlammbaum der Lügennachrichten über Russland«.

Die Linkskommunisten und späteren Rätekommunisten einte aber alle eine Kritik daran, die spezifische bolschewistische Politik in Russland auf andere Länder zu übertragen, wobei die autoritäre Rolle der Partei, die diesen Herrschaftsanspruch formuliert, durchschaut wurde. »Tritt die Dritte Internationale (...) auf mit der Vollmacht der Zentralgewalt eines Landes, dann trägt sie den Todeskeim in sich und wird die Weltrevolution hemmen. Die Revolution ist die Angelegenheit des Proletariats als Klasse; die soziale Revolution ist keine Parteisache!«, so Franz Pfemfert, der antimilitaristische und linkskommunistische Herausgeber der expressionistischen Zeitschrift »Die Aktion«.

Paul Mattick, einer der agilsten rätekommunistischen Theoretiker, hielt so auch fest, dass Lenins negative Einstellung zum Problem der Spontaneität in der linken Opposition des Westens nur befremdend wirken konnte. Denn gerade hier hoffte man auf die Spontaneität »um dem entnervenden Einfluss der offiziellen Arbeiterbewegung die revolutionäre Frische proletarischer Selbstinitiative entgegenzusetzen«. Die Räte waren für alle Revolutionäre aber gerade der Ausdruck der Spontaneität der Klasse. Als sich 1921 in Kronstadt die Bevölkerung gegen die Parteiherrschaft und für die Räte stark machte, war dies ein Beweis, wie sehr sich die bolschewistische Partei vom Anfangsimpetus der Revolution gelöst hatte. Die Rätekommunisten erkannten in späteren Analysen im Gegensatz zu den Trotzkiisten, dass die Kronstädter keineswegs die bürgerliche Demokratie aufrichten wollten. Für sie war die Kronstädter Revolte ein proletarischer Ausläufer einer Revolution, die auf einen autoritären Staatskapitalismus hinauslief. Wie für Anton Pannekoek war für Paul Mattick im rückständigen Russland im Gegensatz zum Westen keine proletarische Revolution möglich, und so beschrieben die Rätekommunisten die bolschewistische Revolution auch als bürgerliche Revolution, die von einer jakobinischen Partei, den Bolschewiki, an- und durchgeführt wurde. Die Möglichkeit einer kommunistischen Bauernrevolution wurde kategorisch ausgeschlossen, die Rätekommunisten rezipierten Marx' späte Bemerkungen zu dieser Möglichkeit nicht und sahen die Bauern nur als rückständig und individualistisch an.

Der Bolschewismus war in ihren Augen keineswegs Antipode zur legalistischen, korrumpierten deutschen Sozialdemokratie. Schon in der deutschen Sozialdemokratie konstatierten Rätekommunisten eine autoritäre Staatsvergötzung, besonders bei Lassalle, der sich für ein sozialistisch gewandeltes preußisches Königtum aussprach. Diesen Etatismus entdeckten sie bei den Bolschewiki wieder, alles sollte bei ihnen staatlich-dirigistisch kontrolliert sein: Meinte nicht auch Lenin, dass der Sozialismus wie die deutsche Post funktionieren sollte? Der Ideologisierung des russischen Marxismus hielten die Rätekommunisten den autonomen Klassenkampf jenseits von Gewerkschaften und Parteien entgegen.

Cajo Brendel, der im Juni 2007 verstorbene holländische Rätekommunist, brachte seine Position kurz und knapp auf den Punkt: »Wir treten also nicht als Vorhut der Arbeiter, wie es die Maoisten, die Trotzkiisten tun, auf. Nach unserer Meinung ist eine derartige Handlung im Klassenkampf eine nachteilige, weil damit immer die selbstständige Bestimmung des Arbeiterkampfes verzögert wird. Man soll auch nie vergessen, dass Arbeiter nicht kämpfen, weil sie das Kapital gelesen haben, sondern weil sie ihre eigenen Interessen aus ihrer unmittelbaren Erfahrung

vertreten.« Und dieses Interesse der Arbeiterklasse war der Dreh- und Angelpunkt aller Analysen der Rätekommunisten. Arbeiter, Bauern und unterdrückte Völker wollte Lenin zusammenführen. Doch für die Rätekommunisten war dies eine unzulässige Aufweichung revolutionärer Positionen: Gegenüber den Bauern blieben sie skeptisch und »Völker« galt es nicht zu befreien, sondern lediglich die ausgebeuteten Arbeiter. Wie schon Rosa Luxemburg, die das »famose Selbstbestimmungsrecht der Nationen« scharf attackierte, weil hier der Gedanke des Klassenkampfes aufgegeben wird, hielt man von der anti-imperialistischen Hinwendung zu den unterdrückten Völkern nicht viel.

In den von der niederländischen Gruppe Internationaler Kommunisten (GIK) im Jahre 1930 veröffentlichten »Grundprinzipien kommunistischer Produktion und Verteilung«, einer Art konkreten kommunistischen Utopie, bezieht sie sich auf Marx, der – entgegen der späteren surrealistischen oder marcusianischen Sichtweise – festhielt, dass Arbeit nicht zum Spiel werden könne und es eine Art Sphärentrennung eines »Reichs der Notwendigkeit« (in der Arbeit so kurz, unprätentiös wie möglich und sinnvoll geplant weiter geleistet werden muss) und eines »Reichs der Freiheit« (in der die freie Zeit den neuen Reichtumsbegriff ausmacht) geben müsse. Sie propagierten eine Abschaffung des »Werts«: Die notwendige gesellschaftliche Koordination der Produktion sollte nicht dem Markt überlassen werden und den privaten Besitzverhältnissen. Da aber jedes Wirtschaften und Arbeiten »Ökonomie der Zeit« darstellt, müsse nach wie vor eine notwendige Recheneinheit bestehen, die die Verfasser in der gesellschaftlichen durchschnittlichen Arbeitszeit sehen. Die GIK landete bei einer strikt mathematischen Berechnung der gesellschaftlich durchschnittlichen Arbeitsleistung in Zeit für das »Reich der Notwendigkeit« – ob dies heute in der nach-fordistischen Phase möglich ist und ob dies nach der umfassenden Kritik der modernen Gesellschaft um 1968 ff. wünschenswert sei, ist in Zweifel zu ziehen.

Interessant ist, dass auch die orthodoxesten Kommunisten und Marxisten wie Rosa Luxemburg oder Anton Pannekoek sich immer für eine ethische Aktivierung der Arbeiterklasse aussprachen. Sie haben nicht nur die Spontaneität gegen die Parteienherrschaft aufrecht erhalten, sondern auch die Zentralität einer sich herausbildenden neuen Ethik betont. Für Pannekoek lagen die »wesentlichen Schwierigkeiten (auf dem Weg zu einer freien Rätegesellschaft) in der geistigen Einstellung«, deswegen sei auch eine »vollständige Umwälzung des geistigen Lebens des Menschen« notwendig. Der Rätekommunismus hatte so auch immer einen kulturevolutionären und pädagogischen Anspruch, nicht wenige Rätekommunisten waren ausgebildete Volksschullehrer.

In der Revolte von 1968 wurde Pannekoek wiederentdeckt, so bezogen sich die Gebrüder Cohn-Bendit in ihrem Bestseller »Linksradikalismus. Gewaltkur gegen die Alterskrankheit des Kommunismus« von 1968 neben Rosa Luxemburg und der damals im deutschsprachigen Raum noch kaum erforschten KAPD positiv auf diesen rätekommunistischen Theoretiker, die als einzige Ausnahmen »vor und nach der (russischen) Revolution den Führungsanspruch der Partei zugunsten der Spontaneität und der Selbstorganisation der Massen« ablehnten. Die Cohn-Bendits erklärten, sie wollten in die »Fußstapfen dieser linksradikalen Gruppen« treten. Eine »Projektgruppe Räte« erklärte im März 1968 im Vorwort ihres Raubdrucks mit dem Titel »Parlamentarismusdebatte. Pannekoek – Lukács – Rudas – Friedländer (Reuter)«, dass sie mit dieser Veröffentlichung den Wunsch verbinden, die antiautoritäre Bewegung möge nicht in der Diskussion um die politische Konsolidierung auf die Strategie einer »Wahlbeteiligung an den Bundestagswahlen 1969« verfallen. Sie präsentierten dafür unter anderem Texte Pannekoeks von 1916 und 1920. Das historische Material zeige, wie sehr der Parlamentarismus die »soziologische Umwandlung der proletarischen Partei in eine Führerpartei« begünstige. Die 68er-Rätekommunisten wollten sich in eine Tradition jener antiautoritären Sozialisten stellen, die Wahlbeteiligung »nur als Startzeichen für Massenkampagnen begriffen, entweder als »offensiver Wahlboykott« (Bela Kuhn), Revolutionierung des Parlaments (Rudas) oder antiparlamentarische Streikbewegungen für ein Räte-system (Pannekoek, ähnlich auch Lukács, der für ein Räte-system mit taktischen Modifizierungen eintrat). Die außerparlamentarischen Massenaaktionen sollten weitgehend die parlamentarische Kompromisspolitik von bürokratischen Führeroligarchien ersetzen«.

Die Herausgeber setzten auf die Hoffnung, dass gesellschaftliche Widersprüche bewusst würden und nicht parlamentarisch überdeckt, dadurch können »Randgruppen, Abteilungen der Klasse, aus der »Volksgemeinschaft« ausbrechen, die dann je nach ihrer Stellung im Produktionsprozess die gesamte Herrschaftsstruktur dieser Gesellschaft in Frage stellen können«.

Die Revolte von 1968, die sich teilweise positiv auf Pannekoek und den Rätekommunismus bezog, nahm nicht alle Seiten der eine umfassende Arbeiter- und Arbeitsgesellschaft propagierenden Vorschläge Pannekoeks wahr. Er wurde als dissidente Stimme rezipiert, das Räte-modell wurde der verknöcherten Sowjetideologie entgegenge-

stellt. Die auf Ausschluss, Arbeitspflicht und Zwang aufgrund der Notwendigkeit des »Stoffwechselprozesses mit der Natur« (Marx) setzenden Positionen wurden schlichtweg nicht zur Kenntnis genommen. Der Rätekommunismus wurde den Erfordernissen der antiautoritären Revolte angepasst, die das »Reich der Freiheit« betonte und auf Befreiung von der Arbeit tendierte. Er eignete sich für einige Protagonisten der Revolte von 1968 häufig schlicht als Durchgangsstation für neanarchistisches Denken.

Literatur

Bock, Hans Manfred: Syndikalismus und Linkskommunismus von 1918 bis 1923, Darmstadt 1993.

Pannekoek, Anton: Arbeiterräte. Texte zur sozialen Revolution, Frenwald (Annerod) 2008.

Pannekoek, Anton; Mattick, Paul u. a.: Marxistischer Antileninismus, Freiburg 1991.

Schwieriges Erbe und gute Traditionen Die Kommunistische Partei Deutschlands in der Weimarer Republik

Die Kommunistische Partei Deutschlands (KPD) in der Weimarer Republik war eine revolutionäre Massenpartei. Um die Jahreswende 1918/19 gegründet, wuchs sie auf zeitweilig über 300.000 Mitglieder heran. Damit stellte sie die größte Fraktion der Kommunistischen Internationale (Komintern) außerhalb der Sowjetunion dar. Bis zu sechs Millionen Menschen stimmten für sie bei den Reichstagswahlen. Sie gab Dutzende Tageszeitungen heraus, und mehrere Tausend Mitglieder waren im Parteiapparat angestellt. Kommunisten hatten zum Teil großen Einfluss in verschiedenen Gewerkschaftsgliederungen.

Wer sich ernsthaft mit dem Erbe für die heutige Linke beschäftigen will, kommt also um die KPD nicht herum. So erklären auch die Historikerin Elke Reuter und ihr Kollege Klaus Kinner den deutschen Kommunismus als »eine der Traditionslinien für heutige emanzipatorische Linke«. Man dürfe nicht übersehen, dass »Kommunismus als Theorie und Bewegung die Geschichte der Menschen seit langem begleitet und unverzichtbarer Bestandteil der Utopien für ein menschenwürdiges Leben« sei. Jan Korte, Bundestagsabgeordneter der LINKEN, fordert ebenfalls eine Verständigung über das Erbe der Partei: »Die Geschichte der KPD – ihre Erfolge und Niederlagen – lassen wir auch nicht durch den nach wie vor verbreiteten Antikommunismus klein reden. Das schließt kritisches Herangehen an die Bewertung der Vergangenheit nicht aus, im Gegenteil. Aus den Fehlern und falschen Analysen zu lernen und Lehren für die Zukunft zu ziehen ist ein unverzichtbarer Auftrag an linke Politik heute.«

Das vorherrschende Bild der KPD der Weimarer Republik ist jedoch das einer vollständig entdemokratisierten und vom Apparat bürokratisch beherrschten Partei. Einer Partei, in der interne Diskussionen weitgehend unterbunden waren und politische Konflikte nicht politisch, sondern organisatorisch, also durch Ausschlüsse und Repressalien »gelöst« wurden. Kann diese Organisation ernsthaft Vorbild für eine emanzipatorische Linke sein?

Wir meinen: Eine Auseinandersetzung mit der kommunistischen Tradition kann für die heutige Linke tatsächlich gewinnbringend sein. Denn die KPD war nicht immer die stalinisierte Kaderpartei, die sie gegen Ende der Weimarer Republik darstellte. Gerade in ihrer Frühphase entwickelte sie interessante politische Positionen, Strategien und Methoden.

Die Wandlung

Vorbild für die deutschen Kommunisten war das revolutionäre Russland, wo unter der Führung der Bolschewiki seit 1917 der Versuch unternommen wurde, eine sozialistische Gesellschaft aufzubauen. Die dortigen Akteure, unter ihnen Lenin und Trotzki, betonten stets, dass dies nur im internationalen Maßstab gelingen könnte. Zunächst schienen die Bedingungen günstig. Zwischen 1918 und 1920 wurden viele europäische Länder von Massenbewegungen und -streiks erschüttert. Doch spätestens ab 1923, als in Deutschland ein kommunistischer Aufstand scheiterte, wurde deutlich, dass sich die Russische Revolution nicht auf andere europäische Länder ausweiten und Sowjetrußland stattdessen isoliert bleiben würde. Es begann die vollständige Degeneration von Staat und Gesellschaft in dem von Welt- und Bürgerkrieg gezeichneten Land. Während die Arbeiterklasse jeglichen politischen Einfluss verlor, stieg die kommunistische Parteibürokratie zur neuen herrschenden gesellschaftlichen Klasse auf. Stalin als ihr Repräsentant wurde zum Staats- und Parteiführer.

Infolgedessen durchlief die KPD einen Wandlungsprozess, der von der historischen Forschung als »Stalinisierung« bezeichnet wird: Sie geriet materiell und ideologisch immer stärker in Abhängigkeit von ihrer russischen Schwesterpartei. Unter der Führung Ernst Thälmanns verwandelte sie sich von einer eigenständigen kommunistischen Partei zu einem Instrument der russischen Außenpolitik. Zunehmend orientierte sie sich, analog zur stalinisierten sowjetischen Bruderpartei, an dem Ideal einer militärisch disziplinierten, straff hierarchischen Organisation und baute auch ihren eigenen Führerkult auf – eine Kultur, die im deutlichen Gegensatz zu den Gründungsjahren der KPD stand. Kritiker belegte die Parteiführung mit Redeverböten oder entfernte sie kurzer-

hand aus der Partei. Bekannte Kommunisten der ersten Stunde wie Heinrich Brandler oder August Thalheimer wurden ausgeschlossen. Insgesamt herrschte eine enorme Fluktuation in der Mitgliedschaft, die auch vor der Parteiführung nicht halt machte, wie die Kommunismusforscher Hermann Weber und Andreas Herbst erklären: »Von den 16 Spitzenführern (Politbüro, damals Polbüro genannt) aus der Zeit 1923/24 befanden sich 1929 nur noch zwei (Ernst Thälmann und Hermann Remmele) im Polbüro, aber nicht weniger als elf waren inzwischen aus der KPD ausgeschlossen worden. Von den rund 250 Funktionären der Führungsmannschaft von 1924 waren im Laufe von fünf Jahren bereits 105 aus der Partei ausgeschlossen worden oder ausgetreten.«

Mit dem personellen Aderlass ging eine ideologische Erstarrung einher. Anfang der 1930er Jahre trug die Politik der KPD dogmatische Züge. Oder wie es die Historikerin Sigrid Koch-Baumgarten ausgedrückt hat: In dieser Zeit wurde die Sowjetunion »zum heiligen Land stilisiert, Marx, Engels, Lenin (...) wie Religionsstifter verehrt.«

Dies war nicht immer so: In den ersten Jahren nach ihrer Gründung war die KPD keineswegs eine homogene, uniformierte Partei. Vielmehr vereinte sie zu jener Zeit verschiedene Strömungen, die in einer lebendigen Auseinandersetzung standen. Kontroversen wurden offen in der Parteipresse ausgetragen und Oppositionelle konnten in allen Gliederungen der Partei ihre Positionen vertreten. Es war nicht ungewöhnlich, dass die Parteiführung bei Auseinandersetzungen unterlag – prominentestes Beispiel hierfür ist sicher die Abstimmungsniederlage Rosa Luxemburgs während des Gründungsparteitages über die Frage, ob sich die KPD an den Wahlen zur Nationalversammlung beteiligen sollte.

Selbstemanzipation

Die Kommunisten legten ihr Hauptaugenmerk auf Streiks, Demonstrationen und Proteste. Anknüpfend an dem Ausspruch von Karl Marx »Die Befreiung der Arbeiterklasse kann nur das Werk der Arbeiterklasse selbst sein« standen sie für einen Bruch mit der Stellvertreterpolitik, die die SPD verfolgte. Sie sahen sich nicht als »Volksvertreter«, die im Parlament für die Arbeiter die Welt verbesserten. Vielmehr setzte die KPD auf die Selbstemanzipation der Klasse. So hieß es in dem von Rosa Luxemburg formulierten Parteiprogramm, dass grundlegende Veränderungen der Gesellschaft »nicht durch irgendeine Behörde, Kommission oder ein Parlament dekretiert« werden können. Vielmehr könnten diese »nur von der Volksmasse selbst in Angriff genommen und durchgeführt werden.«

In der Gründungsphase der Partei waren diese Fragen sehr aktuell. Die Weimarer Republik war durch eine Revolution entstanden. Im November 1918 hatte eine Massenbewegung den Kaiser und alle 22 deutschen Könige und Fürsten gestürzt und den Ersten Weltkrieg beendet. Die streikenden und protestierenden Arbeiter und Soldaten erkämpften die Republik und soziale Verbesserungen wie den Acht-Stunden-Tag. Die folgenden Jahre waren geprägt von Krise, Inflation und politischer Instabilität. Das Militär und die radikale Rechte versuchten, sich an die Macht zu putschen. Zugleich radikalisierte sich die Arbeiterbewegung und begann, ihre Proteste auch gegen die kapitalistische Gesellschaftsform als Ganzes zu richten. Bayern und Bremen wurden für kurze Zeit Räterepubliken. In den folgenden Jahren kam es immer wieder zu lokalen Aktionen und großen Streiks.

Die KPD war stets Teil der revolutionären Massenbewegungen. Nach ihrem gescheiterten Aufstand im »Deutschen Oktober« 1923 musste sich die Partei jedoch umorientieren. Die Weimarer Republik trat nun in eine Phase der relativen Stabilisierung ein. Die Wirtschaft erlebte einen kleinen Aufschwung, die Löhne der Arbeiter stiegen langsam aber stetig an. Diese neue Situation stellte die Kommunisten vor enorme Herausforderungen. Nun, mit Abflauen dieser Bewegung, mussten sie sich fragen, wie man als Revolutionär in nicht-revolutionären Zeiten agieren könne: Wie ging man beispielsweise mit der Tatsache um, dass die Mehrheit der Arbeiter keine Anhänger der KPD waren und sich – wenn überhaupt politisch aktiv – eher an der Sozialdemokratie orientierten? Wie konnte man Einfluss auf die Arbeiterklasse nehmen und sie für sich gewinnen? Wie konnte man dem Einfluss bürgerlicher Ideen entgegenwirken?

Ein Mittel hierzu war der tägliche Kampf um Reformen – auch in den Parlamenten. Ab 1920 beteiligten sich die Kommunisten an allen Wahlen der Weimarer Republik. Fortan saßen Hunderte von ihnen als Abgeordnete in kommunalen und Landesparlamenten sowie im Reichstag. Die KPD sah keinen Widerspruch darin, sich einerseits im Hier und Jetzt für Reformen einzusetzen und andererseits für eine andere Gesellschaft zu kämpfen. So hatte Rosa Luxemburg bereits 1899 formuliert: »Die gesetzliche Reform und die Revolution sind also nicht verschiedene Methoden des geschichtlichen Fortschritts, die man in dem Geschichtsbüfett nach Belieben wie heiße Würstchen oder kalte Würstchen auswählen kann, sondern verschiedene *Momente* in der Entwicklung der Klas-

sengesellschaft, die einander ebenso bedingen und ergänzen, zugleich aber ausschließen, wie zum Beispiel Südpol und Nordpol, wie Bourgeoisie und Proletariat.«

Dementsprechend setzten sich die Kommunisten beispielsweise in den kommunalen Parlamenten für die Absenkung der Gastarife verarmter Haushalte ein, für Weihnachtsunterstützung Not leidender Personen und für die Errichtung von Wärmehallen für Erwerbslose. Sie forderten eine von den Gemeinden finanzierte Krankenversorgung für alle, kostenlose Badeanstalten, Konzerte und Theater. Dies wollten sie über Steuererhöhungen für Reiche und die Enteignung der Fürsten finanzieren.

Zugleich blieben die außerparlamentarischen Aktivitäten weiterhin das zentrale Aktionsfeld der KPD – selbst nach ihrer Stalinisierung. Die Partei initiierte beispielsweise eine groß angelegte Kampagne gegen den Anti-Abtreibungsparagrafen 218, sie beteiligte sich an den Protesten gegen Aufrüstung und organisierte in den letzten Jahren der Weimarer Republik große Demonstrationen gegen die stärker werdenden Nationalsozialisten.

Einheitsfront

Viele Mitglieder der KPD stammten ursprünglich aus der Sozialdemokratie und hatten diese während des Ersten Weltkrieges enttäuscht verlassen. Aus ihrer Sicht hatte die SPD alle Prinzipien der Arbeiterbewegung verraten und sogar die bekanntesten Köpfe der Linken ermorden lassen. Dennoch stellte sich die Frage, wie sich das Verhältnis zur Sozialdemokratie gestalten sollte, denn ignorieren konnte man sie nicht. Sie verfügte immer noch über einen dominierenden Einfluss in den Gewerkschaften und erhielt weiterhin bei Wahlen die meisten Arbeiterstimmen.

Eine Antwort auf diese Frage gab die ab Mitte 1921 entwickelte Einheitsfrontpolitik. Grundannahme dieser Politik war, dass die KPD die Gesellschaft nur dann verändern könnte, wenn sie dafür die Unterstützung der Mehrheit der Arbeiterschaft hatte. Diese Mehrheit orientierte sich aber weiterhin an der Sozialdemokratischen Partei, versprach sich von ihr konkrete Verbesserungen der katastrophalen sozialen Lage der Nachkriegszeit. Was also tun? Versuche, sozialdemokratische Anhänger durch Beschimpfungen der SPD, durch ständiges Vorhalten ihres Verrates oder durch eine abstrakte Gegenüberstellung kommunistischer und sozialdemokratischer Prinzipien für die KPD zu gewinnen, waren bereits gescheitert.

Die Kommunisten wollten die Widersprüchlichkeiten und Grenzen der sozialdemokratischen Politik für deren Anhänger in der Praxis – durch Appelle zur gemeinsamen Aktion – erfahrbar machen. Dem zugrunde lag die Überzeugung, dass die SPD aus Rücksichtnahme auf mögliche oder tatsächliche bürgerliche Koalitionspartner zögern würde, ihre eigene Anhängerschaft zur Durchsetzung sozialer und politischer Fortschritte zu mobilisieren. Wenn also die SPD etwa bestimmte soziale Verbesserungen fordert, muss die KPD die SPD offiziell auffordern, einen gemeinsamen Kampf für dieses Ziel zu führen, und zwar vor allem durch gemeinsame außerparlamentarische Aktivitäten. Weigert sich die SPD auf dieses Angebot zur Zusammenarbeit einzugehen, entlarvt sie sich auf diese Weise selbst vor ihren Anhängern. Ist sie zu gemeinsamen außerparlamentarischen Aktionen bereit, werden eben diese Aktionen den Arbeitern zeigen, dass sie durch ihre eigene Kraft viel mehr bewirken können als durch das passive Abwarten parlamentarischer Entscheidungen.

Zentrales Element der kommunistischen Einheitsfrontvorstellungen war die radikalisierende Dynamik von außerparlamentarischen Kämpfen und Streiks. Wesentliches Kriterium war, begrenzte Reformforderungen aufzustellen, die nur in gemeinsamer Aktivität in der Form breit angelegter Arbeiterkämpfe gegen Staat und Bürgertum durchsetzbar waren. Auch wenn sich die Einheitsfrontangebote formal an die Spitze der SPD richteten, zielten sie vor allem auf die Entfaltung einer Selbstaktivität der Basis in gemeinsamen Kämpfen ab. Dabei behielt sich die KPD jenseits der gemeinsamen Forderungen stets die Freiheit der Kritik an der sozialdemokratischen Politik vor. Im Sommer 1922 kam es nach der Ermordung des jüdischen deutschen Außenministers Walter Rathenau durch rechtsradikale Fanatiker zu einer riesigen Protestwelle. Sofort forderte die KPD alle anderen Arbeiterorganisationen zur Beratung gemeinsamer Abwehrmaßnahmen gegen den rechten Terror auf. Unter dem Druck von weit über einer Million Demonstranten auf den Straßen stimmten SPD und Gewerkschaften dem zu. So konnte schließlich ein Abkommen mit den anderen Arbeiterorganisationen erzielt werden, in dem ein scharfes Vorgehen gegen die extreme Rechte und eine Amnestie inhaftierter Arbeiter gefordert wurde. Einen Generalstreik zur Er kämpfung dieser Ziele konnte die KPD zwar nicht durchsetzen, wohl aber einen weiteren Aktionstag, bei dem erneut Hunderttausende auf die Straße gingen.

In dieser und ähnlichen anderen Kampagnen hatte die Partei zeigen können, dass sie – die langfristig die Überwindung des Parlamentarismus durch eine Räterepublik anstrebte – die Kraft war, die am entschiedensten für die Verteidigung der Republik gegen die extreme Rechte eintrat und bereit war, für dieses Ziel mit den anderen linken Kräften zusammen zu kämpfen. Tatsächlich war die Einheitsfrontpolitik, die die KPD vor allem in den Jahren 1921 bis 1923 (und dann noch einmal bei der Kampagne zur Fürstenenteignung 1926) anwandte, erfolgreich. Nicht nur, dass einzelne Verbesserungen für die Arbeiter erkämpft wurden, auch die Mitgliedszahlen der KPD und ihre Stimmenanteile bei Wahlen stiegen.

Internationalismus

Die kommunistischen Parteien vertraten Anfang der 1920er Jahre die Ansicht, dass der Aufbau einer neuen Gesellschaft nur im internationalen Maßstab vonstatten gehen könne – wegen der allseitigen wirtschaftlichen Abhängigkeit der einzelnen Länder vom Weltmarkt und der expansiven Dynamik der kapitalistischen Produktionsweise. Auch aus diesem Grund hofften die führenden Bolschewiki um Lenin am Ende des Ersten Weltkrieges auf eine Revolution im Westen – vor allem in Deutschland. Aus dem gleichen Grund vereinigten sich die verschiedenen Parteien 1919 in der Kommunistischen Internationale (Komintern).

In Worten war die Arbeiterbewegung zu Beginn des Ersten Weltkrieges auch internationalistisch gewesen. Aber die Zweite Internationale, die vor 1914 den internationalen Zusammenschluss der verschiedenen sozialistischen Parteien darstellte, brach mit Beginn des Krieges zusammen, und die Führungen der verschiedenen Sektionen folgten ihren eigenen herrschenden Klassen in den Krieg. Die Begründer der KPD wollten einen Schlussstrich ziehen unter die nationale Spaltung der internationalen Arbeiterbewegung. Bereits 1915 schrieb Rosa Luxemburg im Entwurf für ihre »Junius-Thesen«: »Es gibt keinen Sozialismus außerhalb der internationalen Solidarität des Proletariats, und es gibt keinen Sozialismus außerhalb des Klassenkampfes. [...] In der Internationale liegt der Schwerpunkt der Klassenorganisation des Proletariats. Die Internationale entscheidet über die Taktik der nationalen Sektionen im Frieden in bezug auf Fragen des Militarismus, der Kolonialpolitik, Handelspolitik, Maifeier, ferner über die gesamte im Kriege einzuhaltende Taktik.«

Die Jahre nach dem Ersten Weltkrieg waren weltweit Jahre der sozialen Unruhe und der Rebellionen von Arbeitern, Bauern, unterdrückten Minderheiten und Kolonialvölkern. Die kommunistische Presse brachte Arbeitern in Deutschland diese weltweiten Rebellionen nahe. Sie schilderte die Situation von indischen Straßenarbeiterinnen, informierte über einen Mieterstreik in Amsterdam oder berichtete über das »Erwachen der Massen« in Mexiko. Zudem solidarisierten sich die Kommunisten mit ausländischen Arbeitern, indem sie Geld für Streikende in anderen Ländern sammelten oder Solidaritätskomitees für die Sowjetunion gründeten.

Auch während der Besetzung des Ruhrgebiets durch französische Truppen im Jahr 1923 agierten die deutschen Kommunisten im Sinne des proletarischen Internationalismus. Anders als die nationalistischen Gegner der Ruhrbesetzung propagierte die KPD den gemeinsamen Kampf mit den französischen Werktätigen. Französische und deutsche Kommunisten warben unter den Besatzungssoldaten für die Verbrüderung mit den deutschen Arbeitern. Und nach einem Massaker französischer Truppen an Arbeitern in Essen veröffentlichte die KPD-Zeitung »Rote Fahne« einen Solidaritätsbrief französischer Soldaten, die Geld für die Familien der Ermordeten sammelten.

Die Geschichte des kommunistischen Internationalismus endete tragisch. Mit zunehmender Stalinisierung verkehrte er sich in sein Gegenteil. Die Stalinsche Fraktion in der Staatsbürokratie etablierte ab 1925 die neue Doktrin des »Sozialismus in einem Lande«. In dem Maße, in dem sich diese Theorie in den Parteien der Komintern durchsetzte, wandelte sich der ursprüngliche internationalistische Anspruch der KPD in das Ziel der unbedingten Verteidigung der Sowjetunion, des »Vaterlandes der Werktätigen«. Anstelle einer nüchternen Analyse der Kampfbedingungen in den verschiedenen kapitalistischen Ländern trat eine Idealisierung der Verhältnisse in der Sowjetunion. 1943 befahl Stalin schließlich die Auflösung der Komintern.

Aber diese Entwicklung sollte die Linke heute nicht dazu verleiten, die Antworten, die die Komintern in ihrer Frühphase auf das Problem der internationalen Solidarität entwickelte, leichtfertig zu verwerfen. Historisch bedeutete der kommunistische Internationalismus der frühen Zwanziger Jahre gegenüber der Haltung der Sozialdemokratie einen gewaltigen Schritt vorwärts. Die kommunistische Linke dachte global, lange bevor das Wort Globalisierung erfunden worden war. Die beiden Grundfragen des Internationalismus waren damals: Was hat die Linke dem Nationalismus der Herrschenden entgegenzusetzen? Und: Wie kann die Linke global agieren unter

den Bedingungen national stark verschiedener politischer und gesellschaftlicher Verhältnisse? Diese beiden Fragen muss die heutige Generation der Linken unter veränderten Bedingungen neu lösen. Das gilt auch für die Bündnispolitik und die Frage, wie heute die Selbstemanzipation der arbeitenden Bevölkerung zu erreichen ist.

Literatur

Angröss, Werner T.: Die Kampfzeit der KPD 1921 – 1923, Düsseldorf 1973.

Broué, Pierre: The German Revolution 1917 – 1923, Chicago 2006.

Flechtheim, Ossip K.: Die KPD in der Weimarer Republik, mit einer Einleitung von Sigrid Koch-Baumgarten, Hamburg 1986.

Kinner, Klaus; Reuter, Elke: Der deutsche Kommunismus als Quelle emanzipatorischer Politik, in: Klaus Kinner (Hrsg.): DIE LINKE – Erbe und Tradition, Bd. 1: Kommunistische und sozialdemokratische Wurzeln, Berlin 2010, S. 171-188.

Weber, Hermann: Die Wandlung des deutschen Kommunismus. Die Stalinisierung der KPD in der Weimarer Republik, 2. Bde., Frankfurt 1969.

Weitz, Eric D.: Creating German Communism. From Popular Protest to Socialist State, Princeton 1997.

Kommunistische Opposition gegen Stalinismus und Faschismus vor 1933

Die Kommunistische Partei Deutschlands (KPD) wurde in den Wochen der Deutschen Revolution, um die Jahreswende 1918/19, gegründet. Sie war angetreten, um für eine bessere Welt – eine Gesellschaft frei von Ausbeutung, Armut und Ungerechtigkeit – zu kämpfen. Als Vorbild galt ihr das revolutionäre Russland. Doch knapp zehn Jahre später lagen Welten zwischen Anspruch und Wirklichkeit. In der jungen Sowjetunion hatte der Stalinismus gesiegt: Die Errungenschaften der Revolution wurden nach und nach zurückgenommen, die vermeintlich herrschende Arbeiterklasse politisch und ökonomisch unterdrückt. Auch die KPD hatte viel von ihrem ursprünglich emanzipatorischen Charakter verloren. Sie war nun eine vollständig entdemokratisierte, vom Apparat bürokratisch beherrschte Partei (siehe auch: Artikel zur KPD in diesem Heft).

Weniger als eine Dekade zuvor sah die KPD noch völlig anders aus: Breite innerparteiliche Demokratie war in der jungen Partei eine Selbstverständlichkeit. Es fanden regelmäßige Mitgliederversammlungen statt, Oppositionelle konnten in allen Gliederungen der Partei ihre Positionen vertreten, und Kontroversen wurden offen in der Parteipresse ausgetragen. Noch 1923 herrschte völlig freie Aussprache und es war nicht ungewöhnlich, wenn die Parteiführung bei Auseinandersetzungen in der Minderheit blieb. Vom Dogmatismus der späteren Jahre war zu dieser Zeit in der Partei noch nichts zu ahnen.

Kampf gegen die Stalinisierung

Zwischen diesen beiden Extremen vollzog sich innerhalb der KPD eine Entwicklung, die von der historischen Forschung als »Stalinisierung« bezeichnet wird. Diese war kein auf die deutsche Partei begrenztes Phänomen. Vielmehr fand – vermittelt durch die Kommunistische Internationale (Komintern) – ein ähnlicher Prozess in allen kommunistischen Parteien weltweit statt. Spätestens mit dem gescheiterten Aufstandsversuch im »Deutschen Oktober« 1923 wurde deutlich, dass sich die Russische Revolution – anders als von ihren Akteuren gehofft – nicht auf andere europäische Länder ausweiten und Sowjetrussland stattdessen isoliert bleiben würde. Es begann die vollständige Degenerierung von Staat und Gesellschaft in dem von Welt- und Bürgerkrieg gezeichneten Land. Während die Arbeiterklasse jeglichen politischen Einfluss verlor, stieg die kommunistische Parteibürokratie zur neuen herrschenden gesellschaftlichen Schicht auf. Stalin wurde Staats- und Parteiführer. Im Zuge dieser Entwicklung nahm nicht nur das sowjetische Regime immer despotischere Züge an, sondern auch die einzelnen ausländischen KPs verwandelten sich im Lauf der 1920er Jahre in völlig von Moskau abhängige, bürokratische Apparateparteien.

Diesen Prozess begleiteten jahrelange Fraktionsauseinandersetzungen innerhalb der russischen KP, die im Frühjahr 1926 mit dem Zusammenschluss von Leo Kamenjew, Grigori Sinowjew, Leo Trotzki und vielen anderen »alten Bolschewiki« zur »Vereinigten Opposition« einen Höhepunkt erreichten. Diese Fraktion der KPdSU kritisierte den Bürokratismus in Staat und Partei, forderte eine Stärkung der Arbeiterdemokratie und eine die soziale Lage der Bevölkerung verbessernde Industrialisierung. Zudem stellte sie sich gegen Stalins These, es sei möglich, den Sozialismus in einem einzigen – zudem wirtschaftlich rückständigen – Land aufzubauen.

Auf die Kritik dieser Fraktion bezogen sich oppositionelle Kommunisten in Deutschland, als sie im September 1926 mit einer »Erklärung zur russischen Frage« an die Parteiöffentlichkeit gingen. Das Papier wurde von knapp 700 Parteifunktionären unterzeichnet und machte deutlich, dass die Opposition einen nicht unerheblichen Teil der Parteibasis repräsentierte. Unter den Unterstützern befanden sich zahlreiche lokale Führungsfiguren, mehrere Reichs- und Landtagsabgeordnete, sowie mit Hans Weber und Hugo Urbahns sogar zwei Mitglieder des Zentralkomitees (ZK) der Partei.

Die Autoren der Erklärung konstatierten: »Das Zentralkomitee der KPD hat bis jetzt geglaubt, die Lage in der KPD und in der Komintern mit organisatorischen Mitteln meistern zu können. Aber die Gegensätze sind so zuge-spitzt wie noch nie. Der Opposition steht die Parteipresse überhaupt nicht mehr zur Verfügung.« Unter der

Losung »Zurück zu Lenin, zum wirklich echten, unverfälschten Leninismus« forderten sie eine offene Diskussion innerhalb der Partei – vor allem über die Situation in der Sowjetunion.

Der Öffentlichkeit machte das Papier deutlich: Es gab durchaus Gruppen innerhalb der KPD, die sich der Stalinsierung widersetzen. Sie wehrten sich gegen die bürokratische Entwicklung und setzten sich für eine Rückkehr zur »alten KPD« ein. Bei diesen Gruppen handelte es sich keineswegs um kleine Sekten, sondern sie repräsentierten zumindest zeitweilig einen nicht unbedeutenden Teil der kommunistischen Basis. Für das Jahr 1927 sind etwa zehn innerparteiliche Fraktionen überliefert. Zusammen verfügten sie über mehrere zehntausend Anhänger.

Für die KPD-Führung stellte die als »Brief der 700« bekannt gewordene Erklärung nicht mehr als eine »antibolschewistische Schmähschrift« und einen »verbrecherischen Spaltungsversuch« dar. Sie reagierte, indem sie innerhalb weniger Monate zahlreiche prominente Vertreter der sogenannten Linken Opposition wie Hugo Urbahns, Werner Scholem und Anton Grylewicz aus der Partei ausschloss. In den Monaten zuvor hatten bereits Karl Korsch, Iwan Katz, Arkadij Maslow und die ehemalige Parteivorsitzende Ruth Fischer die KPD verlassen müssen. Den Höhepunkt dieser Repressionswelle bildete schließlich der im März 1927 in Essen stattfindende 11. Parteitag, in dessen Folge etwa 1 300 Funktionäre die Partei verlassen mussten. Ganze Ortsgruppen wurden aus der KPD gedrängt.

Organisationsversuche außerhalb der KPD

Die Ausschlusswelle zwang die linksoppositionellen Kommunisten dazu, sich verbindlicher zu organisieren. Zu Ostern 1928 gründeten sie schließlich mit dem Leninbund eine eigenständige Organisation. Diese stellte ein wirkliches Sammelbecken der Opposition dar und wies, so der Kommunismus-Forscher Hermann Weber, »von allen linken Oppositionsgruppen die meisten prominenten Namen« auf. Die genaue Mitgliederzahl lässt sich leider nur noch sehr schwer rekonstruieren, sie dürfte bei 3 000 bis 6 000 gelegen haben.

Doch schon bald musste der von Hugo Urbahns geführte Leninbund mit deutlichen Auflösungserscheinungen kämpfen. Gerade anhand der Frage, ob man weiterhin versuchen sollte, die KPD zu reformieren oder nun unabhängig von den Kommunisten zu agieren, zerbrach die Gruppe. Prominente wie Ruth Fischer verließen den Leninbund bald.

1930 spaltete sich noch einmal ein Flügel um den ehemaligen Reichstagsabgeordneten Anton Grylewicz vom Leninbund ab. Gemeinsam mit Teilen der ehemals einflussreichen Weddinger Opposition und der kleinen Gruppe »Bolschewistische Einheit« gründeten sie die »Vereinigte Linke Opposition der KPD« (VLO). Diese verstand sich, obwohl überwiegend aus Ex-KPD-Mitgliedern bestehend, weiterhin als Teil der Partei. Politisch stand sie Trotzki nahe.

Auch ein anderer oppositioneller Flügel, die KPD-»Rechten«, wurden aus der Partei gedrängt. Ende 1928 vollzog die Komintern und mit ihr die KPD eine »ultralinke Wendung«. Fortan bekämpfte sie die SPD als »Hauptfeind« und baute mit der Revolutionären Gewerkschafts-Opposition (RGO) eigene, von den Freien Gewerkschaften unabhängige Arbeitnehmerorganisationen auf. Der »rechte« Parteiflügel um die ehemals führenden Kommunisten Heinrich Brandler und August Thalheimer kritisierten diesen Kurs massiv. Zudem wendeten sie sich gegen die zunehmende Unterordnung der KPD unter die Interessen der KPdSU. Sie formierten sich als Kommunistische Partei Deutschlands – Opposition (KPO). Nachdem die Parteiführung innerhalb weniger Wochen knapp 6 000 vermeintlich »rechte« Mitglieder ausgeschlossen hatte, bauten auch sie eine eigene Parteistruktur auf. Ihr strategisches Ziel blieb aber die Rückeroberung der KPD.

Doch dies gelang keiner der oppositionellen Gruppen. Zu sehr war ihr Einfluss in der Partei gesunken, zu wenige Unterstützer fanden sich noch in ihren Reihen. Der Leninbund zählte 1932 nur noch etwa 500 Mitglieder, die Trotzkiisten hatten knapp 1 000 Unterstützer. Und auch die KPO spaltete sich noch einmal. Zu Recht konstatierte damals der Sozialdemokrat Walter Riest: »Auf das Schicksal der KPD, geschweige denn auf das der Arbeiterbewegung, haben diese Splitter keinerlei Einfluss.«

Die KPD und der Faschismus

Was die Beschäftigung sowohl mit der »rechten« als auch mit der »linken« Opposition in den letzten Jahren der Weimarer Republik dennoch interessant macht, ist ihre Auseinandersetzung mit der immer stärker werdenden faschistischen Bewegung. Innerhalb weniger Jahre war Adolf Hitlers NSDAP von einer Randerscheinung der Weimarer Gesellschaft zu einer Massenpartei geworden. Hatten die Nationalsozialisten 1928 gerade einmal 2,6 Prozent der Wählerstimmen erhalten, so zogen sie 1930 mit einem Zuwachs von 5,6 Millionen Stimmen als zweitstärkste Fraktion in den Reichstag ein. Zwei Jahre später konnten sie ihre Stimmenzahl noch einmal mehr als verdoppeln und wurden mit 37,3 Prozent stärkste Kraft. Die SA, ihre paramilitärische Kampforganisation, wuchs auf etwa eine halbe Million Mitglieder an.

Unzweifelhaft ist diese Entwicklung nicht ohne die Weltwirtschaftskrise von 1929 zu erklären, deren Auswirkungen in Deutschland besonders deutlich zu spüren waren. Die prekäre soziale Situation von Millionen führte zu einer politischen Massenradikalisierung, von der auch die Kommunisten profitierten. Zwischen 1928 und 1932 erhöhte sich ihre Wählerschaft von 3,3 auf 6,0 Millionen, und die Zahl eingeschriebener KPD-Mitglieder nahm von knapp 125 000 (1929) auf 360 000 (1932) zu. Diese Erfolge ließen die KPD-Führung jedoch übersehen, dass Hauptnutznießer der Krise die Nationalsozialisten waren. So erklärten sich die Kommunisten, von Selbstüberschätzung geblendet, nach der Reichstagswahl 1930 zum »einzig wahren Sieger« – trotz der Verachtfachung der NSDAP-Stimmen.

Dahinter steckte ein völliges Unverständnis der Gefahr, die von den Nationalsozialisten für die gesamte deutsche Arbeiterbewegung ausging. Besonders deutlich kam dies in der »Sozialfaschismusthese« zum Ausdruck. Auf Komintern-Weisung erklärte die KPD-Spitze die Sozialdemokraten ab 1929 zu »Sozialfaschisten« und zum »Hauptfeind«, der die Arbeiter davon abhielte, gegen den Kapitalismus zu kämpfen. Eine Zusammenarbeit mit der SPD – auch gegen die Nationalsozialisten – lehnte sie daher ab: »Die Sozialfaschisten wissen, dass es für uns mit ihnen kein gemeinsames Zusammengehen gibt. Mit der Panzerkreuzerpartei, mit den Polizeisozialisten, mit den Wegbereitern des Faschismus kann es für uns nur Kampf bis zur Vernichtung geben.«

Tatsächlich gab es Begebenheiten, die es der KPD-Führung erleichterten, die Parteibasis von der Sozialfaschismusthese zu überzeugen. Der »Blutmai« 1929 – als die vom Sozialdemokraten Karl Friedrich Zörgiebel geleitete Berliner Polizei Dutzende kommunistische Demonstranten erschoss – trug sicher am symbolkräftigsten zur Vertiefung der Spaltung innerhalb der deutschen Arbeiterbewegung bei. Aber auch sonst schien die Politik der SPD die kommunistische These zu stützen. In der zweifelhaften Hoffnung, den Nationalsozialisten den Weg an die Macht zu versperren und die Weimarer Demokratie am Leben zu erhalten, verfolgte die SPD eine Politik des »kleineren Übels«: Sie unterstützte die Kandidatur des erzkonservativen Paul von Hindenburg bei der Reichspräsidentenwahl 1932 und tolerierte das autoritäre Präsidialkabinett des Kanzlers Heinrich Brüning.

Jedoch war auch die KPD nicht in der Lage, den vom Sozialabbau Betroffenen eine Alternative zur Politik der Sozialdemokratie anzubieten. Im Gegenteil: Ihre hauptsächlich gegen die SPD gerichtete Rhetorik führte sie nicht nur in abenteuerliche Allianzen – 1931 unterstützte sie einen von Nationalsozialisten und Deutschnationalen initiierten Volksentscheid gegen die sozialdemokratisch geführte preußische Landesregierung –, sondern entfernte sie auch von den Massen. Zwar brachte ihre Politik gewisse Erfolge, weil das verzweifelte Heer der Arbeitslosen sich ständig vergrößerte und viele radikalisierte Menschen ihre Hoffnung auf die KPD setzten. Doch entgegen den Hoffnungen der Parteiführung kamen die meisten ihrer Neuwähler nicht aus sozialdemokratischen Milieus. In den Betrieben waren die Kommunisten kaum mehr präsent. Im Herbst 1932 machte der Anteil lohnabhängig beschäftigter Arbeiter an der Gesamtmitgliedschaft nur noch 11 Prozent aus.

Einen ernsthaften Beitrag zur Verhinderung des Nationalsozialismus lieferte die Faschismus-Theorie der Kommunisten nicht. Vielmehr führte diese Politik schließlich zu ihrem Untergang. Wenige Monate nach der Machtübernahme Hitlers wurde die Partei verboten und Tausende ihre Mitglieder – ebenso wie viele der von ihnen bekämpften Sozialdemokraten – in die ersten Konzentrationslager des NS-Regimes gesperrt.

Kommunistische Opposition gegen den Faschismus

Gerade angesichts des Versagens der Strategie der KPD ist die wesentlich differenzierter ausfallende Faschismusanalyse der oppositionellen Kommunisten bedeutsam. Besonders hervorzuheben ist in diesem Kontext die VLO,

die sich maßgeblich auf die Einschätzungen Leo Trotzki stützte. Die Schriften des russischen Oppositionellen bewiesen einen bemerkenswerten Weitblick und eine erstaunliche Kenntnis der Situation in Deutschland – vor allem, wenn man bedenkt, dass sich Trotzki zu dieser Zeit im türkischen Exil befand. Kurt Tucholsky staunte damals: »Und Trotzki, der prachtvolle Sachen schreibt... Neulich ein ›Porträt des Nationalsozialismus‹, das ist wirklich eine Meisterleistung. Da stand alles, aber auch alles drin. Unbegreiflich, wie das einer schreiben kann, der nicht in Deutschland lebt.«

Trotzki war im Gegensatz zur offiziellen Linie der Komintern nicht der Ansicht, dass es sich bei Hitlers Nationalsozialisten um eine »Schöpfung« des reaktionären Finanzkapitals handele. Vielmehr beschrieb er den Faschismus als Massenbewegung, die sich vor allem aus dem Kleinbürgertum – Trotzki verstand hierunter Selbständige, höhere Angestellte und Beamte –, aber auch aus »dem Lumpenproletariat und in gewissem Maße sogar aus den proletarischen Massen« rekrutiere. Für die kleinbürgerlichen Schichten, die von der Krise besonders stark betroffen waren, sei der Nationalsozialismus so attraktiv, da er eine gegen das Großkapital gerichtete Demagogie mit großer Feindschaft gegen die organisierte Arbeiterbewegung verbinde.

Auch wenn der Faschismus keine Erfindung des Kapitals sei, so Trotzki weiter, sei dieses bereit, in einer Situation enormer sozialer und politischer Polarisierung – wie sie in Deutschland herrsche – die Nationalsozialisten zu unterstützen. Zwar sei die bürgerliche Demokratie für das Kapital die günstigste Herrschaftsform, aber wenn die Gefahr einer proletarischen Revolution drohe, würde der Faschismus mit seinem Versprechen, die Arbeiterbewegung zu zerschlagen, zu einer denkbaren Alternative. Trotzki benutzte das Bild, dass die Bourgeoisie den Faschismus ebenso sehr liebe »wie ein Mensch mit kranken Kiefern das Zahnziehen«.

Die »Sozialfaschismusthese« hielt Trotzki für falsch und gefährlich. Er teilte zwar die Ansicht der Kominternführung, dass die Politik der Sozialdemokratie den Faschisten den Weg bereite. Dennoch erklärte er, gestützt auf die Erfahrungen des italienischen Faschismus: »Der Faschismus nährt sich von der Sozialdemokratie, aber er muss ihr den Schädel einschlagen, um an die Macht zu kommen.« Daher drängte er darauf, dass SPD und KPD – trotz aller grundsätzlichen Differenzen – gemeinsam gegen die immer stärker werdenden Nationalsozialisten agieren sollten. Beide seien schließlich gleichermaßen durch den Faschismus bedroht.

Notwendig sei die Taktik der »Einheitsfront«, wie sie von Parteien der Komintern bereits in der Vergangenheit angewendet worden war. Dies war auch die Position der KPO. August Thalheimer hatte eine Analyse des Faschismus entwickelt, die der von Trotzki in vielen Punkten ähnelte. Auch er ging davon aus, dass die Nationalsozialisten von der Wirtschaftskrise profitieren. Ebenso wie Trotzki sah er den Faschismus als eigenständige Massenbewegung an, die sich hauptsächlich aus dem Kleinbürgertum und den »Deklassierten aller Klassen« zusammensetzte. Das Bürgertum würde die Nationalsozialisten nur unterstützen, weil diese die radikalisierte Arbeiterklasse zerschlagen könnten: »Die soziale Herrschaft der Bourgeoisie ist in Widerspruch geraten mit ihrer politischen Herrschaft. Sie bereiten ihre politische Abdankung vor, um ihre Klassenherrschaft zu retten und zu festigen.« Thalheimer hielt die Sozialfaschismusthese ebenfalls für falsch und gefährlich. Der Aufschwung des Faschismus könne nur durch »einen umfassenden und planmäßigen Generalangriff« der Arbeiterklasse verhindert werden. Dementsprechend kämpfte auch die KPO für die Verwirklichung der Einheitsfront. Er erklärte, die verschiedenen Arbeiterorganisationen müssten sich an jedem Ort zu »antifaschistischen Kartellen zusammenschließen«.

Die von Trotzki und Thalheimer vorgeschlagene Taktik traf durchaus die Stimmung an der Arbeiterbasis. So sind – entgegen der Weisungen der nationalen Parteiführungen – einige lokale Einheitsfrontaktionen aus den frühen 1930er Jahren überliefert. In mehreren württembergischen Städten gab es beispielsweise gegenseitige Aktionsangebote, und bei den Kommunalwahlen entstanden gemeinsame Listenverbindungen. Dort, wo kommunistische Oppositionelle unabhängig vom stalinisierten Parteiapparat agieren konnten, gelang es ihnen häufig, Einheitsfrontausschüsse und -komitees unter Einbeziehung der SPD aufzubauen – so beispielsweise im badischen Bruchsal und in Oranienburg bei Berlin.

Dies blieben jedoch Einzelfälle. Die unnachgiebige Haltung der Parteiführungen von SPD und KPD gegenüber der jeweils anderen Partei ließ alle Hoffnungen auf ein reichsweites Bündnis zerplatzen. Vielmehr trugen beide dazu bei, die Spaltung innerhalb der Arbeiterbewegung zu vertiefen. Zugleich war die kommunistische Opposition Anfang der 1930er Jahre zahlenmäßig viel zu schwach, um eine Kursänderung der KPD zu erreichen. Lediglich dort, wo sie eine vergleichbare Größe und einen ähnlichen Einfluss wie die beiden großen Arbeiterparteien hatte, gelang es ihr, wirksame Einheitsfrontkomitees aufzubauen. In einer Großstadt wie Berlin, wo die Opposition einige hundert Mitglieder hatte, die KPD aber 34 000, war dies jedoch undenkbar.

Fazit

Letztendlich vermochten die oppositionellen Kommunisten, weder die KPD zu reformieren noch den Vormarsch der Nazis zu stoppen. Neben subjektiven Gründen – wie geringe organisatorische Größe – erschwerten ihnen die objektiven Umstände ihren Kampf. Zwei sind hervorzuheben: Zum einen lagen die Ausgangspunkte der Stalinisierung der KPD mit dem Niedergang der Revolution in Russland, der Niederlage der Vereinigten Opposition und dem Aufstieg der Parteibürokratie zur neuen Herrschaftsschicht in der Sowjetunion außerhalb der Einfluss-sphäre der Linkskommunisten. Vermittelt durch die Komintern »säuberte« die Stalin-Clique im Verlauf der späten 1920er Jahre alle wichtigen kommunistischen Parteien im Ausland und wandelte sie in bloße Befehlsempfänger um. Dieser Prozess war in Deutschland Anfang der 1930er Jahre so weit vorangetrieben, dass es vermutlich eine Illusion war zu glauben, man könne die KPD noch reformieren.

Auf der anderen Seite erlebte die Weimarer Republik in ihren letzten Jahren eine derartige politische Polarisierung, dass es nahezu unmöglich war, eine dritte linke Massenpartei neben SPD und KPD aufzubauen. Die Gefahr des aufsteigenden Faschismus orientierte die Mehrheit der deutschen Arbeiterklasse auf eine der beiden Parteien – trotz aller Fehler, die sie womöglich machten. In dieser Situation eine unbedeutende linke Kleinpartei zu wählen oder sich ihr gar anzuschließen, erschien den Wenigsten als gangbarer Weg.

Literatur

- Alles, Wolfgang: Zur Politik und Geschichte der deutschen Trotzkisten ab 1930, Frankfurt 1987.
Bergmann, Theodor: »Gegen den Strom«. Die Geschichte der KPD(Opposition), Hamburg 2001.
Schüle, Annegret: Trotzkismus in Deutschland bis 1933. »Für die Arbeitereinheitsfront zur Abwehr des Faschismus«, Köln 1989.
Tjaden, Karl Hermann: Struktur und Funktion der »KPD-Opposition« (KPO). Eine organisationssoziologische Untersuchung zur »Rechts«-Opposition im Kommunismus zur Zeit der Weimarer Republik, Meisenheim am Glan 1964.
Wernicke, Günter: Die Radikallinke der KPD und die russische Opposition. Von der Fischer-Maslow-Gruppe zum Lenin-Bund, in: Beiträge zur Geschichte der Arbeiterbewegung, 42. Jg., 2000, H. 3, S. 75-101.
Zimmermann, Rüdiger: Der Leninbund. Linke Kommunisten in der Weimarer Republik, Düsseldorf 1978.

»Den nach Hoffnung hungernden Massen den Sozialismus als einzig mögliche Rettung aus der Krise zeigen.«

Die Entwicklung der SPD-Linken von der Klassenkampf-Gruppe zur Sozialistischen Arbeiterpartei (SAP)

Von den Regierungsbeteiligungen bis 1930 und der folgenden Tolerierung der Rechtsregierung Brüning durch die SPD enttäuscht, spaltete sich der linke Flügel der SPD 1931 ab und gründete die Sozialistische Arbeiterpartei (SAP). Sie war die bedeutendste unter den zwischen SPD und KPD stehenden, unabhängigen sozialistischen Gruppierungen in der Endphase der Weimarer Republik.

Gegen Regierungsbeteiligungen, für ein sozialistisches Profil: Die Klassenkampf-Gruppe

Die SPD-Linke in den »Goldenen Zwanzigern« war eine überaus heterogene Strömung. Sie speiste sich aus drei verschiedenen Quellstrukturen: aus Teilen der 1922 wieder zur SPD gestoßenen Rest-USPD; aus sächsischen und thüringischen Sozialdemokraten, die seit dem Sturz der verfassungsmäßigen SPD-KPD-Koalitionen in Mitteldeutschland durch die Reichswehr 1923 in Opposition zum Parteivorstand standen, der diesen Einmarsch unterstützt hatte und aus einer Gruppe dissidenter Kommunisten um den ehemaligen KPD-Vorsitzenden Paul Levi, die sich erst der Rest-USPD und dann mit dieser der SPD angeschlossen hatte. Bis zu seinem Tod 1930 war Levi der unumstrittene theoretische Kopf der Linken.

Einen wichtigen Versuch zur Vereinheitlichung des linken Flügels stellte die Herausgabe der Halbmonatsschrift »Der Klassenkampf« ab Oktober 1927 dar. Herausgeber war Max Seydewitz, SPD-Reichstagsabgeordneter und späterer Vorsitzender der SAP. Stark beeinflusst war sie anfangs vom Austromarxismus. Ein führender Vertreter dieser Strömung, der Österreicher Max Adler, gehörte zu ihren Mitarbeitern. Ein Jahr später vereinigte sich die von Levi herausgegebene »Sozialistische Politik und Wirtschaft« mit dem »Klassenkampf« und zog das Blatt weiter nach links. Mit einer Auflage von bis zu 2 500 Exemplaren wurde der »Klassenkampf« bald zum Kristallisationspunkt der gesamten sozialdemokratischen Linken und beeinflusste eine Reihe weiterer linker Publikationen. Besonders eng war das Verhältnis zu den Jusos. Viele Linksoppositionelle hofften, durch den »Klassenkampf« die Heterogenität der Linken in eine lebendige politische Debatte zu kanalisieren und so zu einer gemeinsamen politischen Linie sowie zu einer inhaltlich und organisatorisch geschlosseneren Opposition zu gelangen. Die Klassenkampf-Gruppe, wie die Strömung bald genannt wurde, bildete den Kern einer breiteren sozialdemokratischen Linken. Diese erhielt beispielweise für ihren Leitantrag »Opposition statt Koalition« auf dem Kieler Parteitag 1927 ein Viertel der Delegiertenstimmen (83:255).

Den Wahlkampf zur Reichstagswahl 1928 führte die SPD unter dem von der Klassenkampf-Gruppe vorgeschlagenen Slogan »Kinderspeisung statt Panzerkreuzer«. Die Konflikte mit dem Parteivorstand nahmen zu, als sich die SPD anschließend an einer Großen Koalition beteiligte. Denn kaum in die Koalition eingetreten, stimmte die Partei dem Bau des eben noch abgelehnten Panzerkreuzers zu.

Trotz aller Bemühungen gelang es der Klassenkampf-Gruppe nie, die grundlegenden Schwächen der SPD-Linken zu überwinden: ihren Mangel an organisatorischer Geschlossenheit und an theoretischer Klarheit. Fritz Bielig, Mitarbeiter der Zeitschrift, schrieb später, die SPD-Linke sei »nie eine organisierte Gruppe« gewesen. »Es ließ sich daher nie genau sagen, wer zu ihr gehörte und wer nicht. In ihren zwanglosen Zusammenkünften [...] kamen fast immer stark von einander abweichende Meinungen auch zu aktuellen und politischen Entscheidungen zum Ausdruck.«

Hinzu kam ihre Fixierung auf die Parlamente, in denen sie einige Anhänger in den SPD-Fraktionen hatte. Vorschläge zu oder gar die Initiierung von außerparlamentarischen Aktionen gab es kaum. So gelang es nicht, die massive Enttäuschung vieler SPD-Anhänger über den Bau des Panzerkreuzers in außerparlamentarischen Druck

umzumünzen. Die Linke fokussierte auf die innerparteilichen Debatten und versuchte nicht systematisch, eine mit ihren politischen Forderungen korrespondierende Praxis an der Basis zu entwickeln.

Diese Schwächen wurden besonders deutlich, als sich mit dem Beginn der Weltwirtschaftskrise im Oktober 1929 die Rahmenbedingungen linker Politik in Deutschland entscheidend veränderten. Unter dem Eindruck von zusammenbrechender Produktion und explodierender Arbeitslosigkeit zerbrach die Große Koalition. An ihre Stelle trat das autoritäre, mit Hilfe von Notverordnungen regierende Präsidialkabinett des Reichskanzlers Heinrich Brüning. Seine Antwort auf die Krise war eine deflationistische Sparpolitik (Demontage des Sozialstaates, Erhöhung der indirekten Steuern, Kürzungen von Löhnen und Gehältern), die die Notlage gerade der proletarischen Bevölkerung weiter verschärfte. Dennoch tolerierte die SPD-Fraktion diese Regierung. Durch die Unterstützung einer Politik, die gerade den unteren Bevölkerungsschichten die Kosten der Krise aufbürdete, trieb die SPD die immer größer werdenden verzweifelten und unzufriedenen Massen in die Arme derer, die scheinbar oder auch tatsächlich radikale Alternativen boten: NSDAP und KPD. Das verheerende Ergebnis dieser Politik zeigte sich in der Reichstagswahl im September 1930: Die NSDAP konnte ihren Stimmenanteil explosionsartig von 2,6 Prozent auf 18,3 Prozent erhöhen. Die SPD verlor massiv, während die KPD Zugewinne erzielte. Gleichsam über Nacht waren die Nazis zu einer Massenbewegung geworden, von der eine elementare Bedrohung für alle demokratischen und sozialen Errungenschaften der Novemberrevolution 1918 und für die gesamte Arbeiterbewegung ausging. Im Wahlkampf hatte die SPD verkündet: »Verteidigt die Verfassung gegen die ständige Aushöhlung der Verfassung durch Brüning« und »Verteidigt den Lebensstandard der Arbeiterklasse gegen die ständige Reduzierung des Lebensstandards mittels Notverordnungen.« Gleich nach Einberufung des Reichstages stimmte die SPD aber den Notverordnungen Brünings erneut zu. Die SPD-Führung begründete dies mit der Logik des kleineren Übels: Nur durch eine Unterstützung Brünings könne verhindert werden, dass Hitler an die Macht komme. Mit dieser Politik wurde jedoch, so Wolfgang Abendroth, »die moralische Kraft des reformistischen Teils der deutschen Arbeiterbewegung für die folgende Krisenperiode gebrochen.«

Verzweifelt bekämpfte die SPD-Linke diesen Kurs und forderte ein Ende von Regierungsbeteiligungen und Tolerierungen. Anfang 1931 schrieb Max Seydewitz in dem programmatischen Aufsatz »Die Krise des Kapitalismus und die Aufgabe der Arbeiterklasse«: Da der verarmenden Bevölkerung auf den ersten Blick »nicht der an der Krise und dem Elend schuldige Kapitalismus entgegentritt, sondern die Einrichtung des Staates«, werde nicht der Kapitalismus, sondern die mit dem Staat identifizierte SPD von der Bevölkerung für die Misere verantwortlich gemacht. Sie werde zum »Blitzableiter, der für den schuldigen Kapitalismus den Zorn und die Empörung der ins Elend gestoßenen Massen auffängt.« Dadurch entstände die paradoxe Situation, dass die von der Sozialdemokratie enttäuschten Massen »zu Rekrutierungskontingenten für den Faschismus und so zu Stützen der schuldigen kapitalistischen Klasse [werden], die [...] ihre kapitalistische Klassenherrschaft gerade in der Zeit der ärgsten Krise aufrechterhalten kann mit Unterstützung der Opfer der Krise.« Neben der Spaltung der Arbeiterbewegung sei das erschütterte Vertrauen in die Sozialdemokratie der wesentliche Grund für das Wachstum des Faschismus, den es mittels einer Einheitsfront der Arbeiterorganisationen zu bekämpfen gelte. Es reiche aber nicht, beim reinen Abwehrkampf stehen zu bleiben. Die SPD brauche ein »positives sozialistisches Wirtschaftsprogramm«, welches »an den bestehenden ökonomischen Machtverhältnissen, an der Unantastbarkeit des Profits rütteln will und den Massen einen wirklichen Ausweg aus dieser Krise zeigt«. Keineswegs dürfe der Kampf gegen den Faschismus getrennt werden vom Kampf für soziale Forderungen, sondern er müsse direkt in den Kampf für den Sozialismus übergehen, weil sich nur mit dieser Perspektive die zur Niederrichtung des Faschismus notwendigen Arbeitermassen mobilisieren ließen.

Ähnliche Gedanken formulierte Seydewitz in dem Aufsatz »Die Aufgabe der Arbeiterklasse«. Ausgehend davon, dass die gegenwärtige Krise sich von bisherigen Krisen grundlegend unterscheidet und für den Kapitalismus nur lösbar sei, indem er mit Hilfe des Faschismus der Arbeiterklasse »grauenhafte Bedingungen diktieren, [ihr] alle Lasten der Krise mit Gewalt aufzwingen wird«, dürfe sich die Sozialdemokratie nicht länger um die »Rettung der gegenwärtigen Wirtschaft, um die Erhaltung der bürgerlichen Gesellschaft« bemühen, sondern müsse die Massen mobilisieren »zum Kampf um den Sturz und die Beseitigung dieser kapitalistischen Gesellschaftsordnung.« Dafür seien konkrete Tagesforderungen »zur Milderung der Wirkung dieser Krise auf die Arbeiterklasse« notwendig. Um diese durchzusetzen bedürfe es »außerparlamentarische[r] Aktionen, deren Notwendigkeiten den parlamentarischen Kampf diktieren müssen«. Weiter schrieb Seydewitz: »Die Tagesforderungen, für die die Sozialdemokratie die Massen auf dem Wege zum sozialistischen Endziel mobilisieren und revolutionieren muß, müssen starken sozialistischen Einschlag haben, sie müssen den Massen als Rettung aus der hoffnungslosen Situation erscheinen.«

Allen Aufforderungen der Linken zum Trotz, die Tolerierung Brünings zu beenden und endlich kämpferisch für die Interessen der Arbeiterklasse einzutreten, hielt die SPD-Führung an ihrem Kurs fest. So wuchs bei den zur Klassenkampf-Gruppe gehörenden Reichstagsabgeordneten die Bereitschaft, ihren Überzeugungen zu folgen und die Tolerierung Brünings nicht mehr mitzutragen. Bei der Abstimmung über die Bewilligung weiterer Gelder für den Bau von Panzerkreuzern am 20. März 1931 stimmten neun linke Abgeordnete mit den Kommunisten gegen die Regierungsvorlage. Es war der sensationellste Fraktionsbruch in der SPD seit dem Ersten Weltkrieg und gleichzeitig der Startschuss zum Losschlagen des Parteivorstandes gegen die Linksoppositionellen. Sie wurden nun vor die Alternative gestellt: Kapitulation oder Ausschluss. Die Linken verweigerten die Kapitulation und verfassten im Juni 1931 einen »Mahnruf an die Partei«, in dem sie forderten: »Die Partei muß jetzt den Kampf um die Macht mit allen Mitteln unter sozialistischen Losungen aufnehmen und den nach Hoffnung hungernden Massen den Sozialismus als einzig mögliche Rettung aus dieser Krise zeigen.«

Daraufhin begann der Parteivorstand, entschlossen gegen die sich weiter ausbreitende und organisatorisch verfestigende Linke vorzugehen, um so zu verhindern, das eine etwa im Zusammenhang mit der Reichstagsdebatte über neue Notverordnungen im Oktober gestärkte Linke von sich aus eine Spaltung der Partei wagen könnte. Die Herausgabe einer neuen linken Zeitschrift (»Die Fackel«) wurde als Anlass genommen, mit den Abgeordneten Seydewitz und Kurt Rosenfeld die führenden Köpfe der Linken auszuschließen. Ausschlüsse von vier weiteren linken Reichstagsabgeordneten (August Siemsen, Heinrich Ströbel, Hans Ziegler und Andreas Portune) folgten. Ihnen und ihren Anhängern blieb nichts anderes übrig, als den Weg zum Aufbau einer neuen Partei zu beschreiten. Die Umstände des Ausschlusses ließen die Schwächen der SPD-Linken noch einmal deutlich werden. Zwar hatten sie sich seit dem Ausbruch der Weltwirtschaftskrise stark radikalisiert und außerparlamentarischen Aktionen immer mehr Gewicht beigemessen. Eine inhaltlich und organisatorisch wirklich geschlossene Linke war aber nicht entstanden. Nur so ist es zu erklären, dass der Parteivorstand und nicht die Opposition die Schritte hin zur Spaltung diktieren konnte. Der SAP-Historiker Hanno Drechsler schreibt: »Selbst wenn man einmal unterstellt, daß die Spaltung der SPD im Interesse der Arbeiterbewegung früher oder später notwendig gewesen wäre, spricht gegen die Führung der Linken, daß sie sich zu einem dem Parteivorstand genehmen Zeitpunkt aus der Partei hinausmanövrieren ließ. Eine politisch zielbewußte Opposition hätte dem Parteivorstand den Termin der Spaltung aufzwingen müssen.«

Im Ringen um die Einheitsfront: Die Sozialistische Arbeiterpartei

Sofort nach den Ausschlüssen lud die Opposition Anfang Oktober 1931 zu einer Reichskonferenz. Anwesend waren 88 ordentlich gewählte Delegierte, 127 Gastdelegierte und rund 200 überwiegend jugendliche Gäste. In seinem Referat erklärte Seydewitz, die (stalinisierte) KPD sei für die Ausgeschlossenen wegen ihrer mangelnden innerparteilichen Demokratie keine Alternative. »Wenn wir den geringsten Versuch machen würden, einen Kampf in der KPD um eine Änderung ihres Kurses zu machen, dann würden wir vielleicht zwanzigmal schneller aus der KPD herausfliegen als aus der SPD.« Notwendig sei daher die Gründung einer neuen Partei, der »Sozialistischen Arbeiterpartei Deutschlands« (SAP). Oberste Aufgabe der SAP müsse es sein, die »Voraussetzung zu schaffen für die Einheit der Arbeiterklasse« im Kampf gegen den Faschismus und zum »Sturz des kapitalistischen Systems«: »Ich sage euch, so müssen wir uns als neue Organisation betrachten, als die Organisation, die die Brücke schlägt über die tiefe Kluft zwischen SPD und KPD. « Denn trotz der ständig wachsenden Nazi-Gefahr bekämpften sich die großen Arbeiterparteien weiter und sahen einander oft genug als eigentlichen »Hauptfeind«. Den Schritt zum Aufbau einer neuen Partei machte aber nur eine Minderheit der SPD-Linken mit.

Für die Teile der Weimarer Linken, die außerhalb von SPD und KPD verzweifelt für eine Korrektur des Katastrophenkurses der beiden großen Parteien der Arbeiterbewegung und für eine antifaschistische Einheitsfront kämpften bzw. versuchten, eine neue sozialistische Linke zwischen Stalinismus und Reformismus aufzubauen, war die Gründung der linkssozialistischen SAP ein Ereignis von allerhöchstem Interesse. Noch im Oktober 1931 schloss sich der »Sozialistische Bund« um Georg Ledebour, einem der bekanntesten Veteranen der deutschen Arbeiterbewegung, der neuen Partei an. Am 1. November stieß die kleine, radikalpazifistische (Rest-)USPD des Liebknecht-Sohnes Theodor hinzu. Einzelne Mitglieder kommunistischer Kleingruppen traten ebenfalls in die SAP ein. Von nichtorganisierten linkssozialistischen Intellektuellen wie Carl von Ossietzky, Kurt Tucholsky, Käthe Kollwitz, Albert Einstein und Lion Feuchtwanger wurde die Gründung der SAP begeistert begrüßt, einige wie Fritz Sternberg schlossen sich ihr an. Anfang 1932 traten ca. 1 000 Mitglieder der KPO (Kommunistische Partei-Opposition) um die beiden KPD-Mitbegründer Paul Frölich und Jacob Walcher in die neue Partei ein. Ihr erklärtes Ziel war die »Eroberung der SAP für den Kommunismus«. Dies gelang ihnen im Bündnis mit dem linken Flü-

gel der SAP auf der Grundlage eines starken Linkstrends in der Mitgliedschaft: Auf dem (bereits illegal abgehaltenen) Parteitag der SAP im März 1933 gab sich die Partei ein revolutionär-sozialistisches Programm. Die Arbeit der KPO in der SAP kann als eines der erfolgreichsten Entrismus-Projekte in der Geschichte revolutionärer Organisationen in Europa überhaupt betrachtet werden.

Oberstes Ziel der SAP war die Schaffung einer antifaschistischen Einheitsfront. Dies war für sie nur über die Bildung einer Massenpartei zu erreichen, um so SPD und KPD tatsächlich zu einer Kurskorrektur zu zwingen. Man hoffte auf massenhaften Zustrom von über die Anpassungspolitik der SPD enttäuschten Sozialdemokraten und von den autoritären Methoden ihrer stalinistischen Führung abgestoßenen Kommunisten. Im März 1932 hatte die SAP 25 000 Mitglieder, ihr »Sozialistischer Jugendverband« (SJV) bis zu 10 000 Mitglieder, die v. a. aus den Jusos und der SAJ (Sozialistische Arbeiterjugend, SPD-Jugendorganisation) gekommen waren. Damit war der organisatorische Höhepunkt der SAP aber bereits erreicht, die Hoffnung, eine Massenpartei zu werden, erfüllte sich nie. Bei den Wahlen, bei denen sie kandidierte, erzielte sie mickrige Ergebnisse. In der Todeskrise der Weimarer Republik und angesichts des kometenhaften Aufstiegs der NSDAP waren die meisten Arbeiter – trotz aller Sympathien – offensichtlich nicht bereit, sich auf das Wagnis des Aufbaus einer neuen Partei einzulassen. Sie blieben trotz aller Kritik und Enttäuschung den beiden großen Parteien treu.

Das historische Verdienst der SAP liegt darin, die Gefahr des Faschismus viel klarer als die großen Organisationen erkannt zu haben. Verzweifelt setzte sie sich für eine Einheitsfront der Arbeiterorganisationen im Kampf gegen die Nazis ein. Immer wieder rief sie zu einem gemeinsamen Kampf der linken Organisationen gegen die Nazis und gegen die Abwälzung der Kosten der Krise auf die Massen auf. 1932 hieß es in einem Apell der SAP an KPD, SPD und Gewerkschaften: »Der Bruch in der deutschen Arbeiterbewegung geht tief, aber nicht minder tief ist das Verlangen, ihn in dieser Stunde akuter Gefahr zu überbrücken und jedenfalls nicht an ihm den Kampf für diejenigen Forderungen scheitern zu lassen, die die Arbeiterschaft über alle grundsätzlichen, politischen und taktischen Meinungsverschiedenheiten hinweg einen. Einmütigkeit besteht in dem Willen zur Abwehr des Faschismus, zur Abwehr des Lohnabbaus, zur Verteidigung der Sozialgesetzgebung, zur Bekämpfung aller Kriegsgefahren. Wir schlagen euch darum vor, diese vier Punkte als Möglichkeit einer gemeinsamen Aktion aller Organisationen der Arbeiterschaft zu machen.« Den Anti-Nazi-Kampf sah die SAP als Möglichkeit für die Linke, zusammenzukommen und ein neues Gefühl der Stärke zu entwickeln. In ihrem Aktionsprogramm hieß es: »Es gilt daher vor allen Dingen, durch einheitliche Aktionen gegen den Faschismus die Arbeiterklasse wieder zum Bewusstsein ihrer Kraft [...] zu bringen.« Erfolgreiche Abwehrkämpfe gegen den Faschismus sah sie als eine Bedingung für das Selbstvertrauen, um den Kapitalismus zu bekämpfen zu können.

Ihre geringe Größe verdammt die SAP allerdings dazu, der Geschichte Weimars keine entscheidende Wendung mehr geben zu können. Von Anfang an war ihr Einfluss in der Arbeiterbewegung zu gering, um SPD und KPD von ihrem Kurs abzubringen. Und so war sie dazu verurteilt, den Sieg des Faschismus im Wissen von der Möglichkeit, ihn mittels einer Einheitsfront stoppen zu können, weitgehend ohnmächtig voraussehen und erleben zu müssen. Nur in Orten, in denen sie über eine Massenbasis verfügte, konnte sie erfolgreiche Einheitsfrontaktionen erzwingen. In Klingenthal im Voigtland, einer SAP-Hochburg, kamen 1 500 Menschen (bei 6 500 Einwohnern) zu einer Veranstaltung »Wie schaffen wir die Einheitsfront« zusammen mit der KPD, auf der eine gemeinsame Kampf-Formation gebildet wurde. Insgesamt musste die Partei aber feststellen: »Die Gefahr wächst lawinenartig, die Einheitsfront nur im Schneckentempo.«

Sofort nach der Machtergreifung durch die Nazis stellte sich die SAP auf illegale Widerstandstätigkeit um. Gemessen an ihrer Größe war sie vermutlich die Organisation, die den intensivsten Widerstand leistete. Noch im Januar 1934 hatte sie bis zu 14 000 illegal arbeitende Mitglieder. Mitte der 1930er wurden die meisten ihrer Strukturen zerschlagen, aber noch 1937 dürfte die Partei etwa 1 000 aktive Mitglieder in Deutschland gehabt haben. An einigen Orten arbeiteten Organisationskerne der SAP bis Kriegsende weiter. Hunderte SAPler mussten ins Exil gehen. Etliche schlossen sich im spanischen Bürgerkrieg den Milizen der marxistischen POUM an. Im Widerstand wie im Exil setzte sich die Partei weiter für eine Einheitsfront ein. Nach Kriegsende schlossen sich einige Mitglieder der SED an, andere bildeten einen neuen linken Flügel in der SPD um die Zeitschrift »Funk«.

Ehemalige SAPler wie der spätere SPD-Vorsitzende und Bundeskanzler Willy Brandt oder der langjährige IGM-Vorsitzende Otto Brenner spielten nach 1945 eine wichtige Rolle in SPD und Gewerkschaften.

Das Erbe

Einige Erfahrungen aus der Geschichte der Klassenkampf-Gruppe und der SAP bleiben auch für heutige Linke relevant. So z. B. die Erkenntnisse der linksoppositionellen Sozialdemokraten über die verheerenden Folgen von Regierungsbeteiligungen ohne echte Reformen für eine linke Partei. Ebenso die Erfahrung, dass radikale Linke innerhalb breiterer Formationen der Linken vor der Aufgabe stehen, den Kampf um die Linie der Partei mit einer außerparlamentarischen Praxis zu verbinden und sich um den Aufbau eigener, handlungsfähiger Strukturen zu bemühen, wollen sie nicht zu Getriebenen der Parteivorstände und -apparate werden. Auch die Lehre, dass von den Nazis eine tödliche Gefahr für die gesamte Linke ausgeht, die über alle Gegensätze hinweg bekämpft werden muss, und dass SozialistInnen dabei aber die Aufgabe haben, über den antifaschistischen Kampf hinaus eine gesellschaftlich starke, demokratisch-sozialistische Kraft aufzubauen, die glaubwürdige Alternativen zum kapitalistischen System aufzeigt, ist heute so aktuell wie damals.

Literatur

- Drechsler, Hanno: Die sozialistische Arbeiterpartei Deutschlands. Ein Beitrag zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung am Ende der Weimarer Republik, Hannover 1983.
- Foitzik, Jan: Zwischen den Fronten. Zur Politik, Organisation und Funktion linker politischer Kleinorganisationen im Widerstand 1933 bis 1939/40 unter besonderer Berücksichtigung des Exils, Bonn 1986.
- Lorenz, Einhart: Mehr als Willy Brandt. Die Sozialistische Arbeiterpartei Deutschlands im skandinavischen Exil, Frankfurt/M. 1997.
- Niemann, Heinz (Hrsg.): Auf verlorenem Posten? Zur Geschichte der sozialistischen Arbeiterpartei, Berlin 1991.
- Rengstorf, E.-V.: Linksopposition in der Weimarer SPD. Die »Klassenkampf-Gruppe« 1928-31, Hannover 1976.

Trotzkismus

Wie viele andere Reform- und Erneuerungsbewegungen innerhalb des marxistisch orientierten Sozialismus des 20. Jahrhunderts erblickte auch der Begriff des Trotzkismus das Licht der Welt zuerst durch seine innerlinken Gegner, in diesem Falle durch die sich stalinisierende kommunistische Bewegung der 1920er und 1930er Jahre. In dieser an sich personifizierenden Verkürzung steckt jedoch, und auch dies ist an sich nicht neu, ein wahrer Kern.

Leo Trotzki und die verschlungenen Pfade der Weltrevolution

Es war der junge russische Revolutionär Leo Trotzki (1879 – 1940), der die marxistische Theorie des Sozialismus zu Beginn des 20. Jahrhunderts um die Erkenntnis bereicherte, dass es in der gerade angebrochenen Epoche eines neuen, imperialistisch vernetzten Weltmarktkapitalismus möglich und denkbar – und unter bestimmten historischen, sozialen und politischen Bedingungen sogar wahrscheinlich sei – dass die von Marx und Engels einstmals für die industriell fortgeschrittenen Länder anvisierte Diktatur des Proletariats zuallererst in jenen rückständigen Ländern der weltwirtschaftlichen Peripherie errichtet werden könne, die nach der orthodoxen Theorie noch gar nicht reif dazu waren. Bürgerliche und sozialistische Revolution fallen zusammen, wo sich die bürgerliche Klasse der in Rückständigkeit gehaltenen Länder nicht vom einheimischen Feudaladel und vom Weltmarkt, sprich: vom ausländischen Kapital, freimachen könne und deswegen die an sich bürgerlich-demokratischen Aufgaben der Agrarrevolution und der nationalen Unabhängigkeit nicht zu lösen vermag.

Trotzki nannte dies die permanente Revolution: »Unter gewissen Bedingungen können zurückgebliebene Länder früher als die fortgeschrittenen zur Diktatur des Proletariats kommen, aber später zum Sozialismus.« Und was bis dahin eine logische und historische Einheit gewesen war – Sozialismus sei per definitionem die Diktatur des Proletariats und die Diktatur des Proletariats das Charakteristikum des Sozialismus –, fiel nun tendenziell auseinander und fand ihre wirkliche Einheit erst im Verständnis eines historisch konkreten weltrevolutionären Prozesses, der im Zeitalter des Imperialismus die fortgeschrittenen Industrienationen mit der weltwirtschaftlichen Peripherie organisch verbinde. »Nimmt man England und Indien als die Gegenpole kapitalistischer Typen«, so Trotzki 1930, »so muß man feststellen, daß der Internationalismus des britischen und des indischen Proletariats sich keineswegs auf die *Gleichartigkeit* der Bedingungen, Aufgaben und Methoden stützt, sondern auf ihre untrennbare *gegenseitige Abhängigkeit*. Erfolge der Freiheitsbewegung in Indien setzen die revolutionäre Bewegung in England voraus und umgekehrt. Weder in Indien noch in England ist die Errichtung einer *selbständigen* sozialistischen Gesellschaft möglich. Beide werden als Teile in eine höhere Gesamtheit eingehen müssen. Darin und nur darin besteht das unerschütterliche Fundament des marxistischen Internationalismus.«

Die weltökonomischen und weltpolitischen Prozesse führen also zu einer ungleichen, aber kombinierten Entwicklung weltrevolutionärer Prozesse, in der sozialistische Organisationen rückständiger Länder zwar die Macht an sich reißen und ein Übergangsregime begründen, in ihren Ländern aber keine genuin sozialistische Transformation in Gang setzen können. Dieser kühne, erstmals 1906 formulierte Gedanke hatte Folgen. Trotzki wurde nicht nur der gleichermaßen militärische wie politische Organisator der sowjetrussischen Oktoberrevolution von 1917, er wurde danach auch zum erbitterten und meistgehassten Feind der nachrevolutionären Sowjetbürokratie, als er ihr und ihrer Theorie vom »Sozialismus in einem Lande« mit reichlich Autorität gerade den vermeintlich sozialistischen Charakter absprach: »Das wichtigste Kriterium der Politik ist für uns«, so Trotzki beispielsweise 1939, »nicht die Umwandlung des Eigentums auf dem einen oder anderen Teiltterritorium [oder gleichsam die bloße Entwicklung der Produktivkräfte; C. J.], wie wichtig sie an und für sich auch immer sein möge, sondern der Wandel in der Bewußtheit und Organisiertheit des internationalen Proletariats und die Steigerung seiner Fähigkeit, alte Errungenschaften zu verteidigen und neue zu machen. Unter diesem allein entscheidenden Gesichtspunkt und aufs Ganze gesehen ist die Politik Moskaus nach wie vor reaktionär und bleibt das Haupthindernis auf dem Wege zur internationalen Revolution.«

All jene, die deswegen die vermeintlich sozialistischen Verhältnisse von links kritisierten, galten fortan und undifferenziert als Trotzlisten – und noch heute finden sich viele Zuschreibungen zum »Trotzkismus«, die nicht viel mit dessen Realität zu tun haben. Tatsächlich war der Trotzkismus der Versuch, seit 1923 eine Opposition zum aufkommenden Stalinismus zu bilden, die zum aktiven Kampf gegen die Bürokratisierung des nachrevolutionären Staates aufrief und eine Rückkehr erst zur innerparteilichen Demokratie und schließlich zum Rätesozialismus forderte. Ökonomisch setzte die sogenannte Linke Opposition um Trotzki, ähnlich wie später Stalin, auf eine zunehmende Industrialisierung mittels umfassender Planwirtschaft, lehnte jedoch die stalinistischen Zwangsmethoden gegen die sowjetrussische Bauernschaft scharf ab. Politisch hielt Trotzki an der klassischen Lehre fest, dass der Sozialismus die Entfaltung einer realen sozialistischen Räte-Demokratie bedeute und sich die Revolutionäre keinesfalls zu Erziehungsdiktatoren wandeln dürften. Für Trotzki und die linken Oppositionellen war deswegen die Stalinsche Theorie vom Aufbau des »Sozialismus in einem Lande« nichts anderes als die Illusion und Herrschaftsideologie einer neuen, nachrevolutionären Bürokratie, die es in den 1920er und 1930er Jahre schaffte, die alte Garde der Oktoberrevolutionäre zuerst gegeneinander auszuspielen, um sie dann nacheinander erst kalt zu stellen und dann kalt zu machen.

Im Angesicht des Versagens der kommunistischen Weltbewegung, die sozialistische Weltrevolution fortzusetzen, der chinesischen Revolution von 1927 eine sozialistische Richtung zu geben und den Aufstieg der faschistischen Barbarei zu Beginn der 1930er Jahre zu stoppen, orientierten Trotzki und die linke Opposition auf eine neue, eine vierte Internationale. Der Trotzkismus wurde nun zum Versuch, eine neue sozialistische Weltbewegung jenseits von sozialdemokratischem Reformismus und stalinistischer Erziehungsdiktatur aufzubauen, die am politisch-theoretischen Erbe der revolutionären Arbeiterbewegung festhielt. »Die weltpolitische Lage in ihrer Gesamtheit ist vor allem gekennzeichnet durch die historische Krise der Führung des Proletariats«, schrieb Trotzki im Gründungsprogramm der IV. Internationale von 1938 auf dem Höhepunkt der Moskauer Schauprozesse und der Faschisierung Europas und unmittelbar vor Ausbruch des Zweiten Weltkrieges.

Gratwanderungen in neuer Zeit

Dass der Trotzkismus mehr war als nur die politische Bewegung ihres Namensgebers, sollte sich nach der von Stalin veranlassten Ermordung Trotzkis im August 1940 und nach dem Aderlass von Krieg, faschistischer und stalinistischer Repression erweisen. Die noch junge IV. Internationale überlebte als politische Bewegung diese dunkle Zeit, stand jedoch mehrfach unter existenziellem Druck.

Faschismus und Krieg hatten den stalinistischen Kommunismus eher gestärkt als in die von Trotzki vorausgesagte Todeskrise gestürzt. Und über die Frage, was dies für die politisch-theoretische Einschätzung des Charakters und der Dynamik der »sozialistischen« Übergangsgesellschaften bedeutet, kam es in den 1950er Jahren zum heftigen innerorganisatorischen Streit und zur mehrfachen Spaltung der Bewegung. Sprachen die einen von einem Rückfall in einen wie auch immer konkret gearteten Staats-Kapitalismus, gingen andere davon aus, dass sie Zeugen einer historisch neuartigen Produktionsweise seien, eines gleichsam bürokratischen Kollektivismus, der seine Wurzeln in der Herrschaft einer historisch neuartigen bürokratischen Klasse gefunden habe. Die Mehrheit der trotzkistischen Kader ging allerdings davon aus, dass man es weiterhin mit an sich fortschrittlichen »Arbeiterstaaten« zu tun hätte, »Arbeiterstaaten« jedoch, die mehr oder weniger hoffnungslos bürokratisch »degeneriert«, bzw. »entartet« seien. Man versuchte also den schwierigen Spagat, die nichtkapitalistischen sozialen Grundlagen dieser Systeme zu verteidigen und gleichzeitig deren politischen »Überbau« scharf zu verurteilen.

Auch in den beiden anderen Sektoren des vom Trotzkismus als anhaltend behaupteten weltrevolutionären Prozesses waren weltgeschichtliche Veränderungen aufzuarbeiten. Die in Unterentwicklung und Abhängigkeit gehaltenen Länder der weltwirtschaftlichen Peripherie machten einen forcierten Prozess der Entkolonialisierung durch (nicht selten unter befreiungsnationalistischer Führung). Und das alte europäische Zentrum unterwarf sich der neuen US-amerikanischen Hegemonie und erlebte seit den 1950er Jahren den Aufstieg des fordistischen Neokapitalismus mit seinem spezifischen, sozialstaatlichen Klassenkompromiss.

Die durch diese strukturellen Faktoren bedingte Gratwanderung der Nachkriegs-Trotzlisten, gleichzeitig das politische Erbe des klassischen Sozialismus zu verteidigen und eine den gewandelten historischen Umständen entsprechende neue revolutionäre Weltbewegung aufzubauen, hat die politisch-theoretische und die politisch-praktische Homogenität der Bewegung nicht gerade befördert. Setzte man im Falle der »Dritten Welt« auf die

praktische Solidarität mit dem Befreiungsnationalismus und seinen Guerilla-Methoden, propagierte man im Westen ein antikapitalistisches Programm von Übergangsforderungen und radikalen Strukturreformen, und hoffte in Osteuropa auf eine Dialektik der Entstalinisierung von unten – auf dass es in den drei Sektoren der Weltrevolution zu einer Erneuerung und/oder Entfaltung radikaler Arbeiterbewegungen mehr oder weniger klassischen Zuschnitts komme.

So finden wir in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts allüberall Trotzlisten – bei den bewaffneten Bauern des lateinamerikanischen Kontinents wie bei linken Dissidenten und Gewerkschaftsführern des realsozialistischen Ostblocks, in den Arbeiterbewegungen Lateinamerikas und zwischen den radikalen Studenten Westeuropas, bei asiatischen wie afrikanischen Befreiungsnationalisten, in den Bewegungen des Nahen und Fernen Ostes ebenso wie auf israelischen Straßen oder in den höheren Bildungseinrichtungen Europas und Nordamerikas.

Trotzkismus in Deutschland

In Deutschland jedoch konnte der Trotzkismus weniger gut Fuß fassen als in vergleichbaren anderen Ländern. Schon der blutige Weimarer Bruderkampf zwischen kommunistischer und sozialdemokratischer Bewegung ließ kaum Raum für andere, dritte Positionen. Die faschistische Repression und der Krieg dezimierten die ohnehin schwache deutsche trotzkistische Bewegung weiter. Und unter den Bedingungen des Kalten Krieges, der System gewordenen Polarisierung zwischen einem tendenziell sozialdemokratischen West- und einem »kommunistischen« Ost-Deutschland, wiederholte sich die Ausgrenzung und Marginalisierung nicht nur, aber eben auch der Trotzlisten.

In Ostdeutschland ebenso nachhaltig wie effektiv überwacht und bereits im Keime zerschlagen – die DDR-Staatssicherheit führte den geheimdienstlichen Kampf gegen den internationalen Trotzkismus unter dem viel-sagenden Titel »OV [Operationsvorgang] Abschaum« –, finden wir die westdeutschen Trotzlisten führend beteiligt an den Kämpfen gegen die Rechtsentwicklung der Sozialdemokratie in den 1950ern und für eine sozialistische Ausrichtung der Außerparlamentarischen Opposition der 1960er und 1970er Jahre. Doch vergleichbar den undogmatischen Strömungen einer Neuen Linken konnte auch der westdeutsche Trotzkismus im roten Jahrzehnt der 1970er Jahre kaum nennenswert Raum greifen.

Trotzkismus ist deshalb in Deutschland noch immer vor allem eins: Projektionsfläche für andere Linke, die ihre verschwörungstheoretischen Gemüter an den ewigen Außenseitern meinen abkühlen zu müssen. Den einen zu links und orthodox, ist er den anderen nicht links und orthodox genug. Den einen zu ätzend-sektiererisch, ist er den anderen zu opportunistisch. Reden die einen von den Spaltern der Bewegung, werfen ihnen andere vor, sich prinzipienlos jeder Bewegung an die Brust zu werfen.

Nach dem Epochenbruch

Auch weltweit gelang es den verschiedenen Strömungen des Trotzkismus nicht wirklich, den Aufbruch der Nach-68er-Zeit für eine dauerhafte Konsolidierung und Weiterentwicklung ihrer sozialen und politischen Verankerung in breiten Teilen der jeweiligen Bevölkerungen auszunutzen, obwohl sie in vielen Ländern zum Teil beachtliche Wirkung entfalten konnten. Die Aufkündigung des westlichen Klassenkompromisses und der seit Ende der 1970er Jahre erfolgte Übergang zum Zweiten Kalten Krieg fanden zwar in den trotzkistisch geschulten Analytikern des Weltgeschehens scharfsinnige Beobachter. Die trotzkistische Bewegung als ganze jedoch konnte davon nicht profitieren.

In den 1980er Jahren schließlich, und vor allem nach dem Epochenbruch 1989 – 1991, wurde auch den meisten der inzwischen vielfältigen Trotzkismen klar, dass es längst nicht mehr nur darum gehen kann, einer an sich revolutionären Arbeiterbewegung eine neue Führung anzubieten. Programmatisch orientiert man sich aber noch immer an einer sowohl gewerkschaftlichen wie politischen Erneuerung der weltweiten Arbeiterbewegung in der Tradition der klassischen revolutionären Arbeiterbewegung und eines radikal-demokratischen Rätesozialismus. Stärker und radikaler als andere linkssozialistische Strömungen kennzeichnet den Trotzkismus dabei ein grundlegender Antistalinismus und Internationalismus sowie das Streben nach Einheit in der Vielfalt. Sein Antikapitalismus weiß sich der marxistischen Tradition ebenso verpflichtet wie sein theoretisches und praktisches Insistieren auf einer radikalen, gelebten sozialistischen (Arbeiter-)Demokratie. Trotzdem ist der heutige Trotzkismus

beispielsweise für Daniel Bensaid, einen seiner französischen Vordenker, eine »Erbschaft ohne Gebrauchsanleitung«. Und für Manuel Kellner, einen seiner deutschen Interpreten und Parteigänger, hat er »sicherlich keine Zukunft in Form von Vereinen zur Pflege trotzkistischen Gedankenguts und Brauchtums. Wenn er eine Zukunft hat, dann als Teil eines Neuformierungsprozesses der antikapitalistischen Linken im Herzen der neuen Politisierungsprozesse.«

Literatur

Alles, Wolfgang (Hrsg.): Die Kommunistische Alternative. Texte der Linken Opposition und IV. Internationale 1932 – 1985, Frankfurt/Main 1989.

Bensaid, Daniel: Was ist Trotzkismus?, Köln 2004.

Callinicos, Alex: Trotskyism, Minneapolis 1990 (www.marxists.de/trotism/callinicos/index.htm).

Kellner, Manuel: Trotzkismus. Einführung in seine Grundlagen – Fragen nach seiner Zukunft, Stuttgart 2004.

Löwy, Michael: Revolution ohne Grenzen. Die Theorie der permanenten Revolution, Frankfurt/Main 1987.

Mandel, Ernest: Revolutionärer Marxismus heute, Frankfurt/Main 1982.

Wolfgang Harichs Konzeption eines demokratischen Sozialismus von 1956

In den 50er Jahren des 20. Jahrhunderts kam es zu verschiedenen Umbrüchen innerhalb der sozialistischen Staaten. Das Schlüsselereignis stellt in diesem Zusammenhang sicherlich die Geheimrede »Über den Personenkult und seine Folgen« dar, die Nikita Chruschtschow am 25. Februar 1956 auf dem XX. Parteitag der KPdSU hielt. Darin suchte er die Abrechnung mit Stalin und dessen Herrschaft, die er vor allem an drei Punkten festmachte: Erstens betonte er die Verfehlungen der politischen Säuberungsprozesse, zweitens gerieten die Fehler während des Zweiten Weltkrieges in den Blick und drittens fokussierte Chruschtschow auch die Person Stalin mit ihren menschlichen Makeln und Fehlern. Die Rede kann und muss heute als Zäsur innerhalb der Entwicklung der sozialistischen Staaten gelten, da das erste Mal der Versuch unternommen wurde, den Status Quo gleichsam von »oben« zu reformieren.

In der DDR wurde die Rede nicht offiziell verbreitet, es erging aber u. a. ein Parteitagsbeschluss, den das »Neue Deutschland« vollständig abdruckte. Darüber hinaus war der Inhalt der Rede natürlich auch über die westlichen Medien zu erhalten. Spannend ist nun zu sehen, und genau das hatte Chruschtschow ja auch beabsichtigt, dass die parteiinterne Kritik natürlich vor allem den Zweck hatte, weitergehende Diskussionen zu verhindern. Als eine Art Selbstreinigungsprozess sollte auf diese Weise die kritische Auseinandersetzung mit dem System nicht intensiviert, sondern marginalisiert werden. Hinzu trat, dies ist für die DDR-Geschichte bedeutsam, das Versagen der intellektuellen Eliten während des Juni-Aufstands von 1953. Nur vereinzelt hatten zum Beispiel Bertolt Brecht und Wolfgang Harich die demonstrierenden Arbeiter zu verstehen versucht und gleichzeitig den Protest der Straße in politische Forderungen und Änderungen überführt. Verwiesen sei an dieser Stelle nur auf Brechts Gedicht »Nicht feststellbare Fehler der Kunstkommission«. Die intellektuellen Schichten hatten sich – diese Position findet sich in der neueren Forschung – durch ihr systemkonformes Verhalten 1953 diskreditiert. Daher überrascht es kaum, dass auch 1956 nur einige wenige Personen, Autoren, Künstler, leitende Kader den Versuch unternahmen, das durch die Rede Chruschtschows für kurze Zeit geöffnete Fenster für eine weitergehende Systemkritik zu nutzen. Spätestens Ende des Jahres griffen dann die Mechanismen der Zurückdrängung der außerstaatlichen Kritik durch die angebliche parteiinterne Selbstüberprüfung.

In diesem Sinne ist es sicherlich nicht verfehlt, die besondere Bedeutung der Aktionen und Überlegungen zu betonen, die 1956 vor allem im Rahmen des Aufbau-Verlags durchgeführt wurden. Es fand sich ein kleiner Kreis zusammen, der die Möglichkeiten und Potentiale eines freien Sozialismus ebenso diskutierte wie die Chancen zu einer Reformierung und Neuausrichtung der DDR. Beteiligten waren maßgeblich Wolfgang Harich, Walter Janka, Manfred Hertwig, Bernhard Steinberger, Gustav Just, Heinz Zöger und Richard Wolf. Der intellektuelle Kopf dieses Kreises war Harich, der auch mehrere theoretische Konzeptionen, Briefe und Berichte verfasste, die seine Version eines sozialistischen Staates thematisierten. Dabei ist die »Plattform für einen besonderen deutschen Weg zum Sozialismus« sicherlich das herausragende Dokument aus der Feder Harichs, der dort seine Gedanken deutlich und strukturiert formulierte. Ihm ging es darum, das von Chruschtschow entworfene Programm der Entstalinisierung auszuweiten und auf alle Bereiche des politischen, gesellschaftlichen, wirtschaftlichen und kulturellen Lebens der DDR anzuwenden. Dabei strebte er vor allem die Konvergenz von sozialistischer Theorie und Wirklichkeit auf der einen und der Tradition der altliberalen Freiheits- und Bürgerrechte auf der anderen Seite an. In der DDR, so Harich programmatisch, müssten die Menschen- und Bürgerrechte kodifiziert sowie durch Meinungs- und Pressefreiheit und die Institution des Rechtsstaats ergänzt werden. Eine sozialistische und parlamentarische Demokratie sollte entstehen, beide Formen der staatlichen Organisation sollten einander gleichberechtigt ergänzen. Harich entwarf ein Programm, das die starren Strukturen des SED-Staats aufsprenge und den dogmatisch verhärteten Marxismus zu überwinden trachtete. Weitere Elemente seiner Demokratiekonzeption seien kurz aufgezählt:

- Das Individuum ist aufzuwerten und stärker zu berücksichtigen, die innerparteiliche Demokratie zu stärken,
- Zulassung freier Parteien, Gewerkschaften, Verbände und Organisationen. Freie Abstimmungen und Wahlen in allen Bereichen und Belangen, demokratische Fundierung aller Institutionen,
- Orientierung an Jugoslawien,

- Radikaler Abbau der Bürokratie,
- Abschaffung der Privilegien, Bildung einer neuen Elite nach dem Leistungsprinzip,
- Abschaffung der Zensur, freie Meinungsbildung und Zugang zu allen Informationen für alle, Verringerung von ideologischen Massenkundgebungen etc.,
- Öffentliche Aufarbeitung der Fehler der Vergangenheit, auch der Fehleinschätzungen der KPD in der Weimarer Republik und deren Rolle im Nationalsozialismus,
- Strikte Trennung von Exekutive, Legislative und Judikative,
- Deutliche Änderungen in der Wirtschafts- und Bildungspolitik,
- Durchführung von Verwaltungsreformen, Neueinrichtung der alten Länderstrukturen,
- Annäherung an die Sozialdemokratie, Verständnis für sozialdemokratische Positionen.

Diese Elemente einer Neubestimmung der DDR-Realität hat Harich durch einen weiteren fundamentalen Punkt ergänzt, der in die Geschichte der sozialistischen Theoriebildung zurückweist. Er forderte die Gründung freier und unterschiedlicher Gewerkschaften, die die Interessen der Arbeiter wahrnehmen sollten. Dabei sei ihnen auch der Streik als politisches Mittel zugestehen: den einzelnen Betriebsräten partielle Streikrechte für ihren Firmenbereich und dem FDGB als Dachorganisation das Recht auf Ausrufung des politischen Generalstreiks. Interpretiert werden kann diese Passage nicht nur als Teil einer offenen sozialistischen Theorie. Darüber hinaus lässt sie sich auch als nachträgliche Rechtfertigung und Legitimierung des Juni-Aufstands von 1953 lesen. Auch von diesem Punkt aus bedingt sich die fast einzigartige Stellung des Konzeptes von Harich in der Oppositionsliteratur der DDR.

Es kann kein Zweifel daran bestehen, dass Harich den Herrschaftsanspruch der SED verneinte. Dies zeigt seine Position zu der Frage, worin denn der besondere deutsche Weg zum Sozialismus bestehe. Harich zufolge könne dieser nicht in einem Teil Deutschlands allein durchgesetzt werden. Zuerst müsse es zur Wiedervereinigung kommen. Er ging dabei so weit, dass er sogar andachte, den Sozialismus in der DDR deutlich zu reduzieren, damit dieser kompatibel mit einer sozialdemokratisch regierten Bundesrepublik wäre. Der Sozialismus werde sich, so Harich abschließend, von selbst durchsetzen. Auch dies sei ein Element des besonderen deutschen Weges zum Sozialismus, Ergebnis der Klassenkämpfe und theoretischen Debatten des 19. Jahrhunderts und der Lebenswirklichkeiten der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts. Um den Weg für eine Annäherung an die Sozialdemokratie zusätzlich frei zu machen, forderte Harich auch personelle Konsequenzen des geplanten Umbruchs auf allen Ebenen der staatlichen Wirklichkeit – bis hin zur Rechenschaftspflicht für die ebenfalls umzustrukturierenden Justizorgane.

Im Zentrum der Konzeption Harichs steht das Individuum mit seinen Rechten, die als Menschen- und Bürgerrechte von grundlegender Bedeutung sind und nicht durch kollektive Strukturen beschnitten werden dürfen. Das zeigen die bereits angesprochenen Elemente der Meinungs-, Bildungs- und Diskussionsfreiheit. Die Öffentlichkeit fungiert bei Harich als vierte Gewalt, sichert die Kontrolle der Eliten, diskutiert mögliche Zukünfte, entscheidet über Fehler und Prinzipien. Eben an diesem Punkt erklärt sich dann auch sein Verweis auf die jugoslawische Republik. Voraussetzung der Öffentlichkeit und der Wahrnehmung der ihr zugeschriebenen Funktionen ist der ungehinderte Zugang der Individuen zu Informationen über alle wichtigen Dinge. Verbunden mit einem jeweils individuellen Recht auf Selektion dessen, was als wichtig erachtet wird. Der hohe Stellenwert der Öffentlichkeit in Harichs sozialistischem Demokratiemodell zeigt sich auch dann, wenn berücksichtigt wird, dass er mit dem Harmoniemodell der SED brach und mögliche Konflikte, Auseinandersetzungen, Streitigkeiten und Krisen als Indikatoren des Fortschritts eindeutig aufwertete. Sie forcieren eine gesellschaftliche und politische Dynamik, die eine positive und »nach vorn« gerichtete Entwicklung in mittel- und langfristiger Perspektive sichern helfen. Das betrifft auch die möglichen Konflikte zwischen verschiedenen gesellschaftlichen Organisationen oder zum Beispiel Interessenkonfrontationen von Gewerkschaften und Wirtschaft.

Es steht sicherlich außer Frage, dass die Konzeption von Harich kaum Chancen hatte, frei diskutiert oder gar umgesetzt zu werden. Auch wenn er mit der Berliner Botschaft der Sowjetunion partiell kooperierte, so übersah er doch, dass Walter Ulbricht ihn in einem Gespräch persönlich warnte, den eingeschlagenen Weg weiter zu verfolgen. Harich und seine Freunde bzw. Mitstreiter wurden Ende 1956 verhaftet und in zwei Schauprozessen im darauffolgenden Jahr verurteilt. Die höchste Strafe erhielt mit zehn Jahren Zuchthaus Harich. Die DDR nutzte das Verfahren gegen die, wie es hieß, »konterrevolutionären Verschwörer« auch, um die Stalin-Diskussionen abzuschließen und weitere Oppositionelle abzuschrecken – verschiedene Vertreter der DDR-Intelligenz mussten als Zuschauer an den Prozessen teilnehmen. Ulbricht ging zumindest für eine gewisse Zeit gestärkt aus den Ver-

handlungen hervor, hatte er doch deutlich bewiesen, wie weit er zu gehen bereit war, um seine Macht und die der herrschenden Eliten zu verteidigen.

Nach seiner Freilassung (1964) vollzog Harich eine gedankliche Wende, die ihn mit der 1975 publizierte Schrift »Kommunismus ohne Wachstum. Babeuf und der Club of Rome« zu teilweise totalitärem Gedankengut führte. Harich entwickelte ein Konzept, das ihm einerseits den Ruf einbrachte, ein »ökologischer Stalinist« (Günther Maschke) zu sein, das aber andererseits auch als erste Annäherung eines sozialistischen Theoretikers der DDR an die ökologische Frage zu gelten hat. Er bezog zu den als dringend erachteten ökologischen Problemen seiner Gegenwart radikal Stellung: Die Umweltfrage könne nur im globalen Zusammenhang, unter der Regie eines kommunistischen Weltstaates dauerhaft gelöst werden. Dieser Weltstaat sei ein Leviathan, ausgestattet mit allen Rechten, bis hin zur gewaltsamen Geburtenkontrolle und der zentral geplanten Ressourcenverteilung durch Geheimdienst, Militär und Polizei. Die Schrift Harichs ist gleichsam der Gegenpart seiner demokratischen Überlegungen von 1956. Auch wenn Harichs Denkmodelle seit 1975 (das betrifft auch seine Auseinandersetzung mit Friedrich Nietzsche) in scharfem Kontrast zu seinen Forderungen von 1956 standen, so ist dennoch festzustellen, dass es einen Strang gibt, der beide Teile seines Werkes miteinander verbindet – die Suche nach Traditionen und ideengeschichtlichen Mustern sozialistischen Denkens. Schon 1956 hatte er sich dafür eingesetzt, die Lektüre der Schriften Trotzki, Gramsci und anderer in der DDR zu ermöglichen, später trat seine Aneignung der aufklärerischen Ideen hinzu, zum Beispiel der Versuch einer Rehabilitierung Gracchus Babeufs. Und auch für die philosophischen und ästhetischen Konzeptionen der bürgerlichen Philosophie des 19. Jahrhunderts setzte er sich ein. Die Öffnung des theoretischen Sozialismus gegenüber anderen Denkweisen ist ein Moment, das die Schriften Harichs in allen Zeitabschnitten prägte.

Literatur

Zu Harich und den Umbrüchen der 1950er Jahre existiert nicht allzu viel Literatur. Darüber hinaus ist sie in weiten Teilen nach wie vor ideologisch geprägt und orientiert sich oftmals an den damaligen Gräben und Konflikten bzw. führt diese weiter. Die Aufarbeitung der Ereignisse und Theorien steht aus wissenschaftlich-kritischer Perspektive immer noch aus. Verwiesen sei daher auf zwei Publikationen, die durch drei autobiographische Zeugnisse ergänzt werden.

Harich, Wolfgang: Keine Schwierigkeiten mit der Wahrheit. Zur nationalkommunistischen Opposition 1956 in der DDR, Berlin 1993.

Harich, Wolfgang: Über die Besonderheiten des deutschen Weges zum Sozialismus, hrsg. von Jochen Cerny, in: UTOPIE kreativ, Nr. 78, 1997, S. 50-66.

Heyer, Andreas: Wolfgang Harichs Demokratiekonzeption aus dem Jahr 1956. Demokratische Grundrechte, bürgerliche Werte und sozialistische Orientierung, in: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft, 55. Jg. (2007), Nr. 6, S. 529-550.

Janka, Walter: Schwierigkeiten mit der Wahrheit, Berlin 1990.

Loth, Wilfried: Stalins ungeliebtes Kind. Warum Moskau die DDR nicht wollte, München 1996.

Christoph Jünke

Rudi Dutschke und die Theorie der antiautoritären Revolte

Rudi Dutschke (1940 – 1979) gilt als Aktivist, als Praktiker der Revolte, seine Theorie dagegen als wenig systematisch, als eklektizistisch gar. Entsprechend beschäftigt man sich zumeist mit der Person und hält deren Ideen für vernachlässigenswert. Doch ob als existentialistisch beeinflusster Student im Berlin der beginnenden 1960er Jahre oder als antiautoritärer, revolutionär-sozialistischer Agitator des SDS und der APO, ob als aufrechter Einzelkämpfer im dänischen Exil Mitte oder als grün-alternativer Stratege am Ende der 70er Jahre, immer ging es Dutschke mit der Erneuerung radikal-sozialistischer Politik auch um die Erneuerung ihrer theoretischen Grundlagen, denn eine »tiefe Auseinandersetzung mit der geschichtlich-gesellschaftlichen Wirklichkeit der Gegenwart kann und darf«, wie er 1968 schrieb, »nicht von den bisherigen Resultaten der revolutionären Theorie abstrahieren«.

Unter dem Blickwinkel der politischen Theorie betrachtet, fällt das Denken Rudi Dutschkes in wesentlich zwei Phasen, in die Phase bis 1968 und in die Phase nach 1968. Und während seine Arbeiten der 70er Jahre den vorwiegend individuellen Versuch darstellen, im Angesicht weitgehend veränderter Verhältnisse neuen Boden unter die Füße zu bekommen, spiegeln seine Schriften bis '68 – und um die soll es im Folgenden gehen – auf bemerkenswerte Weise den tendenziell kollektiven Prozess einer gleichermaßen praktischen wie theoretischen Radikalisierung der außerparlamentarischen Revolte, als deren Stichwortgeber er zurecht noch heute gilt.

Rudi Dutschkes politische Theorieentwicklung ist dabei ein integraler Teil der Geschichte und Theorie der sogenannten Neuen Linken nicht zuletzt dort, wo sie auch deren Brüche widerspiegelt – vor allem den Bruch zwischen der sogenannten ersten und zweiten Generation der Neuen Linken, zwischen den linkssozialistischen »Alt-vorderen« und ihren antiautoritären »Überwindern«.

Formierte Gesellschaft und urbane Guerilla

Versucht man, seine in vielen kleinen und wenigen größeren Beiträgen verstreute Theorie einer antiautoritären Revolte im Neokapitalismus zu synthetisieren, so ist ihr Ausgangspunkt die Analyse des immanent autoritären Charakters des Spätkapitalismus, der sogenannten formierten Gesellschaft.

Dutschke betrachtete den zeitgenössischen Spätkapitalismus als ein System des »integralen Etatismus«, wie er und Hans-Jürgen Krahl in ihrem gemeinsamen Organisationsreferat auf der Delegiertenkonferenz des SDS im September 1967 es nennen. Die Veränderungen im Nachkriegskapitalismus werden als Versuch der Herrschenden interpretiert, die insgesamt labile und weltweit durch sozial- und nationalrevolutionäre Befreiungsbewegungen in Frage gestellte Gesellschaftsstruktur durch staatlich-gesellschaftliche Wirtschaftsregulierung zu stabilisieren. Das System des integralen Etatismus wird als Vollendung des Monopolkapitalismus verstanden, der mittels systematisch betriebenen staatlichen Eingriff in die Privatökonomie die Gesetze der kapitalistischen Konkurrenz außer Kraft setze und die gesamtgesellschaftliche Mehrwertmasse unter die Bewohner der hochindustrialisierten Metropolen verteile, deren Reichtum allerdings nicht zu trennen sei von der Ausbeutung der in Unterentwicklung gehaltenen Länder der sogenannten Dritten Welt.

Dies und die Zerschlagung der ehemals revolutionären Arbeiterbewegungsorganisationen im eigenen Lande hätten zu einer integrierten Gesellschaft geführt, die alle Mitglieder, wenn auch ungleich, am System profitieren lasse. Der Preis dieser Integration sei eine neue Qualität von Naturwüchsigkeit des kapitalistischen Systems, eine auf Internalisierung repressiver Gesamtzusammenhänge beruhende autoritäre Gesellschaftsstruktur, deren faschistische Qualität »in der tagtäglichen Ausbildung der Menschen zu autoritären Persönlichkeiten, (...) in der Erziehung, kurz, (...) im bestehenden System der Institutionen« liege.

Atomisierung der Einzelnen und Undurchschaubarkeit des herrschenden Warenfetischismus führen auch für Dutschke zu einem System universeller Entfremdung. Abgestützt durch die Allmacht der modernen Massen-

medien und die dadurch bedingte Ausschaltung kritischer-selbstkritischer Öffentlichkeit und symbolisiert in jener auch das Parlament betreffenden »Involution demokratischer Institutionen«, von der Johannes Agnoli damals sprach, werde einzig die autoritäre, sachzwanghafte Herrschaft der Technokratie gelten gelassen und jede klassisch-bürgerliche, radikaldemokratische Selbsttätigkeit dagegen im Keim erstickt. So verwandele sich die einstmals progressive Produktivkraftentwicklung auf allen Ebenen konsequent in permanente Destruktionskraft. Eine Politisierung beispielsweise auch des Klassenkampfes auf Betriebsebene werde verunmöglicht, und ökonomische Krisen hätten keinen das System automatisch in Frage stellenden Charakter mehr.

Für Dutschke war der vermeintlich real existierende Sozialismus keine wirkliche Alternative dazu, da dieser Sozialismus (an dem nach Dutschkes berühmter Formulierung alles real war, nur nicht der Sozialismus) zwar nicht denselben, wohl aber ihnen gleichenden, zutiefst antidemokratischen Formierungsprozessen durch deren herrschende bürokratische Schicht unterworfen sei, die sich anschicke, in friedlicher Koexistenz mit dem westlichen Systemgegner die real vorhandenen Widersprüche und Widerstände in aller Welt, v. a. in der Dritten Welt, möglichst zu kanalisieren und zu befrieden.

Doch trotzdem sei das herrschende Metropolitensystem strukturell labil, da es sich auf eine aktive Massenbasis weder stützen könne noch dürfe, denn damit wäre ein erster Schritt in die potentiell systemgefährdende Selbsttätigkeit breiter Bevölkerungsschichten getan. Getragen wird das System des integralen Etatismus deswegen durch die leidende Passivität der Massen und könne nur sporadisch und nur durch bewusste, marginalisierte Minderheiten außerhalb des Systems und seiner auch parlamentarischen Institutionen angegriffen werden. Aufklärung und Aktion bezeichnen deren Weg einer fundamentalen Opposition, d. h. Aufklärungsarbeit durch provozierende, bewusstseinserschaffende Aktionen. Die Provokation wird hier verstanden als notwendiges Mittel, die formierte Öffentlichkeit zu durchbrechen und sich Gehör zu verschaffen.

Es seien diese bewusst provozierenden Aktionen, die es den minoritären Bewusstseinsrevolutionären ermöglichen würden, sich selbst zu erziehen, sich selbst zu revolutionieren und eine andere, alternativ-selbstbestimmte Rationalität zuallererst denkbar und partiell auch erlebbar zu machen. Diese Bewusstseinsrevolutionäre setzen damit einen dialektischen Prozess von Führung und Masse in Gang, einen Prozess permanenter Kulturrevolution, der die passive, leidende Massenbasis des Systems aufzulösen und in aktive Gegnerschaft umzuwandeln vermag, und sich so, unter den Bedingungen einer objektiven Systemkrise infolge der Beendigung der ökonomischen Rekonstruktionsphase, zu einer vorrevolutionären Phase hinentwickeln könne. Damit werde der Integrationscharakter des Systems gesprengt und der Weg zu einer Rückkehr klassischer Klassenkämpfe neu geöffnet. Ziel dieser Dutschkeschen Konzeption ist also die Inangangsetzung einer antiautoritären Kulturrevolution als Vorstufe zu einer klassisch-sozialistischen Revolution. Dutschkes Revolutionstheorie bekommt so ihren ganzen Sinn gleichsam als Vor-Revolutionstheorie.

Im Zentrum dieses stark an Herbert Marcuse erinnernden, aber über ihn originell hinausgehenden Gedankengebäudes, steht eine selbstbewusst vorgetragene Neubestimmung des in der sozialistischen Tradition eher verpönten Voluntarismus. Allein die »bewusste Tat« des revolutionären Proletariats könne die objektive Krise des kapitalistischen Systems in die revolutionäre Transformation des Systems umsetzen. Und nur so bekomme, wie Dutschke schreibt, »die subjektive, aktivistische und voluntaristische Revolutionstheorie ihren materialistischen Begründungszusammenhang«. Sprichwörtlich alles hänge vom bewussten Willen der Menschen ab, den Konsens der Beherrschten mit den Herrschenden aufzukündigen und die Geschichte endlich in die eigenen Hände zu nehmen.

Dies war, kurz gefasst, das zentrale politisch-theoretische Rüstzeug, mit dem sich der junge Dutschke zum »praktischen Theoretiker« der subversiven Revolte aufschwang. Und ihr entscheidendes Verbindungsglied wurde die Entdeckung und Rezeption der Fokus-Theorie Che Guevaras, mit der dieser die Lehren des lateinamerikanischen Guerilla-Kampfes zu fassen versuchte.

Mit der Fokus-Theorie Guevaras konnte Dutschke die Kämpfe der antiimperialistischen Dritten Welt mit den antikapitalistischen der Ersten Welt (wie auch mit der Zweiten, der realsozialistischen Welt) politisch-theoretisch verbinden. Denn in der Guerilla-Kampfform, »subversiv in den Apparaten und Institutionen zu arbeiten, liegt«, wie er schrieb, »eine offensichtliche dialektische Identität mit der Arbeit der revolutionären Opposition in den imperialistischen Metropolen vor«. Die »Propaganda der Schüsse« in der Dritten Welt müsse in den Metropolen ergänzt werden durch die »Propaganda der Tat«, durch eine »Urbanisierung ruraler Guerilla-Tätigkeit«, die auf »schlechthinniger Irregularität als Destruktion des Systems der repressiven Institutionen« beruhe.

Die Rolle der guevaristischen Guerilla als jener zunächst selbst ernannten, sich bald jedoch zunehmend mit den Marginalisierten, Ausgeschlossenen und Unterdrückten verschmelzenden Avantgarde, spielen in den Metropolen, so Dutschke, die Studierenden, die sich eine soziale Basis in Form eines alternativen Gegenmilieus »eigener Häuser, Kindergärten, Kinos, Institute, Schulen, Universitäten etc.« organisieren. Von diesen Gegeninstitutionen als zeitgenössischen Orten gesellschaftskritischer Opposition und Gegenmacht ausgehend, lasse sich mit Hilfe eines langen Marsches auch durch die bestehenden Institutionen hindurch die Funktionsfähigkeit selbst des vermeintlich stabilen spätbürgerlichen Staatsapparates unterminieren. Und in einer spezifischen Mischung aus legalem und illegalem Kampf – der lange Marsch könne wegen des Repressions- und Gewaltcharakters des herrschenden Systems auf Elemente der Illegalität und des bewaffneten Kampfes nicht verzichten – werde schließlich auch die neue Schicht revolutionärer Spezialisten erzogen, die nach der Machtübernahme in der Lage sein werde, die sozialistische Verwaltung zu organisieren, ohne sich als neue bürokratische Schicht von der Bevölkerung zu isolieren.

Illusionen des Anfangs

Die antiautoritäre Revolte konnte also selbst im Verständnis ihres Vordenkers nur der Anfang sein. Doch Anfänge sind gleichsam zwangsläufig angereichert mit Übermut und unvermeidlichen Illusionen, auch im Falle Dutschkes. Dem heutigen Blick jedenfalls drängen sich die Illusionen des Anfangs geradezu auf.

Die neokapitalistische Gesellschaftsformation war und ist längst nicht so formiert, wie es damals schien. Einmal mehr erwies sie sich als offener und flexibler denn gedacht. Und nicht zuletzt deswegen bedurfte und bedarf es auch mehr und anderem als nur einer Handvoll Stadtguerilleros und einer sich ständig steigernden Provokations- und Gewaltspirale, um die vermeintlich revolutionsbereiten Massen in Gang zu setzen. Ein sich selbst verabsolutierender Antiautoritarismus verbleibt eben im Banne des autoritären Gegenübers.

Staatliche Regulation der privatkapitalistischen Ökonomie bezeichnete und bezeichnet auch kein neues geschichtliches Stadium kapitalistischer Vergesellschaftung. Der proklamierte »integrale Etatismus« ist kaum mehr als ein Mythos – immer wieder aufs Neue genährt durch eine sich selbst verabsolutierende Schicht junger linksradikaler Intellektueller, denen ein Klassenkampf ohne Barrikaden und kommunistische Partei gar keiner mehr ist.

Die antagonistischen Widersprüche an der sozialen Basis der Gesellschaft, in der Produktion, sind dagegen auch weiterhin virulent und partiell politisierbar. Die angeblich neue Qualität systemischer Naturwüchsigkeit bleibt auch weiterhin lediglich »Pseudonatur« – nicht mehr und nicht weniger. Die Art, wie Dutschke und mit ihm viele andere damals von einer neuen Qualität von Faschismus sprachen, war deshalb eher verschleiern als erhellend – mindestens aber grob fahrlässig. Die selbst ernannte Avantgarde minoritärer Bewusstseinsrevolutionäre verwandelt sich auf diesem Wege leicht in neue Erziehungsdiktatoren, die nicht nur anstelle der, sondern tendenziell auch gegen die Bevölkerungsmehrheit agieren (wofür die deutsche Arbeiterklasse trotz ihres notorischen Konservatismus schon damals einen untrüglichen Klasseninstinkt hatte). Die Verabsolutierung kulturrevolutionärer Notwendigkeiten und die damit verbundene Loslösung an sich notwendiger Bewusstseinsprozesse von sozialem und politischem Massenwiderstand kann ebenso zur Artikulation intellektuellen Herrschaftsinteresses werden wie die linksradikale Ideologisierung der vermeintlich absoluten Verdummung konsumgeiler Massen.

Die damals nicht zu Unrecht so zentrale Idee der »Provokation« schließlich hat sich schon längst verselbstständigt und ist geradezu zwangsläufig zum Karrieremittel feuilletonistischer Pausencloowns verkommen. Zwangsläufig nicht nur, weil wir es auf vielen Kommandoposten von Ökonomie und Politik mittlerweile selbst mit provokationserprobten »68ern« zu tun haben, sondern weil sich die diesem Mittel zugrunde liegenden Voraussetzungen nach dem Erdbeben von '68 verflüchtigt haben.

Was bleibt?

Rudi Dutschke wusste allerdings um die Probleme einer solch voluntaristischen Revolutionstheorie. Das hat ihn zwar nicht davor gefeit, ihren substitutionistischen Gefahren partiell zu verfallen, wie man besonders an seinem wenige Monate nach dem auf ihn verübten Attentat geschriebenen, bemerkenswert widersprüchlichen Vorwort zu *Briefe an Rudi D.* studieren kann. Doch erlaubte ihm dies nach dem Attentat und der dadurch bedingten Ruhe-

pause und Distanz, sich selbst zu hinterfragen, sich neu zu orientieren, ohne dabei den roten Faden seines Anliegens aus den Augen zu verlieren. Er hat sich später nur sehr zurückhaltend über seinen eigenen Anteil an den praktischen wie theoretischen Fehlern der 68er-Revolution geäußert. Doch seine allgemeine, in den 70er Jahren immer wieder vorgebrachte (und von der deutschen Linken nicht gerade willkommen geheißen) Kritik an den Illusionen und Sektierereien jener Zeit trifft in vielem auch ihn selbst.

Allerdings ist bekanntlich nicht das ein Problem, Fehler zu machen, sondern die Unfähigkeit, aus ihnen zu lernen. Jeder Anfang bedarf des jugendlichen Übermutes und der heroischen Illusion. Schließlich tappte damals die Wirklichkeit selbst noch im Nebel, wie Ernst Bloch 1968 auf einer Podiumsdiskussion feststellte (bei der auch Dutschke anwesend war). Als sich der Nebel in den folgenden Jahren hob, saß die Enttäuschung bereits tief, waren die Illusionen und realen Chancen unaufgearbeitet. Die antiautoritäre Revolution als erste Phase einer sozialistischen Infragestellung herrschender Gesellschaft wurde von denen, die mehr als nur die permanente Kulturrevolution wollten, kurzentschlossen für beendet erklärt, schlicht »liquidiert«, wie es damals treffend hieß.

Mit dem Zerfall der auf Totalität zielenden Bewegung in ihre einzelnen Fragmente ging das politisch fokussierende Ziel verloren, erstmals nach Jahrzehnten zu einer mehrheitsfähigen Neuen Linken jenseits von reformistischem Sozialdemokratismus und erziehungsdiktatorischem Stalinismus zu gelangen. Die einzelnen Bewegungsteile (kulturrevolutionäre Aussteiger, Anarchisten, Radikaldemokraten, Feministinnen, Gewerkschaftsoppositionelle, Internationalisten, autoritäre und antiautoritäre Sozialisten, bewaffnet Kämpfende u. a.) gewannen zwar neue Kraft und Dynamik aus diesem Zerfall, doch für Leute vom Format eines Rudi Dutschke oder jenes Anfang 1970 bei einem Verkehrsunfall tragisch ums Leben gekommenen Hans-Jürgen Krahl und ihren politisch-theoretischen Ansätzen war nun kein Platz mehr.

Es wäre jedoch kein Anfang gewesen, wenn nicht Wesentliches erkannt worden wäre. Wenn v. a. nicht erkannt worden wäre, dass sich spätbürgerliche Herrschaft auf wesentlich erweiterter Stufe individuell verinnerlicht hat. Eine sozialistische Bewegung, die nicht die Notwendigkeit der Integration radikal-demokratischen Antiautoritarismus' in ihre Strategiebildung anerkennt, die nicht erkennt, dass es immer auch einer permanenten Kulturrevolution gegen reaktionär-barbarische Geschichtstraditionen und die pseudonaturliche Allmacht des Warenfetischismus bedarf, um Befreiung wieder denkbar und partiell erlebbar zu machen, wird gleich zu Beginn auf ein falsches Gleis geraten. Und eine sozialistische Bewegung, die diese zentrale Erkenntnis nicht zu verbinden vermag, einerseits mit einem erneuerten, zwar noch im nationalen Rahmen verwurzelten und agierenden, ihn aber denkend und handelnd überwindenden Internationalismus sowie andererseits mit einem Kampf für eine massenhafte Demokratisierung von unten, die die politischen, sozialen und geschlechtlichen Grenzen bürgerlicher Repräsentativdemokratie überwindet, ohne deren Errungenschaften aufzugeben oder in neue bürokratische Herrschaft abzugleiten – eine solche Bewegung wird kaum über »den Mythos der Ferne oder der Vergangenheit« hinaus sich zur »konkret-utopischen Perspektive der neuen Lebensqualität« hin entwickeln, von der Rudi Dutschke einstmals gesprochen und geschrieben hat und die heute notwendiger ist denn je.

Literatur

- Dutschke, Gretchen: Wir hatten ein barbarisches, schönes Leben. Rudi Dutschke – Eine Biografie, Köln 1996, 2006.
Dutschke, Rudi u. a.: Rebellion der Studenten oder Die neue Opposition, Reinbek bei Hamburg 1968.
Dutschke, Rudi: Aufrecht gehen. Eine fragmentarische Biografie, Berlin 1981.
Karl, Michaela: Rudi Dutschke. Revolutionär ohne Revolution, Frankfurt/M. 2003.

Der Sozialistische Deutsche Studentenbund (SDS)

Betrachtet man die Geschichtsschreibung zu den sozialistischen Hochschulgruppen in Deutschland, so taucht fast immer sehr prominent der Sozialistische Deutsche Studentenbund (SDS) auf. Dies hat natürlich seinen Grund in der exponierten und polarisierten Wahrnehmung der Ereignisse von 1968. Während die zahlreichen sozialistischen und kommunistischen Hochschulgruppen der 1970er Jahre wie *Sozialistischer Hochschulbund* (SHB) und *Jungsozialisten*, der *Marxistische Studentenbund Spartakus* oder die diversen *K-Gruppen*-Ableger nur wenige Spuren im kollektiven Gedächtnis hinterlassen haben, ist der SDS zumindest dem Namen nach einer breiteren Öffentlichkeit bekannt. Weniger deutlich erscheinen aber die Konturen, wenn man den SDS einmal nicht nur als zentralen Akteur der Revolte von 1968 in Deutschland sieht, sondern seine Ideen, Theorien und Aktionsfelder während der über 20-jährigen Existenz thematisiert. Seine politischen Traditionen, die er in einem gemeinsamen, oft widersprüchlichen Lernprozess in den 1950er und 1960er Jahren entwickelt hatte, scheinen mir heute jedoch deutlich relevanter zu sein als die voluntaristische Revolutionsstrategie eines Rudi Dutschke. Denn im Grunde zerfielen die Organisationsstrukturen bereits in der Dynamik der Ereignisse nach dem Tod von Benno Ohnesorg am 2. Juni 1967; im November 1968 löste sich der SDS schließlich aufgrund der inneren Widersprüche auf. Ich werde im Folgenden also, entgegen den konventionellen Darstellungen, der Entwicklung bis etwa 1967 folgen.

Als im September 1946 in Hamburg der Sozialistische Deutsche Studentenbund gegründet wurde, stellte dies zunächst nicht viel mehr als den Versuch dar, die SPD-Mitglieder an den Universitäten in einer gemeinsamen Struktur zu sammeln. Von einem rebellischen Geist war dort wenig zu spüren, viele der überwiegend männlichen Gründungsmitglieder hatten noch das Ende des Zweiten Weltkriegs als Soldaten, Flakhelfer oder Hitlerjungen erlebt. Man beschränkte sich zu Beginn auf eine regional höchst unterschiedlich gewichtete Diskussion allgemeiner politischer Fragen, und viele sahen die Mitarbeit im SDS als ein Sprungbrett für die rasche Parteikarriere. Frühe Vorsitzende wie Helmut Schmidt, John van Nes Ziegler und Ulrich Lohmar konnten so nach ihrem Studium rasch in die generationelle Lücke vordringen, die der Terror der Nazis in der SPD hinterlassen hatte.

Aber bereits zu Beginn der 1950er Jahre wurde der SDS auch zu einer Anlaufstelle für kritische Sozialisten, die sich auf dem linken Flügel der SPD sahen und über den SDS eine neue Generation mit den oft verschütteten Ideen des Weimarer Linkssozialismus vertraut machten. Diese Persönlichkeiten prägten die Entwicklung des SDS in besonderem Maße und gaben den regionalen Gruppen häufig eine spezielle Ausrichtung, die charakteristisch für die gesamte Geschichte des SDS wurde. Ältere Sozialisten wie Wolfgang Abendroth, Leo Kofler oder Fritz Lamm, deren Biografien und Ideen erst in den letzten Jahren von der Forschung aufgearbeitet wurden, gaben auf Bundesseminaren und bei regionalen Schulungen viele Anregungen für eine Auseinandersetzung mit marxistischen Themen. Als sogenannte Ortsgeister waren sie wichtige Ansprechpartner für die lokalen Gruppen, ihre kleinen Zeitungen wie der *Funken* oder die *Sozialistische Politik* dienten als »Behelfsbrücken«, um Debatten über die Relevanz an marxorientierter Positionen in Zeiten von Wirtschaftsaufschwung, Westintegration und Antikommunismus zu behaupten. Der SDS war jedoch weit davon entfernt, eine Kadenschmiede des Linkssozialismus zu sein, bei der die älteren Intellektuellen den Jüngeren eine bestimmte Linie vorgaben. Schon im Verlauf der 1950er Jahre bildete sich im SDS eine neue selbstbewusste Generation um Jürgen und Monika Seifert, Peter von Oertzen, Hans Matthöfer und Oskar Negt heraus, die sich an eine kritische Auseinandersetzung und Aktualisierung eines pluralen Marxismus heranwagte.

Ein wichtiges Medium zur Diskussion und Vernetzung waren Zeitschriftenprojekte. Innerhalb des SDS prägten in den fünfziger Jahren zwei Magazine die Debatten. In Frankfurt gab Hans Matthöfer bis 1953 die Zeitschrift »links« heraus, die auf hohem theoretischem Niveau die Diskussionen zwischen den älteren und jüngeren Sozialisten förderte. Matthöfer, der während eines Auslandshaltaufenthalts in den USA Kontakte zu dort lebenden Intellektuellen wie Fritz Sternberg, Joseph Buttinger oder Paul Baran geknüpft hatte, machte deren Ansätze über die Zeitschrift bekannt. Das zentrale Organ des SDS in dieser Zeit war jedoch der »Standpunkt«, der in Berlin herausgegeben wurde. Anfangs ein reines Mitteilungsorgan zur Entwicklung des Verbandes mit stark antikommunistischer Ausrichtung, entwickelte sich die Zeitschrift ab 1957 zu einem Ort spannender Debatten. Redak-

teure wie Michael Mauke und Klaus Meschkat setzten sich hier kritisch mit den Programmdiskussionen innerhalb der SPD und dem Konzept des »ethischen Sozialismus« auseinander.

Viele Einflüsse im SDS kamen aus einer produktiven Zusammenarbeit zwischen Studenten, Mitarbeitern und solidarischen Professoren. In Marburg prägte Abendroth das Institut für Politische Wissenschaft, viele seiner Doktoranden arbeiteten über die Traditionen der zahlreichen sozialistischen Zwischengruppen. In Frankfurt hatte das Institut für Sozialforschung um Theodor W. Adorno und Max Horkheimer große Ausstrahlungskraft auf den dortigen SDS. Weniger die Professoren selbst, als vielmehr Mitarbeiter wie Jürgen Habermas, Oskar Negt oder Manfred Teschner machten die kritischen Studenten mit einigen Traditionen des Marxismus, der Kritischen Theorie und vor allem auch der Industriesoziologie vertraut. In Göttingen entwickelten sich vor allem am Lehrstuhl des Soziologen Helmut Plessner und später bei Hans Paul Bahrtdt und Peter von Oertzen fruchtbare Diskussionen zwischen Industriesoziologen, Gewerkschaftern und Rätsozialisten.

Aber im SDS wurde auch in den fünfziger Jahren nicht nur diskutiert. Seine Mitglieder organisierten Demonstrationen gegen Nazifilme, Auseinandersetzungen mit Burschenschaften, Ausstellungen zu den Kontinuitäten des Nationalsozialismus und eine Solidaritätsinitiative für die algerische Unabhängigkeitsbewegung. Ein zentrales Politikfeld des gesamten Verbandes war ab 1958 die Bewegung »Kampf dem Atomtod«. Obwohl von Kreisen in der SPD initiiert, führte diese Kampagne auch zu Konflikten zwischen SDS und Mutterpartei. Die kritische Auseinandersetzung mit dem Godesberger Programm sorgte schließlich für die Eskalation, die im Rauswurf des SDS aus der SPD im November 1961 mündete.

Im Grunde hatten sich SDS und SPD im Laufe von fünfzehn Jahren in völlig unterschiedliche Richtungen entwickelt. Während die Mutterpartei über ein Bekenntnis zur wirtschaftlichen Restrukturierung des Kapitalismus Anschluss an die CDU zu halten versuchte und Westorientierung und Wiederbewaffnung akzeptierte, hatte der Studentenverband sich nach und nach zu einem kritischen Netzwerk entwickelt, das ab 1957 von seinem linken Flügel dominiert wurde. Die SPD beschloss in Bad Godesberg 1959 ihre endgültige Abkehr vom Marxismus, der SDS eignete sich zur gleichen Zeit marxistische Traditionen wieder an. Dennoch war der Bruch keineswegs unvermeidlich, sondern wurde vielmehr von der Parteiführung bewusst vorangetrieben. Die wenigen Kommunisten, die mehr oder weniger verdeckt im SDS tätig waren, dienten als Aufhänger, um den gesamten Verband als kommunistische Tarnorganisation zu brandmarken. Die SPD-Führung konnte so die Kritiker ihres Anpassungskurses aus der Partei drängen, die restlichen Studenten bildeten mit dem Sozialdemokratischen Hochschulbund (SHB) eine Konkurrenzorganisation. Auch die den SDS unterstützenden Intellektuellen wurden ausgeschlossen.

Die Verarbeitung dieser existenzbedrohenden Krise löste allerdings auch ungemein produktive Neuorientierungsprozesse aus. Selbstverständlichkeiten standen nun offen zur Disposition, der organisatorische Bruch mit der Sozialdemokratie forderte gleichzeitig zu einer grundsätzlichen Überprüfung der eigenen Ausrichtung heraus. Das bisher naturwüchsige Verhältnis zur »Arbeiterbewegung« als Teil der SPD wandelte sich für den Hochschulverband nun zu einer offenen politischen Frage. Weil die linkssozialistischen Deutungsmuster von der »Klassengesellschaft« und der »Arbeiterklasse als politischem Subjekt« für die Mehrheit im SDS zunächst zentraler Bezugsrahmen blieben, musste diese Perspektive durch politische Strategien neu entwickelt werden.

Hoffnung auf einen politischen Neuanfang lieferte die Entwicklung der internationalen Linken ab 1956. In vielen Ländern brach die starre Dichotomie zwischen Kommunismus und Sozialdemokratismus auf und neue politische Akteure mit neuen politischen Strategien traten auf den Plan. Diese internationale »Neue Linke« lieferte dem SDS eine Orientierung, um die eigene Emanzipation von der SPD zu erreichen. Der Bundesvorstand nahm durch Michael Vester aktiv an den internationalen Vernetzungen der Neuen Linken teil.

Ab 1960 entwickelte der SDS ein eigenständiges Profil als sozialistischer Hochschulverband. So gründeten Frankfurter Kreise um Jürgen Seifert die Zeitschrift »neue kritik«, die in den 1960er Jahren zu einem äußerst lebendigen Diskussionsorgan der sozialistischen Linken wurde. Nach einer umfangreichen Studie »Student und Politik«, die das politische Potential des SDS an den Universitäten durch wissenschaftliche Expertise benannte, entwickelte der Verband in der Denkschrift »Hochschule in der Demokratie« wichtige theoretische Grundlagen für die Hochschulpolitik der nächsten Jahre. Insgesamt zeigte sich der SDS den Herausforderungen durchaus gewachsen. Er bezog sich ohne verklärende Romantik auf die Tradition der Arbeiterbewegung, betonte seine Daseinsberechtigung als »junge sozialistische Intelligenz« im Pluralismus ihrer Organisationen (Parteien, Gewerkschaften, Arbeiterjugend, Arbeiterwohlfahrt) und setzte sich kritisch mit aktuellen soziologischen Zeitdiagnosen auseinander.

Gleichwohl war die Existenz des SDS nach dem Bruch mit der Sozialdemokratie stark gefährdet. Unterstützer aus der Partei und den Gewerkschaften wurden durch den Unvereinbarkeitsbeschluss vor die Wahl gestellt, entweder ihre auch finanziellen Zuwendungen einzustellen oder sich durch einen Austritt aus der SPD in die politische Isolation zu begeben. Doch auch hier fanden sich Lösungen. Gewerkschaftsfunktionäre und Professoren spendeten heimlich, die IG Metall versorgte SDS-Mitglieder mit Jobs in der Bildungsarbeit, und der feste Kern um die Professoren Abendroth, Heinz-Joachim Heydorn und Ossip K. Flechtheim gründete eine Förderergesellschaft, die den SDS regelmäßig unterstützte.

Dieser Rückhalt legte eine, wenn auch fragile, Basis für die Aktivitäten und Diskussionen der nächsten Jahre. Sie waren geprägt von einem Suchprozess um eine neue politische Strategie, die einerseits die Eigenlogik des universitären Feldes berücksichtigte und andererseits die gesamtgesellschaftliche Ausrichtung beibehielt. In der »neuen kritik« lieferten sich die verschiedenen Strömungen eine kontroverse Diskussion über die Stellung der Hochschulpolitik zur Arbeiterbewegung, über die Parteienfrage und über die notwendigen Vernetzungen. Ein Teil der SDS-Gruppen nahm über die Bildungsarbeit von IG Metall und IG Chemie das ambitionierte Projekt in Angriff, das Protestpotential in den Wirtschaftsbetrieben auszuloten.

Während die Politik des SDS bis 1964 von einer Hinwendung zur Theorie und langwierigen Debatten um das eigene Selbstverständnis und die notwendige Aktualisierung marxistischer Annahmen gekennzeichnet war, brachten gesellschaftliche Bewegungen nun neue Themen auf die Agenda. Vor allem brachten diese Mobilisierungen Möglichkeiten, die bisweilen abstrakten Diskussionen mit Leben, mit konkreter Politik zu füllen.

Zu einem wichtigen Thema der gesamten 1960er Jahre entwickelte sich der Widerstand gegen die geplanten Notstandsgesetze. Deren Gegner waren in kirchlichen Kreisen, Gewerkschaften, Wissenschaft und Kulturbetrieb zu finden. Vor dem Hintergrund der historischen Erfahrungen zum Ende der Weimarer Republik interpretierten sie die Gesetzesvorlage als Tendenz zu einer autoritären Herrschaft. Der SDS konnte, auch dank der juristischen Fachkenntnis von Abendroth, Seifert und Diether Sterzel, in der Vernetzung der Protestaktivitäten Wesentliches beitragen. 1965 wurde der SDS-Vorsitzende Helmut Schauer von der IG-Metall eingestellt, um die Proteste zu koordinieren und einen großen Kongress vorzubereiten.

Neben diesen Aktivitäten entwickelten sich regional neue Schwerpunkte. In einzelnen Universitätsstädten und insbesondere in Berlin kam es ab 1965 zu ersten Protesten gegen die Zustände an den Universitäten. Die rasch ansteigenden Studierendenzahlen konnten von den technokratischen Hochschulreformen nur unzureichend bewältigt werden. In diesen Protesten entwickelte der Berliner SDS, auch unter dem Eindruck der US-amerikanischen Bürgerrechtsbewegung, neue Protestformen, die sich in der Bewegung der nächsten Jahre etablierten. Über Teach-Ins, Sit-Ins, Go-Ins usw. konnten neue Freiräume mit Themen gefüllt werden, die vor allem die Situation an den Hochschulen, aber auch die Fragen der internationalen Protestbewegungen betrafen.

Immer präsenter wurde im SDS ab 1965 auch der Krieg der USA in Vietnam. Zunächst vor allem theoretisch in Arbeitskreisen in Marburg und Berlin, später auch mit Kongressen, Teach-Ins und Demonstrationen setzte sich der Verband sowohl mit der imperialen Machtkonstellation als auch mit den nationalen Befreiungsbewegungen in der »Dritten Welt« auseinander. Vor allem bei diesen Fragen taten sich die inneren Widersprüche in der Strategie des SDS auf. In München und Berlin bildeten sich ab 1964 vom französischen Situationismus inspirierte Strömungen heraus, die statt einer Bündnispolitik auf provokative Aktionen und Happenings setzten. Die »Subversive Aktion« um Rudi Dutschke, Bernd Rabehl und Dieter Kunzelmann beschloss die Unterwanderung des SDS, um so eine Radikalisierung der Proteste voranzutreiben.

Diese Strategien waren Ausdruck eines Dilemmas der sozialistischen Studenten. Seit 1966 war die Sozialdemokratie Teil der Großen Koalition. Die Gewerkschaften unterstützten daher die Notstandsbewegung nur noch einzeln, sodass bündnispolitische Strategien schnell an Grenzen stießen. Gleichzeitig wiesen die Bewegungen in Vietnam, Kuba und den USA scheinbar einen Weg aus der Apathie. Während die Arbeiterbewegung als Akteur tatsächlich kaum noch rebellisches Potential ausstrahlte, traten andere Proteste an den Rändern der Gesellschaft ins Blickfeld der Studentenbewegung. Dies gab allen Tendenzen Nahrung, die der studentischen Intelligenz eine Avantgardefunktion zuschrieben. Verstärkt rezipierte man nun die Texte von Herbert Marcuse, dessen skeptische Einwände man geflissentlich überhörte. So schwand der lange aufrechterhaltene Fokus auf die Arbeiterbewegung als Subjekt für Veränderung langsam aus der Perspektive der sich radikalierenden Teile der Bewegung.

In dieser Stimmung war das brutale Vorgehen der Polizei gegen die Demonstrationen beim Besuch des persischen Schahs am 2. Juni 1967 der Funken zur Revolte. Die darauf folgende Protestbewegung wurde häufig von Mitgliedern des SDS dominiert. Dessen Strukturen überlebten die Dynamik der Bewegung jedoch nicht. Die rasche Politisierung einer ganzen Generation brachte so viel Neues auf die Tagesordnung, dass dies die Kapazitäten des SDS sprengte. Die latent vorhandenen Spannungen entwickelten sich zu klaren Gegensätzen, neue Aktivist:innen brachten andere Fragen ein oder warfen alte wieder auf. Am Ende der einjährigen Revolte löste sich der SDS auf, aus seinem Kern ging eine Vielzahl unterschiedlichster Projekte hervor.

Zahlreiche Akteure, die sich in der Abgrenzung zur alten Linken definiert hatten, wandten sich nach 1969 politischen Konzepten zu, die weit hinter die Positionen der Neuen Linken zurückfielen. Die vor dem Hintergrund des Mai 1968 in Frankreich und den Septemberstreiks 1969 eingeleitete »proletarische Wende« der Protestbewegung führte auch zur Bildung der sogenannten K-Gruppen. Diese griffen autoritäre Parteikonzepte der stalinistischen Phase der Kommunistischen Parteien auf und orientierten sich an der »Kulturrevolution« im maoistischen China. Andere gaben trotz des »Prager Frühlings« der neugegründeten, an der DDR orientierten Deutschen Kommunistischen Partei (DKP) ihre Unterstützung.

Eine große Zahl verfolgte aber auch den Regierungswechsel 1969 zu Willy Brandt mit mehr oder weniger großen Illusionen. Sie traten den Jusos bei und setzten auf eine »Doppelstrategie« aus Reform und Transformation. Die neue Frauenbewegung thematisierte wichtige Fragen, die im SDS überhaupt keine Rolle gespielt hatten. Andere beteiligten sich auch an kleineren und häufig wechselnden Initiativen und wurden Teil der neu entstehenden alternativen Milieus. Und kleine Kreise trieben die Eskalation »konsequent« weiter und bildeten am Ende terroristische Gruppen. Es folgte das »Rote Jahrzehnt«, das zwar eine unglaubliche Verbreiterung der linken Strömungen, aber kein gemeinsames Projekt mehr hervorbrachte. Der SDS hatte die Spannung zwischen konkreten Reformperspektiven und einer gesellschaftlichen Transformation nicht halten können, aber lange Zeit einen produktiven Umgang mit den zum Teil widersprüchlichen Tendenzen geschafft.

Literatur

- Albrecht, Willy: Der Sozialistische Deutsche Studentenbund (SDS). Vom parteikonformen Studentenverband zum Repräsentanten der Neuen Linken, Bonn 1994.
- Butollo, Florian; Kufferath, Philipp; Schalauske, Jan: 40 Jahre 1968 – Die Rolle des SDS. Eine Organisation in Bewegung, Hamburg 2008 (Supplement der Zeitschrift Sozialismus 3/2008).
- Fichter, Tilman; Lönnendonker, Siegwald: Kleine Geschichte des SDS. Der Sozialistische Deutsche Studentenbund von Helmut Schmidt bis Rudi Dutschke, 4. überarbeitete und ergänzte Auflage, Essen 2007.
- Habermas, Jürgen; von Friedeburg, Ludwig; Oehler, Christoph; Weltz, Friedrich: Student und Politik. Eine soziologische Untersuchung zum politischen Bewußtsein Frankfurter Studenten, Neuwied 1961.
- Heigl, Richard: Oppositionspolitik. Wolfgang Abendroth und die Bildung der Neuen Linken, Berlin 2008.
- Koenen, Gerd: Das rote Jahrzehnt. Unsere kleine deutsche Kulturrevolution 1967 – 1977, Köln 2001.
- Kritidis, Gregor: Linksozialistische Opposition in der Ära Adenauer. Ein Beitrag zur Frühgeschichte der Bundesrepublik Deutschland, Hannover 2008.
- Kufferath, Philipp: Das linksozialistische Milieu und die intellektuellen Traditionen der Neuen Linken vor 1968, unveröffentlichte Magisterarbeit, Göttingen 2008
- Lönnendonker, Siegwald; Rabehl, Bernd; Staadt, Jochen: Die antiautoritäre Revolte. Der Sozialistische Deutsche Studentenbund nach der Trennung von SPD. Band 1: 1960 – 1967, Berlin 2002.
- Schneider, Michael: Demokratie in Gefahr? Der Konflikt um die Notstandsgesetze: Sozialdemokratie, Gewerkschaften und intellektueller Protest (1958 – 1968), Bonn 1986.

Björn Allmendinger

Kritik der Zukunft, Zukunft der Kritik. '68 und die Rätebewegung

1. Eine Reise zu den Ursprüngen: Die 72 Tage von Paris

Im Jahre 1992 prophezeite Francis Fukuyama »the end of history« – den Untergang der Hegelschen Dialektik, das Ende jedweder fundamentaler, gesellschaftlicher Widersprüche – und untermauerte dadurch die neoliberale Doktrin der ökonomischen wie politischen Alternativlosigkeit, die bereits in Margaret Thatchers Losung »there is no alternative« ihren Ausdruck fand. »Das Ringen um eine gesellschaftliche Utopie«, so Oskar Negt, schien in weite Ferne gerückt zu sein.

Anarchistische Strömungen sprachen diesbezüglich von einer logischen Konsequenz bzw. theoretischen Zwangsläufigkeit autoritär-marxistischen Denkens. Nach ihrer Auffassung war die »revolutionäre Diktatur des Proletariats« (Marx) Sinnbild einer Klassenherrschaftsmaschinerie, die unter dem Vorwand der Befreiung ein System der Unterdrückung schuf.

Mit Blick auf Entstehung und Verlauf der russischen Sowjets keine abwegige Schlussfolgerung, doch bedarf es in diesem Zusammenhang einer genaueren historischen Betrachtung. Denn das Sowjetsystem der Bolschewiki (speziell ab 1921) sollte nicht als Speerspitze der Rätebewegung verstanden werden, vielmehr als theoretische Etappe eines langwierigen proletarischen Emanzipationsprozesses, beginnend im Jahre 1871 (Pariser Kommune).

Die Pariser Kommune war nicht nur für Karl Marx ein Ereignis von »welthistorische[r] Wichtigkeit«, auch für die Jugend- und Studentenbewegung der 1960er Jahre stellte die womöglich erste Volksherrschaft im Interesse der arbeitenden Majorität einen essentiellen historischen Bezugspunkt dar. Eine umfassende Skizzierung der Rätebewegung, vor allem hinsichtlich der Vielzahl an theoretischen Strömungen, vermag dieser Beitrag nicht zu leisten. Vielmehr soll in exemplarischer Form (unter besonderer Berücksichtigung der Räte-Rezeption innerhalb der 68er-Bewegung) versucht werden, Möglichkeiten, Chancen und Problemfelder des Rätegedankens aufzuzeigen, unabhängig von gängigen Vorurteilen und Missverständnissen – auch innerhalb der deutschen Linken.

1.1 Das Marx'sche Kommunemodell: Ein theoretischer Abriss

Versuche, in Marx' Werken Perspektiven und Ansatzpunkte einer befreiten Gesellschaft zu finden, enden meist in einer mühseligen Zusammenfassung seiner Abhandlung »Der Bürgerkrieg in Frankreich«, einer Schrift, die als theoretischer Widerhall der Pariser Kommune zu werten ist – nicht mehr und nicht weniger. Zahlreiche Ausführungen des Verfassers sollten mit Vorsicht betrachtet werden, insbesondere die Marx'sche Betonung der Kommune als »Werk der Arbeiterklasse« bzw. als vollendete »Regierung der Arbeiterklasse«. In diesem Zusammenhang wies bereits Oskar Anweiler 1958 darauf hin, dass Marx durch seine glorifizierenden Ausführungen – »die größte Revolution unseres Jahrhunderts« – nicht unerheblich die »Entstehung eines Kommune-Mythos« begünstigte, oder wie es Arthur Rosenberg ausdrückte, »den kommenden Bewegungen des werktätigen Volkes eine bedeutende Tradition« modellierte.

Was ist Wahrheit, was Fiktion? Diese Fragen sind im Hinblick auf die 72 Tage währende Kommune schwer zu beantworten, vor allem, wenn man bedenkt, dass die Marx'sche Analyse keine Zusammenfassung eigener Erfahrungen und Erlebnisse darstellt; Marx lebte zu diesem Zeitpunkt im Londoner Exil, war somit auf zusätzliche Informationsquellen aus Paris angewiesen.

Trotz der eingebrachten Vorbehalte soll jedoch, mehr als theoretische Einführung denn als historisch fundierte Analyse versucht werden, die wesentlichen Grundelemente der Marx'schen Kommuneverfassung darzulegen: »Fusion der Staatsgewalt« (Manfred G. Schmidt): Legislative, Exekutive und Judikative lag in den Händen der »arbeitenden Körperschaft«, d. h. des Rats der Kommune. Das parlamentarische Prinzip der Gewaltenteilung

wurde dementsprechend aufgehoben. Dadurch sollte, wie Lenin es ausdrückte, dem »korrupten und verfaulenden Parlamentarismus der bürgerlichen Gesellschaft« ein Ende gesetzt werden.

Direktdemokratisches Organisationsgefüge: Die gewählten Volksvertreter besaßen ein imperatives Mandat, sie waren jederzeit absetzbar bzw. abrufbar und an die Weisungen der Wählerbasis gebunden, dem Wählerwillen unmittelbar unterworfen. Gleiches galt für die Besetzung (Direktwahl-Prinzip) von öffentlichen Ämtern, bspw. von richterlichen Beamten. Abgeordnete sollten, so die weiterführende Theorie der Kommunarden, aus den Landgemeinden, in die Bezirkshauptstädte, von dort in die jeweiligen Bezirksversammlungen (Bezirks- und Stadträte) und schlussendlich in die Nationaldelegation nach Paris entsandt werden. Versuche der Machterweiterung hätten durch den pyramidenartigen Aufbau der dezentral-föderalistischen Gesamtstruktur verhindert werden können.

Ämterrotation: Um einer Wiedererstarkung der Bürokratie und alter Führungsschichten entgegenzuwirken, wurde eine kontinuierliche Rotation der Ämter eingeführt. Amtsinhaber mussten periodisch ihre Posten räumen und waren darüber hinaus stets den Weisungen der sogenannten Stimmbürger und Stimmbürgerinnen (Alex Demirovic) untergeordnet.

Enteignung: Infolge der »Erhebung des Proletariats zur herrschenden Klasse« (Schmidt) kam es in Paris zur Aneignung von Produktionsmitteln. Die angestrebte »Enteignung der Enteigner« (Marx), d. h. der Kapitaleigner/Bourgeoisie, blieb allerdings im Belagerungszustand marginal. Nur wenige Produktionsstätten, meist jene, deren Besitzer bereits geflüchtet oder verzogen waren, gingen in »Arbeiterhände« über.

Religion: Die Kommune proklamierte eine strikte Trennung von Staat und Religion; kirchliche Wertgüter sollten enteignet, das Bildungswesen von den »auferlegten Fesseln« (Marx) der Kirche befreit werden.

Militär/Polizei: Nach dem ersten Dekret des Rates der Kommune wurden Heer und Polizeiapparat entwaffnet und durch eine Volksmiliz bzw. eine Nationalgarde in den Händen des werktätigen Volkes ersetzt.

Besoldung: Beamte der Kommune erhielten eine Entlohnung, gemessen an dem Durchschnittseinkommen eines Arbeiters.

Ökonomie: In diesem Bereich konnten nur wenige Beschlüsse umgesetzt werden, u. a. die Aufhebung des Geldstrafsystems am Arbeitsplatz, der Erlass fälliger Mieten, die Rückgabe verpfändeter Gegenstände, die Einführung kostenfreier Schulbildung und das Verbot der Nachtarbeit in den Pariser Bäckereibetrieben.

2. Rätedemokratie und ihre theoretischen Problemfelder

Bedingt durch den Belagerungszustand fanden nur wenige Ideen und Gesetzesentwürfe der Kommunarden ihre Umsetzung. Was blieb, war die »spontane Aktion der Volksmassen« (Winfried Gottschalch) als Musterbeispiel einer intuitiven Selbstorganisation des Proletariats. Ungeachtet der außergewöhnlichen Leistung der Kommunarden, obliegt es jedoch einer kritischen Analyse, sowohl Fehlerquellen als auch Konfliktbereiche zu benennen. Um es in den Worten Kurt Tucholskys zu sagen: »Erfahrung heißt gar nichts. Man kann seine Sache auch 35 Jahre schlecht machen«.

Daher möchte ich anhand dreier Fallbeispiele versuchen, die wesentlichen Problemfelder hervorzuheben und in den theoretischen Gesamtzusammenhang der Rätebewegung einzuordnen.

2.1 Problemfeld: Stimmrecht

Wer wird in die Räte gewählt und darf über gesellschaftliche Belange mitentscheiden? Diese Frage zieht sich durch eine Vielzahl rätetheoretischer Überlegungen des 20. Jahrhunderts. Nach Marx sollte die Mehrheit der Räte »direkt aus dem Proletariat rekrutiert werden«, d. h. aus den »anerkannten Vertretern der Arbeiterklasse«. Doch welche gesellschaftlichen Gefüge bildete die Einheit der Arbeiterschaft? Wer ist Arbeiter; wer nicht?

Ernst Däumig beschrieb das revolutionäre Subjekt der Räte als Gemeinschaft der »Hand- und Kopfarbeiter«, führte hingegen nicht an, inwieweit Kleinbürger, Arbeitslose, Rentner oder Hausfrauen/Hausmänner ein Wahlrecht bekommen würden und wenn ja, ab welchem Alter? Max Adler zog einen etwas weiteren Rahmen und begriff alle »ökonomisch entscheidenden Schichten« als stimmberechtigt. Damit involvierte er in gewisser Weise die Klasse der Kapitaleigner in den Räteprozess, obgleich er sich bewusst war, dass eine erneute Machtübernahme der Bourgeoisie verhindert werden müsse. Ein Ausschluss gesellschaftlicher Gruppen, seien es auch (bourgeoise) Minderheiten, wäre wider das offene, direkt-demokratischen Räteprinzip; eine Beteiligung des »Klassenfeinds« an proletarischer Interessenartikulation, in Verbindung mit innerbetrieblichen Aufstiegsmöglichkeiten und einem Mitspracherecht in Produktionsfragen, wider die antikapitalistische Zielsetzung.

Wie nun das Stimmrecht regulieren und die klassentheoretischen Konfliktbereiche lösen? Bei Marx' Interpretation der Pariser Kommune galt noch das allgemeine Stimmrecht, wenngleich er davon ausging, dass die Mehrheit der Räte delegierten »aus Arbeitern oder anerkannten Vertretern der Arbeiterklasse« bestehen würde – sinnbildlich für den Klassenkonflikt zwischen bourgeoiser Minorität und proletarischer Majorität.

2.2 Problemfeld: Interessenvertretung

Wie bereits skizziert, waren die Räteabgeordneten der Kommune direkt ihrer Wählerbasis unterstellt. Sie galten als ausführende Organe des Basiswillens, jederzeit abrufbar (recall) und ständiger Rechenschaft verpflichtet.

Der Rat der Pariser Kommune sollte, nach Marx, ein Entscheidungsgremium der Arbeiterklasse sein, ohne Führungseliten und interne Machtkonstellationen, selbstorganisiert und weitestgehend hierarchiefrei. Die Unterbindung von »Wissens- und Kompetenzmonopol[en]« (Alex Demirovic) oblag der Selbstregulierung, d. h. der freiwilligen Unterordnung im Interesse der Gemeinschaft und die Informationsvermittlung von oben nach unten, von den Führungsgremien der Nationaldelegation zur Basis in den Betriebsräten bzw. Landgemeinden. Der Gefahr betrieblicher Egoismen (bspw. bezüglich der Arbeitsbelastung oder Rohstoffverteilung), kommunaler Interessenkonflikte und wirtschaftlicher Kooperationsproblematiken (bspw. des Führungsanspruchs einzelner Wirtschaftsregionen) setzte man, so Demirovic, die »Bewegung einer allgemeinen Erneuerung der Menschheit« entgegen.

2.3 Problemfeld: Politik und Ökonomie

Gerade in der Phase der Konstituierung von Rätestrukturen besteht die besondere Schwierigkeit ungelöster demokratischer Legitimations- und Machtfragen. In den meisten Fällen handelt es sich dabei um ein kompliziertes Wechselspiel von politischen und ökonomischen Einflussphären, auch als »System der Doppelherrschaft« bezeichnet.

Des Öfteren wird dieser Prozess als Übergangsperiode wahrgenommen, in der die alten (Parlamente/Parteien) und neuen (Arbeiter-, Bauern und Soldatenräte) Institutionen um staatliche Einflussbereiche ringen. Wie Alex Demirovic jedoch berechtigterweise herausstellt, ist die Phase der Doppelherrschaft auch eine Phase »doppelter Souveränität, im Bereich Wirtschaft mit den funktional bestimmten Räten, in der Politik mit den territorial verankerten Parteien«. Folgt man dem Marx'schen Ideal einer »Totalpolitisierung« (Schmidt) gesellschaftlicher Verhältnisse, so lässt sich die Frage aufwerfen, inwieweit überhaupt eine Verschmelzung ökonomischer und politischer Entscheidungsebenen ermöglicht werden könnte. Bereiche wie Bildung (Erziehung), medizinische Versorgung, öffentliche Sicherheit oder Verkehr (Infrastruktur) könnten nur geringfügig im Rahmen von regionalen/lokalen Produktionsprozessen (Räten) bearbeitet werden.

Udo Bernbach äußerte diesbezüglich vor allem globalisierungsspezifische Bedenken und betonte die »fast vollständige Vernachlässigung des Faktums, daß alle heutigen Gesellschaften in hohem Maße international verbunden und eingebunden« seien. Die Schlussfolgerung wäre demnach die »endgültige«, wohlgemerkt globale, politische und wirtschaftliche Befreiung, zusammengefasst in einer gesellschaftlichen Einheit von Produktion und Mitbestimmung. Giovanni Sartori brachte in seiner Skizzierung des Marx'schen Leitbilds diesen Prozess der politischen Homogenisierung gekonnt auf den Punkt. Danach sind Marx' Gedanken fixiert auf »eine staatsfreie, spontane harmonisierte Gemeinschaft, die auf wirtschaftlichem Überfluß beruht. Politisch wird die totale Freiheit

(...) durch das Verschwinden der Politik erreicht, wirtschaftlich als Befreiung von allen Zwängen – man könnte fast sagen, durch das Verschwinden der Ökonomie.«

Konsumorientierung und Produktionsplanung wären auf die oberste Entscheidungsebene verlagert, unter ständiger Rückkopplung zur Wählerbasis. Ein interessanter Gedanke wäre in diesem Zusammenhang die Möglichkeit einer Konsum- bzw. Arbeitsverweigerung, mit Paul Lafargues Worten »Das Recht auf Faulheit« oder besser gesagt, der individuellen Freiheit, sich am Gemeinwesen beteiligen zu können, aber nicht zu müssen. Engels wie später Nikolaj Bucharin schlossen eine Abkehr bzw. Rückzugsmöglichkeit grundsätzlich aus. Die allgemeine bzw. gleiche Arbeitspflicht, soweit nicht durch Krankheit und Alter beschränkt, sollte zentrales Element betrieblicher Solidarität sein.

3. Räte-Rezeption innerhalb der 68er-Bewegung

Wie nun mit theoretischen Problembereichen des Rätegedankens umgehen? Welche Rückschlüsse aus historischen Fehlerquellen ziehen?

Ein Rückblick auf die im SDS (Sozialistischer Deutscher Studentenbund) geführten Organisationsdiskurse der Jahre 1966 – 69 ist hier sehr lohnenswert, denn er bietet, bei genauerer Betrachtung, vor allem Ansatzpunkte für rätetheoretische Überlegungen der Gegenwart. Oftmals wird diese »Renaissance des Rätegedankens« (Hans Manfred Bock), d. h. die umfassende historische Aufarbeitung der Räte-Idee, seitens der 68er-Forschung mit Missachtung und Desinteresse bestraft. Dabei waren die zahlreichen Versuche einer theoretischen Aktualisierung vergangener proletarischer Organisationsmodelle keine außerparlamentarische Randerscheinung. Ausgehend von der Münchner »Aktion der Räte-sozialisten« oder dem »Arbeitskreis Bürokratie und Räte-system im Republikanischen Club«, formierten sich, speziell innerhalb des SDS, zahlreiche rätetheoretische Schaltstellen.

Entgegen der eigenen Erwartungshaltung blieben jedoch Rätekonzeptionen innerhalb der APO (Außerparlamentarischen Opposition) eine Seltenheit. Erwähnenswerte Ausnahmen sind hier lediglich das »Modell der drei Ebenen und zwei Räte« des Hamburger SDS-Delegiertenkollektivs, die Idee einer »generalisierten Selbstverwaltung« der SI (Situationistischen Internationalen) und das von Rudi Dutschke, Christian Semler und Bernd Rabehl skizzierte »Modell einer Räterepublik in Westberlin«. Als sozialistische, radikaldemokratische Gegenentwürfe zur parlamentarischen Interessenartikulation blieben die »68er-Modelle«, aufgrund ihres oberflächlichen, leicht angreifbaren Theoriegerüsts, weitestgehend ungeeignet. Ihre eigentliche theoretische »Stärke« lag vielmehr in ihrem kreativen Umgang mit konzeptionellen Problemlagen des Räte-systems. Auf einige der interessantesten Lösungsansätze sei folgend hingewiesen:

Stimmrecht: Schließt man bourgeoise Elemente aus proletarischen Entscheidungsprozessen aus oder offeriert man ihnen Beteiligungsmöglichkeiten in entstehenden Rätestrukturen?

In den theoretischen Überlegungen der SI wurde ein Teilhabeverbot bestimmter »Tendenzen« nicht in Erwägung gezogen. Das bereits von den Kommunarden 1871 formulierte, »allgemeine Stimmrecht« galt den Situationisten als demokratischer Richtwert – ganz im Gegenteil zu Bernd Rabehls Forderung, Besitzbürger in kapitalistische Reservate auszuweisen. An diesen Gedankengang knüpfte in gewisser Weise auch die spätere Betriebsbasisgruppenbewegung an, die eine direkte und betrieblich fokussierte Kooperation von kleinbürgerlicher, studentischer Intelligenz und Arbeiterklasse herzustellen versuchte. Die proletarische Majorität, so die überwiegende Auffassung der situationistischen Rätetheoretiker, verhindere letztlich die erneute Einflussnahme des Kapitals. Eine Einschränkung des Wahlrechts, auch im Zusammenhang einer offenen basisdemokratischen Leitlinie, wäre daher nicht weiter erforderlich.

Interessenvertretung: Um kommunalen Interessenkonflikten, betrieblichen Egoismen und kaderähnlichen Führungsapparaten vorzubeugen, entwickelte das SDS-Delegiertenkollektiv Hamburg ein Konzept der Streuung von organisatorischen Befugnissen und Einflussbereichen. In einem stetigen Wechselspiel von »Projekt-, Regional- und Verbandsebene« und »Projekt- und Zentralrat«, bei ständiger Kontrolle und Abwählbarkeit der jeweiligen Räte-delegierten, sollten Zentralisierungstendenzen grundlegend vereitelt werden. Der Gefahr einer Herausbildung lokaler Machtstrukturen begegnete man – dies sei als eine rätetheoretische Besonderheit hervorgehoben – mit einer permanenter Rotation des Tagungsorts.

Politik und Ökonomie: Die Aneignung der Produktionsmittel, die Abschaffung der bürokratischen Verwaltung und die Stärkung des Arbeitsbereichs sollten nicht nur als Kernelemente der SI betrachtet werden. Ideen einer Aktivierung betriebsinterner Konflikte sowie einer Selbstorganisation betrieblicher Interessenvertretungen (autonome Betriebsräte) ziehen sich quer durch die rätetheoretischen Überlegungen der APO, seien es traditionalistisch oder antiautoritär geprägte Organisationsdiskurse. Speziell der wirtschaftliche Charakter vergangener Räteemodelle lag dabei im Zentrum der strategischen Auseinandersetzungen. In einer Phase der Doppelherrschaft von Wirtschaftsraatesystem und Parlamentarismus sollten sich aus den betrieblichen Basisgruppen spezielle Branchenräte oder Wirtschaftssektionen entwickeln, die in letzter Konsequenz die politische Institution Bundestag zu ersetzen hätten. Für Dutschke konnte, in Anlehnung an die Pariser Ereignisse von 1871, eine derartige »Produzenten-Demokratie« nur in Form einer Berliner Kommune vollzogen werden. Eine »Freie Stadt West-Berlin« war nach seiner Auffassung der ideale revolutionäre Orientierungspunkt; sowohl aus nationaler als auch aus internationaler Perspektive.

Am Ende dieser Überlegung stand eine »sozialistische Welt ohne profitmaximierende Monopole, ohne Ausbeutung des Menschen durch den Menschen und ohne Krieg« (Rudi Dutschke) oder wie es Gretchen Dutschke-Klotz in einem Nachruf formulierte: »ein antiautoritäres, demokratisches, vereintes Deutschland in einer antiautoritären, demokratischen und sozialistischen Welt«.

Literatur

- Allmendinger, Björn: »Brecht dem Schütz die Gräten, alle Macht den Räten«. Die Rätebewegung – historische Inspiration und theoretische Bürde der 68er-Bewegung, Marburg 2009.
- Bock, Hans Manfred: Geschichte des »linken Radikalismus« in Deutschland. Frankfurt 1976, S. 205-257.
- Demirovic, Alex: Räte­demokratie und das Ende der Politik, in: Prokla Nr. 155, 39. Jg., 2009
(Online: <http://www.prokla.de/wp/wp-content/uploads/2009/07/demirovic.pdf> [Stand: 09.03.2010]).
- von Oertzen, Peter: Betriebsräte in der Novemberrevolution, Düsseldorf 1963.

Linker Abbruch in der IG Metall-Bildungsarbeit in den 1960er Jahren

In den 1960ern fand in der IG Metall ein bemerkenswertes Projekt zur Belebung der gewerkschaftsinternen Bildungsarbeit statt. Das damalige Ziel lässt sich kurz mit dem Versuch der Selbstermächtigung der gewerkschaftlichen Basis durch die Entwicklung einer auf politische und soziale Emanzipation zielenden Bildungsarbeit fassen.

Mehrere Linien liefen Ende der 1950er und Anfang der 1960er zusammen. Zum einen verließ ein Teil der sozialistischen Linken in der SPD nach der Niederlage auf dem Programmparteitag in Bad Godesberg (1959), also der programmatischen Transformation der Sozialdemokratie von einer Klassen- zur Volkspartei, das Feld oppositioneller Parteiarbeit und wandte sich den Gewerkschaften zu. So organisierte sich beispielsweise eine Gruppe um Peter von Oertzen in der *Sozialwissenschaftlichen Vereinigung Duisburg* und versuchte durch die Herausgabe von Arbeitsheften Einfluss auf die gewerkschaftlichen Diskussionen zu nehmen. Dieser kleine, linkssozialistische Flügel in der SPD wandte sich dabei Fragen von Autonomie und Fremdbestimmung am Arbeitsplatz oder dem Widerspruch zwischen Leitenden und Ausführenden in den industriellen Betrieben zu. Im bürokratisch organisierten Kapitalismus suchten sie nach Widersprüchen, Spielräumen und widerständigen Potentialen, um diese für eine sozialistische Politik nutzbar zu machen. Die Nähe zu operaistischen Analysen der italienischen Linken der 1960er oder der französischen Gruppe *Socialisme ou Barbarie* (1948 – 1967) um Cornelius Castoriadis sind unübersehbar. Allerdings reichte die deutsche Diskussion nie an die Radikalität der italienischen oder französischen Analysen und Politikansätze heran, auch wenn wesentliche Orientierungspunkte dieses Kreises der Rätesozialismus und die Novemberrevolution waren und sie dem Trotzismus mit Sympathie gegenüberstanden.

Ein zweiter Strang entstand aus den gewerkschaftlichen und gewerkschaftsnahen erwachsenenbildnerischen Diskussionen selbst. Bis Mitte der 1960er wurde die gewerkschaftliche Bildungsarbeit methodisch als Frontalunterricht durchgeführt, und inhaltlich handelte es sich um eine Art gewerkschaftlicher Institutionenkunde, in deren Mittelpunkt Arbeitsrechts- und organisationspraktische Fragen standen. In Anlehnung an einen recht alten pädagogischen Grundsatz, dass nämlich Bildung bei den »nächsten Angelegenheiten« beginnen sollte (Pestalozzi), ging es nun darum, den Betrieb als Basis der Selbstverwirklichung der Beschäftigten, als ihre Umwelt und ihr Bezugssystem in den Blick zu nehmen. »Wenn die Bildungsarbeit bei den Problemen des Betriebslebens ansetzt«, so Hans Tietgens, 1959 Mitarbeiter in der Heimvolkshochschule (HVHS) Hustedt und späterer theoretischer Kopf der Volkshochschulen, »so wird sie dem pädagogisch-methodischen Grundsatz gerecht, dass die Bildungsbemühung beim Erfahrungsbereich, beim Erlebnisraum des zu Bildenden beginnen sollte.«

Eine dritte Linie stellte ein tradierter linkssozialistischer Diskurs in der IG Metall dar, der sich teils seiner selbst nur in Rudimenten erinnerte, teils aber auch offen formuliert wurde und, nimmt man die Akteure in den Blick, bis in die Beraterkreise des Vorsitzenden Otto Brenner hineinreichte. Beispielhaft sei hier auf den Jubiläumsband zur 75-jährigen Verbandsgeschichte der IG Metall aus dem Jahr 1966 hingewiesen, der eine ausführliche Würdigung der Rätebewegung in der Revolution 1918/19 enthält. Insgesamt findet man, wenn man die IG Metall der 1950er und 1960er Jahre näher betrachtet, an einer Reihe zentraler Positionen ehemalige Mitglieder der KPD, der Sozialistischen Arbeiterpartei (SAP), der KPD-Opposition oder anderer sozialistischer Zwischengruppen aus der Weimarer Zeit.

Diese drei genannten Linien liefen in den 1960ern zusammen und initiierten für ein rundes Jahrzehnt ein in der neueren Gewerkschaftsgeschichte seltenes Projekt, in dem anstelle von Integration in die bürgerliche Gesellschaft um Klassenautonomie gerungen wurde, wo anstelle der Ausweitung stellvertretender Rechte von Betriebsräten und Arbeitsdirektoren die Selbstbetätigung der Basis gesucht wurde. Dies hatte seine Ursache in grundlegenden Problemen der Gewerkschaftspolitik. Eine abnehmende Partizipation der Mitglieder, Probleme in der Tarifpolitik, ein abnehmender Organisationsgrad sowie eine hohe Mitgliederfluktuation führten Ende der 1950er Jahre in der IG Metall zu einer (nur sehr begrenzt umgesetzten) Orientierung auf die »betriebsnahe Tarifpolitik«. Die Gewerkschaft und die Tarifvertragspolitik sollten näher an den Betrieb, also an die Beschäftigten rücken, und auch an die gewerkschaftliche Bildungsarbeit wurde die Forderung nach einer entsprechenden Betriebsnähe

gestellt. Den Diskussionsraum für die Entwicklung einer betriebsnahen Bildungsarbeit boten Arbeitstreffen von Bildungsverantwortlichen und Pädagogen der IG Metall, der IG Chemie, der Bildungsvereinigung Arbeit und Leben in Niedersachsen, der HVHS Hustedt sowie einiger DGB-Landesbezirke. Eine Voraussetzung innerhalb der IG Metall war, dass die Verantwortlichen der Bildungsarbeit, das Vorstandsmitglied Heinz Dürrbeck sowie der spätere Bundesminister Hans Matthöfer als Abteilungsleiter, die Neukonzeption der Bildungsarbeit inhaltlich und organisatorisch trugen.

Zunächst wurde seit 1960 versucht, die Methodik und Didaktik der gewerkschaftlichen Bildungsarbeit zu demokratisieren. Was aus heutiger Sicht wenig aufregend klingt, nämlich die Umstellung von Frontalunterricht ohne Nachfragemöglichkeit oder gar Diskussionen auf eine teilnehmerorientierte Seminardurchführung mit Arbeitsgruppen, Rollenspielen und gemeinsamen Plenumsdiskussionen, setzte damals einen Perspektivwechsel voraus. Anstatt die Teilnehmenden als mehr oder weniger defizitäre Funktionsträger – es handelte sich bei ihnen fast ausschließlich um Männer, weibliche Referenten kamen erst Ende der 1960er zum Einsatz – zu begreifen, sollten nun ihre betrieblichen und gewerkschaftlichen Erfahrungen in den Mittelpunkt der Bildungsarbeit rücken. Die Bemühungen um eine demokratische Seminargestaltung dauerten mindestens sechs bis acht Jahre, bevor hier die ersten Erfolge verzeichnet wurden. Nicht nur, dass die in den Bildungsstätten beschäftigten Hauptamtlichen eine neue Perspektive entwickeln und sich die Methoden aneignen mussten, es musste auch entsprechendes Arbeitsmaterial erarbeitet werden, und alleine die Schaffung der räumlichen Voraussetzungen für Arbeitsgruppenarbeit benötigte Jahre. Den baulichen Abschluss dieser Entwicklung stellte das 1971 eröffnete und heute noch existierende Bildungszentrum der IG Metall in Sprockhövel (Nordrhein-Westfalen) dar.

Der Kern der neuen Bildungskonzeption sah die Ausbildung von ehrenamtlichen Multiplikatoren vor, sogenannten Bildungsobleuten, die aus den betrieblichen Vertrauenskörpern heraus gewählt bzw. ernannt wurden, und die selbstständig kleine Bildungsveranstaltungen durchführen sollten. Die neue Konzeption ging zwar pädagogisch, inhaltlich und auch räumlich vom Betrieb aus, blieb dort aber nicht stehen. Die Bildungsobleute sollten einerseits möglichst im Betrieb und im Anschluss an die Arbeitszeit Bildungsveranstaltungen im kleinen Kreis durchführen, andererseits sollte in einem bis dahin nicht gekannten Maße gesellschaftliche, theoretische und historische Bildung betrieben werden. Das Arbeitsmaterial für diese Veranstaltungen wurde in nicht unerheblichem Maße von der eingangs genannten linkssozialistischen Strömung aus der SPD, also Mitgliedern der Sozialwissenschaftlichen Vereinigung und des SDS, erstellt.

Dass die IG Metall auf ihrem Gewerkschaftstag 1965 den Beschluss quasi durchwinkte, in Betrieben mit mehr als 100 Beschäftigten Bildungsobleute zu benennen – als Zielmarke formulierte die Abteilung damals die Ausbildung von 6 000 dieser Multiplikatoren – war schon außergewöhnlich. Sicher, die vier bis fünf Jahre später entstehenden Konflikte mit den Bildungsobleuten waren damals nicht absehbar, dennoch handelte es sich bei ihnen um eine vom hauptamtlichen Apparat der Gewerkschaft nur schwer zu kontrollierende Basisstruktur, die mit diesem Beschluss ihre organisatorische Absicherung erfuhr.

Mitte der 1960er erfuhr die Bildungsarbeit dann einen zweiten Perspektivenwechsel. In den gemeinsamen Debatten rund um die Sozialwissenschaftliche Vereinigung rückte die Frage nach einer grundlegenden Neukonzeption von Arbeiterbildung im »Spätkapitalismus« in den Mittelpunkt. Ein Ergebnis war Oskar Negts Schrift »Soziologische Phantasie und exemplarisches Lernen«. Demnach verschränken sich Methodik und politisches Ziel der Bildungsarbeit – also Form und Inhalt – und müssten beide emanzipatorisch angelegt werden. Inhaltlich bedeutete dies, dass die gewerkschaftliche Bildungsarbeit zum einen »eine autonome Position gegenüber den bürgerlichen Bildungseinrichtungen« beziehen müsse, zum anderen die gewerkschaftliche Politik und die innergewerkschaftlichen Strukturen selbst thematisieren werden sollten. Es ging um nicht weniger als eine Reform der »arbeitsteilig verdinglichten bürokratischen Rationalität« der Gewerkschaften, so Negt.

Hinter diesen theoretischen und möglicherweise etwas abstrakten Formulierungen stand das politische Ziel, die IG-Metall-Politik Ende der 1960er zum Thema der Seminare und die Seminare zum Ort von Kritik zu machen. Diese Kritik bezog sich auf der allgemeinen Ebene auf den hierarchischen Organisationsaufbau und die Integration der Gewerkschaft in die bürgerliche Gesellschaft. Politisch konkret fokussierte sie sich auf die zu geringe Konfliktfähigkeit angesichts der Notstandsgesetzgebung oder die Einbindung in die Konzertierte Aktion, und innergewerkschaftlich war beispielsweise die statuarische Verankerung der Vertrauensleute ein wesentliches Ziel der gewerkschaftlichen Linken.

Zum Tragen kam dieser Perspektivenwechsel ab etwa 1968, als die Ausbildung der Bildungsobleute Fahrt aufnahm. Schon ab 1962 wurde die Bildungsarbeit quantitativ erheblich ausgeweitet, was sowohl die Anzahl der Seminartypen als auch die der Seminarteilnehmer betraf. Nahmen 1962 rund 2 700 IG-Metaller an einem Seminar in den Bildungsstätten teil, waren es 1972 dann über 14 000. Diese Ausweitung fand vor allem bei den Angeboten an Vertrauensleute und Betriebsräte statt; gesteigert wurde aber ebenfalls das Angebot für Referenten, Arbeitskreisleiter und Bildungsobleute, deren Anteil von rund acht Prozent der Seminarteilnehmer auf über 13 Prozent stieg. Ab etwa 1968/69 waren dann auch die Seminare, in denen diese Multiplikatoren ausgebildet wurden, inhaltlich und methodisch-didaktisch relativ entwickelt.

Das Angebot für die Bildungsobleute bestand aus drei Stufen. Einem einwöchigen einführenden Seminar, einem zweiwöchigen Aufbau-seminar und schließlich der dritten Stufe, den 6-Wochen-Kursen. In deren Mittelpunkt standen Fragen von Lohn und Leistung, von Herrschaft und Kooperation im Industriebetrieb, von Menschenwürde im Industriebetrieb, es wurde die marktwirtschaftliche Ideologie einer Kritik unterzogen, und es wurde die gesellschaftliche Macht der Unternehmer in der Bundesrepublik analysiert. Inhaltliches Ziel war es, die bürgerlich-kapitalistische Gesellschaftsform zu analysieren und vom Standpunkt der Arbeiterselbstverwaltung (stark angelehnt an Jugoslawien) oder planwirtschaftlichen Vorstellungen heraus zu kritisieren. Und natürlich wurden die Teilnehmenden auf ihre eigene betriebliche Bildungsarbeit vorbereitet. Zur Standardliteratur der 6-Wochen-Kurse zählten die Schriften von Karl Marx, Ernest Mandel, André Gorz, Wolfgang Abendroth, Karl Korsch, Theo Pirker, Leo Kofler, Paul A. Baran oder auch Daniel Guerin.

Bei den Bildungsobleuteseminaren stachen, dies konnte hier nur angerissen werden, zwei Punkte ins Auge. Zum einen trat die Beschäftigung mit organisationspraktischen und arbeitsrechtlichen Fragen in den Hintergrund, was dann in den folgenden Jahren aus der Organisation heraus zunehmend heftig kritisiert wurde. Zum anderen finden wir dort ein großes Spektrum an undogmatischer marxistischer und sozialistischer Literatur, jedoch kein Angebot, das dem sowjetisch-orientierten Marxismus entnommen wurde!

Die Aktivitäten der Bildungsarbeit waren eingebettet in Vorstellungen, die auf die Stärkung der Vertrauensleutearbeit selbst zielten. Die Vertrauensleute beziehungsweise die Bildungsobleute sollten als quasi autonome gewerkschaftliche Gruppen selbständig und lediglich im Rahmen sehr breiter und allgemeiner Beschlussfassungen agieren. Gedeckt und getragen wurde dies nicht zuletzt durch das zuständige Vorstandsmitglied: Heinz Dürrbeck betrachtete, auch wenn er dies nie in dieser expliziten Form erklärte, die Bildungsobleute als Korrektiv gegenüber einer Institutionalisierung der Gewerkschaftspolitik.

Dieses kurz skizzierte, linkssozialistische Projekt in der größten deutschen Einzelgewerkschaft hatte letztendlich nur wenig Zeit, sich zu entfalten. Seit 1968 mehrten sich Stimmen in der IG Metall, die ihre Unzufriedenheit mit der Bildungsarbeit und vor allem den Bildungsobleuteseminaren zum Ausdruck brachten. Die Kritik nahm zu nach den Septemberstreiks 1969 und kumulierte schließlich im Frühjahr 1972, kurz nach der Eröffnung des neuen Bildungszentrums. Im Fokus der Kritiker, dies waren Hauptamtliche der IG Metall, Betriebsräte und nicht zuletzt die Arbeitsdirektoren aus der montanmitbestimmten Eisen- und Stahlindustrie, standen das Lehrpersonal in Sprockhövel, die Theorielastigkeit der Bildungsarbeit und die Vernachlässigung organisationspraktischer und arbeitsrechtlicher Fragen. Den Bildungsobleuten und somit der Bildungsarbeit insgesamt wurde vorgeworfen, für die innerorganisatorischen Konflikte seit 1968/69 mit verantwortlich zu sein. Die Kritiker, und dies war das bemerkenswerte, waren nicht in der Lage, zwischen Studentenbewegung, dem zunehmenden Einfluss der SDAJ in der gewerkschaftlichen Jugendarbeit, wilden Streiks, der innergewerkschaftlichen Opposition gegen die Konzentrierte Aktion oder der Vielzahl an maoistischen Betriebsgruppen zu differenzieren. Der reale Anteil der Bildungsobleute an diesen Prozessen wurde sicherlich überschätzt. Letztlich haben zwischen 1966 und 1972 nur rund 1 500 Teilnehmer den Grundkurs besucht, und keine 400 IG-Metaller nahmen in dieser Zeit an den 6-Wochen-Kursen teil.

Die Entwicklung einer sozialistischen gewerkschaftlichen Bildungsarbeit in den 1960er Jahren zählte also zur Vorgeschichte von »1968«, sie war nicht Ergebnis der gesellschaftlichen Auseinandersetzungen. Aber seit »1968« spitzten sich die Konflikte in der IG Metall in einem Maße zu, was dann zu dem abrupten Ende dieses Versuchs führte. Der Vorsitzende Otto Brenner war zu Beginn der 1970er noch in der Lage, die auseinanderdriftenden Kräfte zusammenzuhalten. Nach seinem plötzlichen Tod im April 1972 hatten sich die politischen Mehrheiten aber so verändert, dass Heinz Dürrbeck die Verantwortung für die Bildungsarbeit entzogen wurde. Die Arbeit der Bildungsobleute wurde dann, ohne dass ein Gewerkschaftstag hierüber noch mal beraten sollte, eingestellt.

Aus heutiger Sicht sollte die Bildungskonzeption der 1960er für diejenigen von Interesse sein, die versuchen, die Gewerkschaften mittels US-amerikanischer *Organizing*-Konzeptionen zu revitalisieren. Denn: Kernbegriffe des Organizing wie Kommunikation, Konfliktorientierung und die Kritik an gewerkschaftlicher Stellvertreterpolitik fanden sich genau in den gewerkschaftspolitischen Bildungskonzeptionen der 1960er.

Literatur

- Allespach, Martin; Meyer, Hilbert; Wentzel, Lothar: Politische Erwachsenenbildung am Beispiel der gewerkschaftlichen Bildungsarbeit. Ein subjektwissenschaftlicher Zugang am Beispiel der Gewerkschaften, Marburg 2009.
- Brock, Adolf; Müller, Hans-Dieter; Negt, Oskar (Hrsg.): Arbeiterbildung. Soziologische Phantasie und exemplarisches Lernen in Theorie, Kritik und Praxis, Reinbek bei Hamburg 1978.
- Müller, Stefan: Gewerkschafter, Sozialist und Bildungsarbeiter. Heinz Dürrbeck (1912 – 2001), Essen 2010.

Arbeitermusik: Versuch einer Gegenhegemonie

Kultur, damit ist hier Kunst gemeint, politisch zu machen und als Instrument zur Durchsetzung grundlegender Ziele zu nutzen, ist ein traditionsreiches Projekt der politischen Linken. Dabei spielten, wissentlich und unbewusst, Konzepte von Hegemonie, das heißt die ideologisch-kulturelle Durchdringung von Gesellschaft zur Herausbildung entsprechender Mehrheiten, eine zentrale Rolle. Ein bedeutender und durch die bis in die Gegenwart reichende Rezeption auch bekannter Zweig einer solchen kulturellen Bewegung war die Arbeitermusikbewegung. Sie ist als Teil einer proletarischen Bildungsideologie anzusehen.

Ende des 19. Jahrhunderts entstanden vermehrt Vereine, in denen sich an Musik interessierte Arbeiter – tatsächlich anfangs keine Arbeiterinnen – zusammenschlossen. In der Regel waren dies Chöre, denn teure Instrumente und teurer Instrumentalunterricht waren den armen Schichten verschlossen, während die eigene Stimme kostenlos zur Verfügung stand. Diese Arbeitergesangsvereine standen in ausdrücklicher Konkurrenz zu den bürgerlichen Liedertafeln, die im Laufe des 19. Jahrhunderts Sinnbild für das deutsche Vereinswesen wurden. Die bürgerlichen Vereine traten oft als abgeschottete Klassenzusammenschlüsse auf, die Arbeiter in ihren Reihen nicht zuließen. In der Zeit des Sozialistengesetzes (1878 – 1890) spielten die proletarischen Gesangsvereine eine weitere wichtige Rolle, da sie sich als Tarnvereine für die verbotene außerparlamentarische Aktivität der Sozialdemokratie bewähren mussten. Kurz vor der Verabschiedung des Gesetzes, schon in einem allgemein gegenüber der Sozialdemokratie feindlichen Klima, gründete sich 1877 der »Erste Deutsche Arbeiter-Sängerbund« in Gotha als erster reichsweiter Zusammenschluss der Gesangsvereine. Später entstand als Nachfolgerin die »Liedergemeinschaft der deutschen Arbeitergesangsvereine«, aus der 1908 der »Deutsche Arbeiter-Sängerbund« (DAS) hervorging. Dieser wurde schließlich 1933, kurz nach der Machtübertragung auf die Nazis, aufgelöst.

Diese Gründungen hatten zu einem großen Teil die vordergründige Funktion, Geselligkeit zu vermitteln. Gerade im Arbeiteralltag, der durch überlange Arbeitstage und kurze Erholungsphasen in viel zu kleinen Wohnungen geprägt war, spielte die Möglichkeit, regelmäßig aus dieser Enge auszubrechen, eine nicht zu unterschätzende Rolle. Dennoch kann auch der politische Ansatz nicht missachtet werden. Der österreichische Komponist Hanns Eisler beispielsweise hob, aufbauend auf schon aufgestellte Theorien über Kultur und Kapitalismus von Richard Wagner bis Franz Mehring, immer wieder die Wichtigkeit hervor, sich mit revolutionärer Kunst zu beschäftigen. Hintergrund war eine Kulturtheorie, die sich mit dem Marx'schen Geschichtsbild deckte: Die Arbeiterklasse müsse die Werke der bürgerlich-revolutionären Kunstschaffenden studieren und beherrschen. Deren Werke waren Ausdrucksmittel der Emanzipation des Bürgertums und bereiteten die Revolutionen des späten 18. und 19. Jahrhunderts vor. Die Kenntnis der bürgerlichen Kompositionen sei daher die Bedingung zur Herausbildung einer eigenen Kultur, die ebenso politisch wirken könne. Entsprechend erfreute sich etwa Georg Friedrich Händel über Jahrzehnte in den Chören größter Beliebtheit. Seine Werke entsprachen den Idealen eines aufstrebenden Bürgertums, und im Gegensatz zu den Stücken Beethovens waren sie auch noch recht schnell für musisch nicht vorgebildete Menschen zu erlernen. Neben diesen bürgerlichen Komponisten nahmen natürlich auch die Volkslieder als künstlerischer Ausdruck der Massen einen herausragenden Stellenwert in den Programmen der Arbeiterchöre ein. Die bekannten »Kampflieder«, die wir heute mit Arbeitermusik verbinden, folgten erst später.

Über Jahrzehnte bestand die Tätigkeit der Arbeiterchöre darin, in geselliger Runde Volkslieder und leichte Stücke der Kunstmusik zu singen. Ab und zu gab es einen Auftritt bei einer Gewerkschafts- oder Parteiversammlung. Daneben traf man sich zu gemeinsamen Ausflügen und Kneipenabenden. Die Arbeiterchöre stellten vor allem eine Alternative zu den bürgerlichen Liedertafeln dar, die zwar weitaus mehr Mitglieder vorweisen konnten, in einigen Fällen aber eine rigide Mitgliedschaftspolitik hatten und keine Arbeiterinnen und Arbeiter zuließen. Viel geändert hatte sich zwischen dem späten 19. Jahrhundert und den 1920er Jahren in den Arbeitermusikvereinen nicht. Erst mit Aufkommen unzähliger neuer Möglichkeiten zur Freizeitgestaltung nach dem Ersten Weltkrieg gerieten die traditionellen Arbeitermusikvereine in eine Krise – ohne es zu merken. Die merklich überalterten Männerchöre taten nach wie vor das, was sie schon um 1900 getan hatten: Sie besangen den Wald, die Wiesen und die Heimat und tranken hinterher ein Bier im eingeschweißten Kreis. Auf der anderen Seite wuchsen in den Städten zahlreiche Möglichkeiten, die Freizeit anders zu gestalten. Die neuen Tanzorchester der Cabarets, das

Kino und preiswertes Theater waren für die proletarische Jugend weitaus attraktiver als die Altherrenvereine der Arbeitermusik. Daneben schafften es die Arbeiterchöre kaum, eine befriedigende Antwort auf die nach der Novemberrevolution und dem Ungewohnten der Demokratie entstandene neue Politisierung der Gesellschaft zu finden und in einem aktiven und interventionistischen Sinne einen Beitrag zu einer progressiven politischen Entwicklung zu leisten.

Die Spaltungstendenzen zwischen Kommunisten und Sozialdemokraten, die die Arbeiterbewegung der Weimarer Republik maßgeblich prägte, ließen auch die Arbeitermusik nicht aus. Hier wirkte sich verstärkend aus, dass die traditionelle sozialdemokratische Arbeitermusik um den DAS den Anschluss an die kulturelle Entwicklung und die Bedürfnisse der Menschen verpasst hatte. Der »Sozialistische Arbeiter-Sängerbund« – eine der Abspaltungen aus den 1920er Jahren – fasste dementsprechend die Notwendigkeit seiner Gründung folgendermaßen zusammen: »Der alte Arbeitersängerbund hat das historische Verdienst, die Arbeitersänger in einigen Jahrzehnten langsam von den bürgerlichen Gesangsvereinen losgelöst und in den Arbeitergesangsvereinen gesammelt zu haben. Damit sah der Arbeitersängerbund seine Aufgabe aber auch für erledigt an.« Selbiger Verband isolierte sich jedoch umgehend durch seine Programmgestaltung: Kampflieder lehnte er ab, da diese von bürgerlichen Komponisten verfasst wurden. Die Aufgabe der Arbeitermusik sah er in der Pflege und Weiterentwicklung »echter« Musik aus dem »Volk«, also Volksliedern. Insofern füllte die nach unzähligen Abspaltungen 1931 gegründete kommunistische »Kampfgemeinschaft der Arbeitersänger« (KdA) nicht nur eine politische, sondern auch eine kulturelle Lücke.

Litt der DAS unter seiner Überalterung und der Erkenntnis, kaum noch politische und gesellschaftliche Wirkung zu haben, so sprach die KdA deutlich mehr junge Menschen an und konnte ihnen ein attraktives Angebot machen. Statt der traditionellen Volkslieder entstanden nun neue Kompositionen – die heute bekannten »Kampflieder«. Hanns Eisler und andere kombinierten die modernen Stilmittel der Jazz-Orchester aus den Varieté-Theatern mit politischen Texten. Daneben entstanden zahlreiche einfach zu singende und aufrüttelnde Lieder, die so gar nichts mehr mit der traditionellen Programmatik der sozialdemokratischen Männergesangsvereine zu tun hatten – Lieder, die heute unsere Wahrnehmung von Arbeitermusik prägen. Darbietungen erfolgten nicht mehr in Vereinszimmern und vor Parteiversammlungen, sondern mitten im Leben: auf den Hinterhöfen und Straßen der Städte, oftmals kombiniert mit Straßentheatergruppen.

Die KdA blieb im Vergleich zum DAS trotzdem verschwindend klein, 4 000 Mitglieder standen den über 200 000 des DAS gegenüber. Trotzdem entwickelte die KdA eine immense Aktivität und Außenwirkung und sprach die Menschen, die nicht in politischen Gruppen organisiert waren, letztlich erfolgreicher an, als es die sozialdemokratischen Sängerinnen und Sänger taten.

In der Zeit der Weimarer Republik war Arbeitermusik nicht nur zwischen den Polen kommunistisch und sozialdemokratisch geteilt. Ein herausragendes Beispiel für eine parteiunabhängige Orientierung liefert ein Chor aus Berlin-Neukölln, der unter der Leitung des heute fast völlig vergessenen, aber seinerzeit bedeutenden Musikpädagogen Rosebery d'Arguto stand. Die nach ihm benannte Gesangsgemeinschaft positionierte sich weder explizit sozialdemokratisch noch kommunistisch, wohl aber politisch eindeutig links. Statt der immer gleichen Heimatlieder komponierte d'Arguto, der selbst zeitweilig SPD-Mitglied war, viele eigene Werke und erreichte mit diesen Hunderte Menschen, vor allem Arbeiterkinder. D'Arguto schuf mit seinen großen Vokalwerken ein Gemeinschaftserleben, das sich von den zeitgenössischen Grabenkämpfen der Linken abhob. Die Neuköllner Gesangsgemeinschaft bot dabei einen politisch-künstlerischen Raum, der Menschen ansprach und sie bei ihren Bedürfnissen abholte. Arbeiterkinder, denen die teure musische Ausbildung verwehrt blieb, konnten so ihre Kreativität ausleben und gleichzeitig in der Gemeinschaft ein Klassenbewusstsein ausbilden. D'Arguto hatte mit seinem Konzept Erfolge, wie sie kein anderer der Arbeiterchöre vorweisen konnte. Selbst in der bürgerlichen Presse äußerte man sich anerkennend über die Arbeit des Musikpädagogen und die Leistungen seiner Gesangsgemeinschaft. Leider war diese breitenwirksame Arbeit und die Praxis, die Menschen mit ihren Bedürfnissen anzusprechen, sehr selten anzutreffen. Es dominierten noch immer Arbeiterchöre, die sich vielerorts zu kulturell konservativen Heimatvereinen entwickelt hatten.

Politisierung bedeutete bei den Arbeiterchören vor allem, eine Vorfeldorganisation der SPD zu sein. Das große Hannoveraner Sängerfest von 1928 bildete diese Tendenzen ab: Die anwesenden 44 000 Arbeitersänger bildeten die Kulisse für Auftritte von SPD-Politikern, darunter Gustav Noske, die das Fest zu einem parteipolitischen Großereignis machten. Die kommunistische »Welt am Abend« schlussfolgerte, dass man das Fest auch für ein bürgerlich-republikanisches hätte halten können. Die Folge solcher Entwicklungen war ein spürbarer Rückgang

der Mitgliederzahlen in der Zeit der Weimarer Republik und die Erkenntnis, dass die erhoffte Herausbildung einer hegemonial wirkenden Arbeiterkultur ausblieb.

Die Machtübergabe an die NSDAP stellte auch für die Arbeitermusik einen tiefen Einschnitt dar. Die Spaltungen in der Arbeiterbewegung, die sich in den Musikvereinen fortsetzten, schlugen sich dabei in einer zweigeteilten Reaktion der neuen Machthaber nieder: Die zahlreichen Vereine, die im sozialdemokratischen DAS organisiert waren, wurden in der Regel »gleichgeschaltet«, das heißt, in die NS-Organisationen integriert. Dies lief nicht immer problemlos ab, in einigen Regionen wurden die Vereine von den örtlichen Behörden verboten, in anderen konnten sie relativ ungestört eine Zeit lang weiterarbeiten. In einigen Fällen wurde die »Gleichschaltung« auch mit Hilfe von Terror durchgesetzt, in anderen lief sie ohne größeren Widerstand ab. Mit voller Härte traf es jedoch die zahlenmäßig deutlich geringeren kommunistischen Vereine, die sofort verboten und deren Mitglieder zum Teil verhaftet wurden. Eine »Gleichschaltung« dieser Vereine stand nicht zur Debatte.

Viele ehemals sozialdemokratische Vereine konnten relativ problemlos in die NS-Organisationen eingebunden werden, was als Zeichen für ihre starke Entpolitisierung schon vor 1933 gedeutet werden kann. Natürlich blieb auch ein großer Teil der sozialdemokratischen Sänger oppositionell. Arbeitergesangsvereine, die formal »gleichgeschaltet« waren, dienten oftmals als Tarnorganisationen für Parteiversammlungen. So wurden beispielsweise Zusammenkünfte der illegalen SPD als harmlose Konzerte getarnt, das Hauptereignis eines solchen Konzerts war dann das, was auf den Programm- und Einladungszetteln harmlos als »geselliges Beisammensein« angekündigt wurde. Zahlreich vorhandene Protokolle von Gestapo-Spitzeln geben eindrucksvoll Auskunft darüber, wie schwierig es aufgrund der festen Strukturen in den Vereinen für die Spione war, in diese Tarnversammlungen hineinzukommen. Bedeutendes Beispiel für solch eine Oppositionsarbeit waren die »Berliner Liederfreunde«, die immer wieder Konzerte, aber auch Freizeitveranstaltungen als getarnte Parteizusammenkünfte durchführten.

Das Scheitern der Arbeitermusikbewegung im Nationalsozialismus hatte zwar seinen ersichtlichen Grund darin, dass die Vereine »gleichgeschaltet« oder verboten wurden, der Niedergang war aber durch die verpassten Gelegenheiten zur Erneuerung schon verursacht. Auch der Einschnitt durch den Krieg, der fast allen Vereinen die Tenöre, Bässe und Baritonstimmen und natürlich auch die notwendigen Mitgliedsbeiträge nahm, war nicht konstituierend für das Scheitern der proletarischen Musik. Das Scheitern begann früher, nämlich bereits in der Weimarer Republik. Der Grund war die fehlende Bereitschaft, sich auf neue Gegebenheiten einzurichten und damit hegemonial wirken zu können. Die Arbeitersänger verpassten den Anschluss an die Tanzorchester und Schlagermusik dieser Zeit, später schuf dann der Nationalsozialismus eine betäubende Massenkultur, die einen Großteil der Menschen sowohl ansprach als auch ideologisch vereinnahmte und konditionierte. Die linken Kulturkonzepte waren dieser Konkurrenz nicht gewachsen.

Konzepte kultureller Hegemonie, wie sie Gramsci in Italien entwickelte, wurden von den Arbeitersängern nicht bewusst rezipiert. Die Arbeitermusikbewegung als Teil der proletarischen Bildungsarbeit entwickelte mit der Zeit immer stärker theoriefeindliche Ansätze und beschränkte sich mehr und mehr auf die Pflege persönlicher Kontakte und – genau wie es bürgerliche Liedertafeln schon lange taten – als Orte der Geselligkeit. Die Orientierung am Fortbestand der eigenen Organisation stand dabei im Vordergrund und verhinderte neue Ansätze, die zum langfristigen Überleben notwendig gewesen wären. Solche Ansätze wären eine tiefere Beschäftigung mit den alltäglichen Sorgen der Menschen gewesen, das Aufgreifen neuer künstlerischer Stilmittel zur erfolgreichen Ansprache einer neuen Generation oder die Aufgabe der Rolle einer reinen Vorfeldorganisation für die SPD.

In der Gegenwart ist es ähnlich. Kritisches Denken ist zwar in der Hochkultur anzutreffen – selbst große Opern- und Theaterhäuser spielen Werke linker Künstlerinnen und Künstler –, im Bereich der populären Breitenkultur sind linke Ansätze hingegen noch lange nicht mehrheitsfähig. Franz Dröge und Michael Müller machten bereits Parallelen zwischen der Massenkultur des Nationalsozialismus und der Nachkriegskultur der Bundesrepublik aus. Genau diese indirekten Kontinuitäten zur magnetisch wirkenden Massenkultur des Nationalsozialismus machen es auch heute noch schwierig, Konzepte einer politischen linken Kultur durchzusetzen. Beispiele solcher Erscheinungen sind etwa die auf den Schein einer nivellierten Volksgemeinschaft abzielende durchkommerzialisierte volkstümliche Musik oder die kapitalistische Riten des sozialdarwinistischen Überlebenskampfes feiernde heutige Mehrheit der kommerziellen Hip-Hop-Kultur.

Die Westberliner Band »Ton Steine Scherben« versuchte in den 1970er Jahren, an Konzepte der Arbeitermusik anzuknüpfen. Alltägliche Probleme, Wohnungsnot, hohe Fahrkartenpreise oder Polizeigewalt, wurden in eingängige Arrangements gekleidet, die das Mitsingen einfach machten. Die Gruppe um Rio Reiser war dabei mäßig

erfolgreich, und blieb aber in einer linken Subkultur stecken. Heute werden die Songs vorwiegend als Ritus eines traditionslinken Verhaltens gepflegt und fungieren lediglich als Ausdruck einer Gruppenzugehörigkeit. Diese letztlich leblose Traditions-Folklore ohne Option einer Erneuerung erinnert dabei fatal an die Arbeitermusik der Weimarer Zeit.

Literatur

- Andert, Peter; d'Arguto, Rosebery: Versuche zur Erneuerung des proletarischen Chorgesangs, in: Kändler, Klaus; Karolewski, Helga; Siebert, Ilse (Hrsg.): Berliner Begegnungen; Ausländische Künstler in Berlin 1918 bis 1933, Berlin (DDR) 1987, S. 340-345.
- Dröge, Franz; Müller, Michael: Die Macht der Schönheit – Avantgarde und Faschismus oder die Geburt der Massenkultur, Hamburg 1995.
- Klenke, Dietmar; Lilje, Peter; Walter, Franz: Arbeitersänger und Volksbühnen in der Weimarer Republik, Bonn 1992.
- Lammel, Inge: Arbeiterlied – Arbeitergesang. Hundert Jahre Arbeitermusik in Deutschland, Aufsätze und Vorträge aus 40 Jahren 1959 – 1998, Teetz 2002.

Geschichte und Rezeption der Kritischen Theorie

Den Ausgangspunkt der Kritischen Theorie der Frankfurter Schule stellte die »Marxistische Arbeitswoche« im Mai 1923 dar. Dort referierten Karl Korsch und Georg Lukacs, die im selben Jahr zwei der wichtigsten Veröffentlichungen des westlichen Marxismus vorgelegt hatten. Die zwei Schriften waren ein Angriff auf den Objektivismus der Zweiten Internationale, sie konstatierten implizit eine Krise des Marxismus und setzten auf die revolutionäre Praxis des Proletariats in einer Zeit, wo sich der sowjetische, real existierende Sozialismus »in einem Land« konsolidieren sollte. Die Marxistische Arbeitswoche von Arnstadt in Thüringen stellt das erste Theorie-Seminar des Frankfurter Instituts für Sozialforschung dar. Dieses war unter Felix Weil im Februar 1923 gegründet worden und betrachtete sich als Forschungsinstitut, das auf die brennenden Fragen der Arbeiterbewegung und auf Theoriefragen des wissenschaftlichen Marxismus Antworten geben sollte. Die meisten der Mitarbeiter des Instituts waren Mitglieder oder Sympathisanten der KPD. Obwohl der ab 1930 mit der Institutsleitung betraute Max Horkheimer darauf achtete, wissenschaftlich-akademischen Ansprüchen gerecht zu werden, legte er mit seiner Unterscheidung in kritische und traditionelle Theorie eine theoretische Ortsbestimmung des kritischen Intellektuellen vor. Die Situation des Proletariats bilde in der kapitalistischen Gesellschaft keine Garantie der richtigen Erkenntnis, dennoch und gerade deshalb existiere eine »Spannung zwischen dem Theoretiker und der Klasse, der sein Denken gilt«. Seine Kritik müsse aggressiv »nicht nur gegenüber den bewußten Apologeten des Bestehenden, sondern ebenso sehr gegenüber ablenkenden, konformistischen oder utopistischen Tendenzen in den eigenen Reihen« sein.

Anfang der 1930er Jahre öffnete sich das Institut der Sozialpsychologie und der Psychoanalyse von Sigmund Freud. Besonders der Linksfreudianer Erich Fromm spielte hier eine entscheidende Rolle, weil er neben Wilhelm Reich und Siegfried Bernfeld an einer Kombination von Marxistischer Gesellschaftskritik und Freudscher Trieblehre arbeitete. Die frühen Studien von Erich Fromm zu den »Arbeitern und Angestellten am Vorabend des Dritten Reichs« stehen in dieser Tradition und führten zur Entdeckung der »autoritären Persönlichkeit« bzw. des »autoritären Charakters«, den der Parteikommunismus mehr förderte als bekämpfte.

Die Kritische Theorie war Teil des sogenannten westlichen Marxismus. Dieser entstand in einer spezifischen historischen Zeit und hatte für die revolutionäre Bewegung nachhaltige Folgen: Er war eine Provokation und Herausforderung für den orthodoxen Marxismus, der sich zur Legitimationswissenschaft für die UdSSR entwickelte.

Die Situation in den 1920er und 1930er Jahren zwang nicht wenige revolutionäre Theoretiker, den Marxismus neu zu überdenken: 1914/1918 war eine doppelte Niederlage. Die Arbeiterbewegung versagte angesichts des Ersten Weltkrieges, integrierte sich mittels »Heiliger Allianzen« und Patriotismus in den kriegführenden Staat und die Rätebewegung nach dem Krieg zersetzte sich rasch von innen heraus und wurde blutig zerschlagen. Eine Minderheit in der kommunistischen Bewegung begann früh, in der Sowjetunion eine staatskapitalistische Despotie zu erblicken. Die II. wie III. Internationale, der Parteimarxismus und der sowjetische Staatsmarxismus waren auf der Seite der rationalisierten, verwalteten Welt angekommen. Kritische Theorie legte sich so mit den Organen der Arbeiterbewegung an (Parteien, Gewerkschaften), die die Arbeiterklasse nur weiter in die kapitalistischen Verhältnisse verstrickt hatten. In dem Sinn ist die Kritische Theorie keine Revolutionstheorie, sondern eine Theorie, die auf das Scheitern der Revolution reflektierte. Sie bleibt mit der beherrschten Klasse verbunden, allerdings in kritischem Abstand zu ihr. An einem zentralen Text Adornos zu dieser Frage lässt sich das zeigen: »Reflexionen zur Klassentheorie« von 1942.

Interessant ist dieser Text, weil er in einer Zeit geschrieben wurde, in dem der Klassenkampf als gescheitert betrachtet wurde. Trotz Faschismus zeigte Adorno auf, dass das Festhalten am Klassen-Begriff notwendig sei, weil »sein Grund, die Teilung der Gesellschaft in Ausbeuter und Ausgebeutete, nicht bloß ungemindert fortbesteht, sondern an Zwang und Festigkeit zunimmt.« Gleichwohl wird aber auch eingeräumt, dass die Klasse sich nicht mehr als solche erfahre: »Der unermessliche Druck der Herrschaft hat die Massen so dissoziiert, dass noch die negative Einheit des Unterdrücktseins zerrissen wird, die im neunzehnten Jahrhundert sie zur Klasse macht. Dafür werden sie unmittelbar beschlagnahmt von der Einheit des Systems, das es ihnen antut. Die Klassenherrschaft schickt sich an, die anonyme, objektive Form der Klasse zu überleben.« Außerdem sei die Gesellschaft der

1940er Jahre eine »klassenlose Gesellschaft der Autofahrer, Kinobesucher und Volksgenossen«. Adorno kennzeichnete den Kapitalismus dieser Zeit als krisenfreien, vom Monopol gesteuerten Kapitalismus, der den Liberalismus, den Markt und die Zirkulation restlos liquidiert hätte. Er folgte darin dem Ökonomen des Frankfurter Instituts Friedrich Pollock, der ebenfalls von einem krisenfreien Planstaat ausging. Empirische Untersuchungen des Faschismus, wie die des weniger beachteten Franz Neumann, kamen jedoch zu einem vollkommen anderem Ergebnis: Die Zirkulationssphäre und die Marktmechanismen seien keineswegs liquidiert, von einer Krisenfreiheit des Monopolkapitalismus könne keine Rede sein. Dennoch hat diese falsche Vorstellung einer dem Kapitalismus, den man sich idealtypisch als Liberalismus vorstellt, entfleuchten neuen Ordnung Auswirkungen auf die Klassentheorie.

Adorno meinte, dass der »gesellschaftlich-totale(n) Aspekt des Kapitals« dem Proletariat »die Möglichkeit zur Klassenbildung objektiv versperrt«. Warum? Weil der »freie Markt« suspendiert sei, der aber – soviel räumte Adorno ein – »für die Arbeiter immer schon Lüge war«.

Mit dem Liberalismus und dem Markt verschwindet für Adorno also auch die Klasse. Er behauptet, dass sich der Klassenbegriff ohnehin am »Modell der Bourgeoisie gebildet« hätte, denn diese sei »als anonyme Einheit der Eigentümer von Produktionsmitteln und ihres Anhangs, die Klasse schlechthin.« In dem Maße, wie unter der Herrschaft des Monopolkapitals diese Klasse sich in Gangs auflöse, würde sich auch die proletarische Klasse in Gangs auflösen: »Nach dem Bilde der manifesten Usurpation, die von den einträchtigen Führern von Kapital und Arbeit heute verübt wird, ist [...] (die Geschichte) die Geschichte von Bandenkämpfen, Gangs und Rackets.«

Die ganze Unentschiedenheit Adornos bezüglich des Klassenbegriffs fasst sich in dem Satz zusammen: »In solcher Abschaffung der Klassen kommt die Klassenherrschaft zu sich selber.« Haben sich die Klassen (sowohl die Bourgeoisie als auch die Arbeiter) schon längst in Rackets und Gangs verwandelt, wie Adorno behauptet, so will er dennoch am Klassenbegriff festhalten. Doch was rechtfertigt noch das Festhalten am Klassenbegriff angesichts einer solchen Prognose? Von Klasse solle gesprochen werden, weil nach wie vor Herrschaft existiere, so lautete Adornos Antwort. Wenn Adorno gegen die »verlogene Leugnung der Klassen« durch die bürgerliche Soziologie polemisierte, dann wollte er nur festgehalten wissen, dass nach wie vor Herrschaft bestehe.

In späteren Schriften zeigte sich Adorno wiederum klassenkämpferischer, so schrieb er in dem Aufsatz »Gesellschaft« von 1965: »Auch subjektiv ist das Klassenverhältnis nicht so durchaus beseitigt, wie es der herrschenden Ideologie gefiele. Die jüngste empirische Sozialforschung vermag wesentliche Differenzen von Grundanschauungen der nach größten statistischen Merkmalen als Oberklasse und Unterklasse Bezeichneten herauszuarbeiten. Die minder illusionären, minder »idealistischen« sind die der Unterklasse. Das werfen dieser die happy few als Materialismus vor. Die Arbeiter sehen nach wie vor die Gesellschaft als gespalten nach oben und unten. Bekannt ist, daß der formalen Gleichheit der Bildungschancen keineswegs etwa der Anteil der Arbeiterkinder an der Studentenschaft entspricht. Subjektiv verschleiert, wächst objektiv der Klassenunterschied vermöge der unaufhaltsam fortschreitenden Konzentration des Kapitals an. Real wirkt er in die Existenz der einzelnen Menschen entscheidend hinein; sonst allerdings wäre der Klassenbegriff ein Fetisch.«

Die Kritische Theorie war eine der wichtigsten Erneuerungen des Marxismus. Sie hatte eine solche Schlagkraft, dass die alten Texte aus den 1930er und 1940er Jahren von den Radikalen in den 1960er Jahren wiederentdeckt wurden. Im sogenannten Positivismusstreit und auf dem Soziologentag 1961 zeigte sich Adorno als unversöhnlicher Theoretiker. Er war die radikal kritische Stimme im universitären Betrieb, der dagegen protestierte, dass Wissenschaft lediglich ein Werkzeug zur Verwaltung einer verkehrten Welt und nicht gleichzeitig zu deren Kritik sein soll. Doch 1968 zeigte sich auch die historische Beschränktheit der Kritischen Theorie.

'68 war eine weltweite antikapitalistische Revolte, die in der Bundesrepublik unmittelbar mit der Kritischen Theorie verbunden war, aber sich *als Revolte* von ihr lösen musste, die Theorie überschreiten musste. Der Konflikt zwischen Revolte und Kritischer Theorie lässt sich nicht bloß an der hinreichend erzählten Geschichte der Besetzung des »Instituts für Sozialforschung« durch SDS-Studenten und der von Adorno angeordneten Räumung illustrieren. Er ging tiefer.

Zum einen hatten die kritischen Theoretiker selbst eine Veränderung durchgemacht. Nach dem Krieg bekam das Institut, das sich wiederum in Frankfurt ansiedelte, trotz der scharfen Kritik an den restaurativen Tendenzen in der Bundesrepublik eine systemstabilisierende Funktion. Das Institut integrierte sich in den Kultur- und Universitätsbetrieb und verschrieb sich nicht mehr der fundamentalen Kritik, sondern der Korrektur und Reform.

Zum anderen zeigte sich in einer Zeit der Debatte über Möglichkeiten und Bedingungen der Revolution eine Theorie als hinfällig, die gerade die im Westen ausgebliebene und im Osten pervertierte Revolution kritisch reflektieren und den Geschichtsoptimismus des traditionellen Marxismus überwinden wollte, sich aber bloß in Pessimismus verkehrte und die Möglichkeit verändernder Praxis zunehmend bestritt. Die Faschismuserfahrung kann für die Kritische Theorie und besonders für Adorno und Horkheimer nicht hoch genug eingeschätzt werden. Gerade das Bewusstsein vom Schrecken der Konzentrationslager machen den ungeheuer genauen und sensiblen Blick der Kritischen Theorie aus. Allerdings ist auch festzuhalten, dass »die Erfahrung des Faschismus auch Erkenntnisgrenzen gesetzt hat«, wie Hans-Jürgen Krahl, militanter SDS-Theoretiker, treffend bemerkte. Das gesamte Dilemma des hilflosen Antifaschismus, der die bürgerliche Gesellschaft gegenüber ihrer barbarischen faschistischen Brut retten will, kommt in der späten Kritischen Theorie zum Ausdruck. Revolutionäre Spontaneität erinnerte die Frankfurter an die konterrevolutionär entstellte pseudorevolutionäre Spontaneität, die der Faschismus zu Herrschaftszwecken spektakulär inszenierte. Die Verbundenheit der Revolt-ProtagonistInnen mit der »Frankfurter Schule«, deren frühe Texte sie in Raubdrucken wiederauflegten, und gleichzeitig die Beschränktheit der Theorie angesichts der Revolte brachte der Parlamentarismuskritiker Johannes Agnoli folgendermaßen auf den Punkt: »Die bürgerliche Gesellschaft möchte gern die unbotmäßig gewordene Jugend in die Schule zurückschicken, die die Unbotmäßigkeit propagierte. Denn die Lehrer, die zur Transzendierung des Bestehenden aufriefen, raten jetzt dringend zur Immanztreue.«

Jürgen Habermas bekannter Anwurf, die revoltierenden Studenten betreiben einen »Linksfaschismus« ist keineswegs weit von Adornos und Horkheimers Ängsten entfernt. Denn, so Krahl, »Adornos gesellschaftstheoretische Einsichten, derzufolge das Nachleben des Nationalsozialismus in der Demokratie als potentiell bedrohlicher denn das Nachleben faschistischer Tendenzen gegen die Demokratie anzusehen sei, ließ seine progressive Furcht vor einer faschistischen Stabilisierung des restaurierten Monopolkapitalismus in regressive Angst vor den Formen praktischen Widerstands gegen diese Tendenzen des Systems umschlagen.«

Die praktischen Auswirkungen der Kritischen Theorie waren 1968 radikaler als ihre Protagonisten. Die Kritische Theorie hatte auf die Studierenden enorm mobilisierende Kraft. Adorno hat, so Krahl weiter, etwas vermittelt, »das für die Studentenbewegung (...) geradezu umgekehrt nicht resignations- sondern aktionskonstitutiv war: eine Ohnmachtserfahrung gegenüber den technologisierten und bürokratischen Institutionen und Administrationen der spätkapitalistischen Welt«.

Rudolf W. Müller urteilte, dass die »Vorstellung vom übermächtigen Staatsmoloch ebenso wie die vom übergreifenden Verblendungszusammenhang bzw. der totalen Manipulation ›durch Kultur- und Bewußtseinsindustrie und durch Meinungsmonopole‹ (...) bekanntlich für die unter westdeutschen Studenten und Oberschülern entstandene neue linke Bewegung von großer bewußtseinsbestimmender Bedeutung gewesen und hier immerhin teilweise praktisch widerlegt worden (sind)« – zum Beispiel in der Springerkampagne 1967/68 und in den Einsichten in die Grenzen der Manipulation der Arbeiter.

Gerade die Schriften aus den 1930er und 1940er Jahren erfreuten sich großer Beliebtheit bei den lesenden Teilen der Revoltierenden, die ihr Revoltebedürfnis theoretisch ausweisen wollten. Hier fanden sich besonders in Horkheimers »Autoritärer Staat« und »Die Juden und Europa« radikale Überlegungen über den Zusammenhang von Faschismus und Kapitalismus: »Wer vom Kapitalismus nicht reden will ...«. Diese Schriften halfen, den Faschismus theoretisch einzuordnen, ihn nicht aus der Geschichte des Kapitalismus zu eskamotieren, sondern die notwendigen Zusammenhänge zu rekonstruieren (auch wenn damit das Problem eines inflationären Faschismus-Begriffs verbunden war).

Die Proteste der Studierenden lagen noch voll auf der Linie ihrer Frankfurter Lehrer, als sich im Protest lediglich die »Trauer um den Tod des bürgerlichen Individuums« (Krahl) ausdrückte. Die Gesellschaft des bundesrepublikanischen »Spätkapitalismus« zeichnete sich dadurch aus, über die »konzertierte Aktion« die im Nationalsozialismus zur Volksgemeinschafts-Ideologie radikalisierte und in den Streiks der 1950er Jahre angekratzte Sozialpartnerschaft zu zementieren und gleichsam zu modernisieren. Als »formierte Gesellschaft« spielte in der keynesianischen Phase der Staat eine zentrale Rolle. In vielerlei Hinsicht vollzog sich unter den Augen der protestierenden Studentinnen und Studenten eine Entwicklung, in der das Subjekt immer mehr zur verplanten und administrativ verwalteten Einheit wurde. Gegen diesen Verstoß, gegen die idealistische, bürgerliche Vorstellung von der Autonomie des Individuums richtete sich der Protest, der damit gleichsam eine Revolte gegen die Präsenz des Faschismus war, der diese Formierungsleistung mit bewerkstelligte.

Das Verdienst des SDS-Theoretikers Hans-Jürgen Krahl bleibt, einige Beschränkungen der Kritischen Theorie angegriffen zu haben. Seine Schriften von 1967 bis 1970 sind gleichsam ein Zeitfenster zwischen Radikalisierung/Überwindung der Kritischen Theorie und ihrer Verdrängung durch den Dogmatismus der ML-Gruppen. Krahl versuchte, die Phase der bürgerlichen, antiautoritären Proteste in eine der Organisation des Klassenkampfes zu überführen, ohne in den Leninismus abzugleiten.

Der SDS-Sprecher sah einen dringenden Bedarf, die Kritische Theorie zu überschreiten, da sie die kapitalistische Totalität in ihrer »klassenantagonistischen Dualität« nicht wirklich begreifen konnte: »Das bedeutet, mit der bürgerlichen Tradition des Deutschen Idealismus teilt die Kritische Theorie die Einsicht in den Totalitätsbegriff. Mit der proletarischen Tradition teilt sie die Materialisierung dieses Totalitätsbegriffs im Hinblick auf Warenproduktion und Tauschverkehr. Aber der praktische Klassenstandpunkt, um es einmal so verdinglicht zu sagen, ist nicht theoretisch konstitutiv in die Theorie eingegangen.«

Wichtig wurde für die militanten Lesenden 1968 die Lektüre der Marx'schen »Grundrisse« und des sogenannten Maschinenfragments, in dem von der Entwicklung eines General Intellekts die Rede ist. Sowohl Marcuse, der in der zunehmenden Automation eine tendenzielle Möglichkeit der Befreiung von der Arbeit sehen wollte, als auch der italienischen Operaismus betonten diese Marx'schen Passagen, ohne die Entwicklung der Produktivkräfte als solche optimistisch zu affirmieren.

»Von einer Verdummung des Proletariats, der den eigentlichen Arbeitsprozess nicht mehr begriffe, kann gar keine Rede sein. Die höchstgesteigerte Arbeitsteilung hat zwar den Arbeiter dem zusammengesetzten Endprodukt, wie es dem Handwerker vertraut war, immer ferner gerückt, zugleich aber die einzelnen Arbeitsvorgänge in ihrer Disqualifikation einander immer mehr angenähert, so dass, wer eines kann, virtuell alles kann und das Ganze versteht«, urteilt Adorno in »Reflexionen zur Klassentheorie«. Mit Marx könnte man dies radikalieren: »Die Entwicklung des capital fixe zeigt an, bis zu welchem Grade das allgemeine gesellschaftliche Wissen, knowledge, zur unmittelbaren Produktivkraft geworden ist und daher die Bedingungen des gesellschaftlichen Lebensprozesses selbst unter die Kontrolle des general intellect gekommen und ihm gemäß umgeschaffen sind.« Bei Marx eröffnet sich hier die Möglichkeit der frei verfügbaren Zeit und der Entwicklung eines Reichtumsbegriffs jenseits des Werts, des Reichs der notwendigen Arbeit und der Arbeitszeit. Der Ausbeutungscharakter des Kapitalverhältnisses tritt deutlich zutage. So urteilte Hans-Jürgen Krahl, »dass die konkrete Reflexion auf Wissenschaft als Produktivkraft, auf die Veränderung des Verhältnisses von geistiger und körperlicher Arbeit, etwa im Rahmen der lohnabhängigen Klasse« zu untersuchen sei.

Damals spielte Krahl auf den gestiegenen Bedarf nach Technikern und einer ausgebildeten Schicht der wissenschaftlichen Intelligenz für den Produktionsbereich an und gab einen positiven Ausblick: »gerade auf Grund der positivistischen Zerstreuung der Einzelwissenschaften kann geistige Arbeit sich sehr viel eher als ausgebeuteter Produzent erfassen, dem sein wissenschaftliches Produkt als fremde Macht gegenübertritt, und nicht im Grunde genommen als privilegierter Teilnehmer am Kulturprodukt«.

Doch genau dieser privilegierte Teilnehmer am Kulturprodukt, als der der Bürger des 19. Jahrhunderts fungierte, war für Adorno noch der Statthalter des Positiven; mit seinem Verschwinden blieb so auch nur noch Resignation: »Dem Künstler, den Adorno als Statthalter des gesamtgesellschaftlichen Subjekts begriff, traute er (...) die authentische Einsicht noch zu, wie auch ihm allein die Formulierung von Hoffnung«, wie mehrere Adorno-Schüler und -Schülerinnen nach dessen Tod in einer Erklärung »Kritische Theorie weiterführen« 1969 schrieben. Mit der Durchsetzung der Kulturindustrie, die Herrschaft, falsche (Ent)sublimierung und Tauschlogik gleichermaßen verkörpere, war für Adorno diese Hoffnung endgültig verschwunden.

Literatur

- Buckmiller, Michael: Die »Marxistische Arbeitswoche« 1923 und die Gründung des »Instituts für Sozialforschung«, in: Schmid Noerr, Gunzelin; van Reijen, Willem: Grand Hotel Abgrund. Eine Photobiographie der Kritischen Theorie, Hamburg 1988.
- Jay, Martin: Dialektische Phantasie, Die Geschichte der Frankfurter Schule und des Instituts für Sozialforschung, 1923 – 1950, Frankfurt am Main 1976.
- Krahl, Hans Jürgen: Konstitution und Klassenkampf. Zur historischen Dialektik von bürgerlicher Emanzipation und proletarischer Revolution, Frankfurt am Main 1971.

Linker Radikalismus und Geschichtspolitik. Ein Überblick

Im Jahr 1969 erschien als 13. Band der von Wolfgang Abendroth (Balzer, Bock, Schöler 2001; Heigl 2008) herausgegebenen »Marburger Abhandlungen zur politischen Wissenschaft« die von diesem betreute Dissertation von Hans Manfred Bock, »Syndikalismus und Linkskommunismus von 1918 und 1923« (Bock 1969/1993). Ein verdienstvolles Unterfangen, hatte doch sowohl das schon vorher auflebende Erkenntnisinteresse an der Revolution von 1918/19, als auch die Forschung über die Rätebewegung in den fünfziger und sechziger Jahren die daran beteiligten Linksradikalen, die Lenin in seiner Schrift »Der ›linke Radikalismus‹ – Die Kinderkrankheit im Kommunismus« (1920) in Bausch und Bogen verdammt hatte, entweder ignoriert oder diffamiert. Bock stellte seine Arbeit unter das Motto des KPD-Renegaten und Politikwissenschaftlers Arthur Rosenberg, der die linksradikale Neben- und Unterströmung in der deutschen Arbeiterbewegung als »Utopismus« der »besonders armen, verletzten und verbitterten Arbeiterschichten« bezeichnet hatte (Rosenberg 1961, S. 23 f.). Was Bock inhaltlich vorlegte, ist nichts weniger als eine fundierte Organisationssoziologie der Linkskommunisten und Syndikalisten während der Phase ihrer Massenmobilisierung. Die kaleidoskopartige Vielfalt des Linksradikalismus stellte er in den Kontext ihrer jeweiligen spezifischen, entweder anarchistischen oder marxistischen Theorieentwicklungen (vgl. auch Siegfried 2004). Unter dem Eindruck der Holländischen Marxistischen Schule hatten sich zunächst unter den aktiv-radikalen Sozialdemokraten während des Ersten Weltkriegs in Deutschland »alle konstitutiven Programmpunkte des Linkskommunismus« herausgeschält: »die Selbstbewußtseinsentwicklung des Proletariats in revolutionären Massenaktionen, die revolutionären Räte als Kampforgane, antibürokratische Kritik und die Ablehnung der Mitarbeit in den Parlamenten und in den etablierten Gewerkschaften (Bock 1988, S. 525). Dies sollte sich später auch als impulsgebend für die Ideenbildung der antiautoritären APO, insbesondere deren Bezugnahme auf die Rätekonzeption erweisen (vgl. z. B. Bock 1976; Allmendinger 2009). Dirk H. Müller gebührt das Verdienst, die versammlungsdemokratischen Praxisformen als Vorläufer des Rätesystems freigelegt zu haben. Zuvor war der Rätegedanke zumeist als sowjetrussischer Ideenimport abgetan worden (Müller 1985).

Von denen im Anschluss daran in den siebziger Jahren vorgelegten Arbeiten sind besonders die Untersuchungen des Historikers Erhard Lucas (1937 – 1993) zu nennen. Der spätere Professor der Universität Oldenburg hatte sich zunächst auf den Syndikalismus der Bergarbeiter in Duisburg bzw. Hamborn konzentriert, den er daraufhin mit dem spezifischen, eher parteiförmig artikulierten Radikalismus qualifizierter Facharbeiter in Remscheid verglich (Lucas 1971 u. 1976). Daneben ging er in einer dreibändigen, äußerst dichten Untersuchung dem Arbeiteraufstand gegen den profaschistischen Kapp-Putsch im März 1920 nach (Lucas 1970, 1974 u. 1978). Dabei gab er im Laufe der Jahre (1970 – 1978) seine wachsende Aversion gegen die von ihm als »Organisationshistoriker« und Hausgeschichtsschreiber der Arbeiterbewegung bezeichneten Wissenschaftler zu erkennen. Der Ärger fand eine Adresse bei dem politisch eher gemäßigten Politikwissenschaftler Bock. Dieser musste sich von seinem erbosten Kollegen vorwerfen lassen, er habe insgesamt einen abwertenden Standpunkt eingenommen und in seiner aktionsfeindlichen und formalisierenden Organisationsbezogenheit einen »öden Schematismus und hohle Arroganz« walten lassen (Lucas 1976, S. 261).

Lucas hingegen ließ sich von dem in Italien entwickelten operaistischen, erstmals für den historischen Arbeiterradikalismus in Deutschland von Karl Heinz Roth angewandten Theorieansatz leiten, in dessen Fokus das Gegensatzpaar Massenarbeiter – Facharbeiter steht (Roth 1977, S. 37 u. 83). Empirische Belege für das antagonistische Verhältnis eines qualifiziert-professionellen Spezialarbeiters, der einen höheren Grad von Identifizierung mit den Arbeitsabläufen sowie einen Produzentenstolz aufwies und eines undisziplinierten, ungleich aktionistischer eingestellten Massenarbeiters fanden Sozialwissenschaftler seiner Zeit im norditalienischen Automobilproduktionsstandort Turin. Dorthin waren süditalienische Immigranten mit agrarischem Hintergrund geströmt, die keine Berührungspunkte mit der traditionellen Arbeiterbewegung aufwiesen, die aber nichtsdestoweniger – oder gerade deswegen – äußerst militant vorgingen. In den revolutionären Streikbewegungen der Bergarbeiter des Ruhrgebiets erkannte Lucas Parallelen zu den gewaltförmigen Protesten der autonomistischen Jungarbeiter im damaligen Norditalien (Lucas 1977, S. 62). Schon aus »Mißtrauen gegenüber jeder Art von Sekundärliteratur« unternahm er intensive sozialstatistische Strukturanalysen, um den unqualifizierten bzw. semiquifizierten Massenarbeitertypus in Hamborn und den Facharbeitertypus in Remscheid vergleichend rekonstruieren zu können.

Von der These ausgehend, dass »Streiks nicht in den Betrieben, sondern in den Wohnungen der Arbeiter am Küchentisch entschieden werden« (Lucas 1977, S. 69), verknüpfte Lucas sozialanalytische Indikatoren wie Sexualverhalten und Kriminalität mit sozialpsychologischen und mentalitätsgeschichtlichen Fragestellungen. So ging er dem Heiratsverhalten der Arbeiterbevölkerung nach und stellte dabei in Hamborn eine Auflösung der traditionellen Frauenrolle fest. Die oft von Frauen ausgehenden militanten Aktionen in den Jahren zwischen 1917 und 1923, besonders die Lebensmittelkrawalle, führte er, neben einem gestiegenen weiblichen Selbstbewusstsein auf die durch die schlechten finanziellen Bedingungen und die Nachlässigkeit der Männer erzwungene »Abtreibungssolidarität« zurück. Aufschlussreich war auch die Auswertung der Kriminalstatistik, die Rückschlüsse auf eine zunehmende Verwischung der bürgerlichen Eigentumsbegriffe und eine signifikante Gewaltzunahme in den Wohnquartieren ermöglichte. Dabei richtete sich die Aggressivität in zunehmendem Maße gegen die Polizei (z. B. durch Gefangenbefreiungen). Andererseits waren die politischen Ziele der durch die Führer der Freien Gewerkschaften und Sozialdemokratie vertretenen Facharbeiter Remscheids ihrem Selbstverständnis entsprechend durchaus ebenfalls »revolutionär«. Sie richteten sich jedoch nach dem klassischen Muster der Arbeiterbewegung auf die Eroberung der Staatsgewalt. Die Forderungen der Hamborner Massenarbeiter konzentrierten sich demgegenüber auf die kurzfristige Erfüllung ökonomischer Forderungen. Die »Syndikalisten waren die ›animateurs‹ jener Großbelegschaften im Bergbau des westlichen Ruhrgebiets, die 1918/19 die große Streikbewegung entfaltet und in der Auseinandersetzung mit der Arbeitsgemeinschafts-Politik der Gewerkschaften politisiert worden waren; diese Belegschaften beteiligten sich führend an den Straßenschlachten gegen Freikorps und staatliche Polizei und beachteten dann während der ganzen Dauer des Aufstandes jederzeit die Möglichkeiten, die die Situation bot, vermieden jede abenteuerliche Einzelgängerei und brachen schließlich, als sie eine weitere Fortsetzung des Kampfes als aussichtslos betrachteten, die Bewegung außerordentlich diszipliniert ab« (Lucas 1976, S. 258).

An durch langwierige Aushandlungsprozesse von Gewerkschaften erstrittenen kompromissbedingten Teilerfolgen bestand jedenfalls nur wenig Interesse. Andererseits zeigten sich die Gewerkschaftsführer angesichts der exzessiven Forderungen bei gleichzeitig eskalierenden, direkten Aktionsformen nachhaltig schockiert. Vor diesem Hintergrund waren die Mobilisierungserfolge der syndikalistischen »Freien Vereinigung« in Hamborn oder anderer unionistischer Organisationen in Rheinland-Westfalen daher kein Zufall, deren Grenzen angesichts der politischen Konstellationen vielfach aber auch vorgezeichnet (Peterson 1993, S. 329 ff.). In Remscheid und anderswo behielten die gleichermaßen patriarchalischen wie egalitären Sozialbeziehungen die Oberhand – ebenso wie sich dort die politischen und gewerkschaftlichen Strukturen im Rahmen der alten »Verbände« bzw. der USPD und/oder der KPD stabilisierten.

Lucas hatte eine vergleichende Sozialgeschichte vorgelegt, die nicht moralisch argumentierte, sondern die realen Erfolge, Schwächen und Stärken beider Radikalismen bilanzierte. Dabei scheute er nicht vor politischen Urteilen zurück: Die Potentiale beider Formen des Arbeiterradikalismus hätten sich ergänzen und sich gegenseitig korrigieren müssen, um damit der Revolution zum Erfolg zu verhelfen. Dies sei 1919 eben nicht gelungen, wohl aber in der Märzrevolution von 1920, an der sich alle Arbeiterschichten beteiligten.

Bock hielt er dagegen vor, er hätte als Sozialdemokrat mit dem »Hamborner Arbeitertypus nichts anzufangen« gewusst und – statt zu bedenken, was »ein Arbeiter durch die Teilnahme an einer bewaffneten Aktion riskierte« – angesichts des aufständischen Arbeiterradikalismus, wie schon andere vor ihm, nachträglich nach der Polizei gerufen (Lucas 1976, S. 261). Der kritisierte Bock konterte Jahre später mit dem Hinweis, Lucas dosiere »die Wertschätzung der neueren wissenschaftlichen Literatur ganz offensichtlich [...] nach Maßgabe ihrer größeren oder geringeren Nähe zu seinem politischen Standpunkt«. Seine »politischen Zuordnungen« seien im Übrigen »genau so falsch, wie viele Etiketten, die in der älteren Literatur den Akteuren der Sozialbewegungen im Ruhrgebiet aufgeklebt wurden« (Bock 1989, S. 310). Zwar sei dieser mit »langem Atem, Detailbesessenheit und kritischem Blick« vorgegangen, doch wäre bei ihm nur wenig über die »Wechselwirkung von Sozialbewegung und Organisationsentwicklung« zu erfahren.

Als wenig innovativ kritisierte Bock dann die im folgenden Jahr im libertären Kramer-Verlag erschienene Dissertation von Angela Vogel, in der sie den für Deutschland spezifischen ideengeschichtlichen Referenzpunkten des Syndikalismus nachging (Vogel 1977). In die gleiche Kerbe hatte zuvor Peter Schöttler geschlagen: »Diese totalisierende und nur vordergründige mit Ideologiekritik versetzte Darstellung gerät schnell in das Dilemma der Apologie, da sie keinerlei realhistorisches ›Außen‹ kennt« (Schöttler 1986, S. 463). Diese herbe Kritik war sicher nicht ganz unberechtigt, doch sollte man den in der Untersuchung enthaltenen Erkenntnisgewinn nicht unterschlagen.

Vor dem Fall: Die Zeit der Sozialgeschichte

Für die Forschungsdiskussion waren die Erträge von Vogel unerheblich, zumal sich die politikwissenschaftliche Ideengeschichte seit Ende der siebziger Jahre ohnehin im Abschwung befand. Im wissenschaftlichen Trend der achtziger Jahre lagen eine entpolitisierte Arbeitergeschichte und vor allem die an Strukturen interessierte Sozialhistorie. Im Anschluss an Erhard Lucas impulsgebende Studie über den Arbeiterradikalismus entstanden eine Anzahl von Forschungsprojekten, in denen die organisationsstrukturellen und berufsspezifischen Grundlagen der frühen Erscheinungsformen des Syndikalismus (»Lokalismus«) nachgespürt wurde. Auf diese Weise entdeckte man in den lokalorganisierten Mauern in Berlin, den Schleifern in Solingen oder den Zimmerern in Magdeburg einen weiteren Arbeitertypus, den eigensinnigen »Handwerker-Sozialisten«. Eine wohl eher ironisch gemeinte Referenz an das operaistische bzw. an das in Deutschland aufkommende autonome Vokabular erwies die Studie von Rudolf Boch, die den Titel trug: »Handwerker-Sozialisten gegen die Fabrikgesellschaft«. Der Handwerker-Sozialist zeichnet sich aus durch seine Fachkompetenz und ein daraus resultierendes hohes Selbstbewusstsein, welches sich wiederum auf ein sehr hohes Maß von Produktionswissen stützen konnte (Boch 1985, S. 289). Die auf Erfahrungswissen und handwerkliche Fähigkeiten basierende Marktmacht versuchten diese kleinindustriellen Gesellenarbeiter in eigenen Fachvereinen mit handwerklich-zünftlerischen Merkmalen auf örtlicher Basis zu sichern – gegen die einbrechenden anonymen großindustriellen Strukturen, die ihre Fähigkeiten überflüssig machten bzw. entwerteten und somit die Verhandlungsposition ihrer Gewerkschaftsverbände schwächten. Im Syndikalismus oder auch im räte- bzw. linkskommunistischen Unionismus zeigte sich demnach eine Arbeiterklasse des Übergangs, die Protest anmeldete gegen den kapitalistisch-industriellen Wandel und gegen die Unternehmerwillkür. Diese These vom historischen Syndikalismus als Übergangserscheinung der Industrialisierung wurde durch internationale Vergleichsdarstellungen von Larry Peterson und Marcel van der Linden mehr oder weniger bestätigt (Peterson 1983; van der Linden 1990 u. 2001).

Dass insbesondere der Anarchismus und Anarchosyndikalismus als Deutungsmuster oder Projektionsfläche bzw. Reflektionsgegenstand stets für mancherlei Vorstellungen dienten, die nicht unbedingt dem Sinne ihrer einstigen Protagonisten entsprachen, sei hier nur am Rande bemerkt. Dies betrifft sowohl die Protestbewegung der sechziger Jahre, die Aktionen der RAF seit den frühen siebziger Jahren und schließlich die alternativen Neuen sozialen Bewegungen in den achtziger Jahren. Diese wurden allesamt irgendwann einmal von der bürgerlichen Öffentlichkeit mit dem Etikett des Anarchismus versehen. Nur selten gelang es, die historischen Bezüge für die aktuelle Situation mit überzeugenden Argumenten zu thematisieren (z. B. von Lösche 1977; Linse 1983 u. 1986). Selbstverständlich birgt auch die wissenschaftliche Beschäftigung mit dem Thema selbst etwas implizit Politisches in sich, ob diese nun einen affirmativen oder pejorativen Standpunkt einnimmt. Der Paradigmenwechsel von der Geistes-, zur Gesellschafts- und dann zur Kulturgeschichte und die damit verbundenen neu justierten Methodenansätze lenkte den Blick nun zeitweilig stärker auf die betriebliche Basis, auf die Mentalitätslagen und den Alltag sowie die *sozialmoralischen Milieus* (Rainer M. Lepsius) des Linksradikalismus, doch dies um den Preis des Verlustes des Spezifischen als auch des Politischen.

Um 1989/90 endete die wissenschaftliche Konjunktur der jenseits der KPD verorteten radikalen Linken. Seit Ende der achtziger Jahre erschienen nunmehr Forschungsbilanzen, so etwa die genannten Aufsätze von Marcel van der Linden, Peter Schöttler, Hans-Manfred Bock sowie von Bert Altena über die über makroökonomische Rahmenbedingungen hinausgehenden sozialhistorischen Verbindungslinien von Anarchismus und Syndikalismus (Altena 1999) sowie eine komprimierte Forschungsbilanz von Dieter Nelles (Nelles 1995), die jeweils auf Forschungsdefizite verwiesen. Eine erkennbare Wirkung zeigten die Markierungen vorhandener Lücken allerdings kaum. Als die lang vergriffene Studie von Hans-Manfred Bock im Jahr 1993 in einer unveränderten Neuauflage, nur mit einem ergänzenden Nachtrag erschien, erklärte der Autor, die seit den letzten zwanzig Jahren vorgelegten Arbeiten hätten die Kenntnisse zwar insgesamt vertieft, seine Darstellung jedoch alles in allem nicht verändert. Diese Einschätzung trifft allenfalls für die organisationsgeschichtliche Seite der Bewegung zu (Rübner 1994). Seit Mitte der 1980er Jahre stehen sozialhistorische Untersuchungen zur Verfügung, die den mikroperspektivischen Blick auf die betriebliche Praxis der Syndikalismus und Rätekommunismus wesentlich erweitern (Cattaruzza 1988; Grüttner 1984; Hartewig 1993; Weinbauer 1994; Welskopp 1994). Dies betrifft die Seeleute, die Werft- und Hafearbeiter der großen Küstenstädte sowie die Bergleute und Hüttenarbeiter des Ruhrgebiets, deren arbeitsplatzbezogenen, informellen Gruppenbildungsprozesse eher den basisorientierten Assoziationskonzepten des Syndikalismus entsprachen als den hierarchischen Repräsentationsformen der »befestigten« Gewerkschaftsverbände.

In den neueren sozialhistorischen Darstellungen taucht der Syndikalismus/Unionismus als zeitweiliges betriebliches Phänomen auf (»Betriebssyndikalismus«) und wird bis etwa 1923/24 registriert. Insgesamt zeigt sich, dass der antiautoritäre Linksradikalismus als zeitgeschichtliches Phänomen gewissermaßen in der Wirklichkeit der Bundesrepublik angekommen ist. Von der Sozialwissenschaft abseits der Adepten der zu diesem Zeitpunkt noch Totalitarismustheorie wurde beides längst nicht mehr pauschal abwertend behandelt oder abgekanzelt. Damit eigne sich die antiautoritären Theorie- und Praxisgeschichte vielleicht sogar ein Stück weit zur demokratischen Legitimation. Und deshalb war und ist es nur folgerichtig, diese in die »Tradition des freiheitlichen Sozialismus« einzuordnen (Bock 1969/1993, S. 476 f.). Die offenkundige Normalisierung bedeutete indessen nicht, dass der emanzipatorische bzw. antiautoritäre Linksradikalismus als gesellschaftspolitische Alternative beachtet wird.

Neue Konjunkturen: Das Rinks-Lechts von Totalitarismus und Extremismus

Eines antitotalitären Korrektivs bedurfte es jedoch nach dem Zusammenbruch des autoritären (»realsozialistischen«) Staatenblocks nicht mehr. *Der Kommunismus* galt im Bewusstsein einer breiten Öffentlichkeit nunmehr als gescheiterte Bewegung; die ihm zugrundeliegenden Ideen diskreditiert durch die totalitäre Herrschaftspraxis jener Systeme, die sich auf ihn beriefen. Der Run auf die seit dem Zusammenbruch von 1989 zugänglichen Quellen der ehemaligen DDR-Archive verhalf allerdings der zeitgeschichtlichen Forschung über den deutschen Kommunismus (dieser wird in der Regel mit der KPD gleichgesetzt), ungeachtet einer mehr oder weniger brachliegenden Arbeitergeschichtsschreibung, zu einem neuen Aufwind (vgl. Bois, Wilde 2010). Neben einer Anzahl von Detailstudien, viele mit lokal- oder regionalhistorischen Schwerpunkten, sind seit der Mitte der neunziger Jahre vor allem von Klaus-Michael Mallmann (1996) und Eric D. Weitz (1997) bedeutende sozialhistorische Untersuchungen zur Geschichte der KPD erstellt worden, zumal diese durch die Anwendung von milieutheoretischen Methodenansätzen den Kenntnisstand über die Mitgliederbasis der KPD zu erweitern beabsichtigen. Auch die organisatorischen, zum Teil paramilitärischen Substrukturen (z. B. M-, Z- und Nachrichtenapparat, Rotfrontkämpferbund) oder die kultur- und sozialpolitischen oder gewerkschaftlichen Vorfeldverbände der KPD, einschließlich ihrer Praxisfelder (Presse- und Publikationstätigkeit, Kommunalpolitik, Gewerkschafts- und Parlamentsarbeit sowie ihre aufständischen Aktivitäten) sind längst über die Grundzüge hinaus bekannt. Dies trifft ebenfalls zu für die mannigfaltigen Abspaltungen und Zusammenschlüsse am »rechten«, »linken« bzw. »ultra-linken« Rand der Partei oder jenseits ihrer unmittelbaren organisatorischen Zusammenhänge (Arbeiterunions, Kommunistische Arbeiterpartei, Kommunistische Arbeitsgemeinschaft, Entschiedene Linke, Leninbund, Kommunistische Partei Deutschlands – Opposition, »Nationalbolschewisten« usw.), die mittlerweile ihre jeweiligen Chronisten gefunden haben. Außerdem widmete sich eine Anzahl von Projekten der Verfolgung in beiden Diktaturen sowie dem Widerstand und Exil der deutschen Kommunisten (Nelles 2007; Weber, Herbst 2008).

Was sich allerdings auf den ersten Blick gegenüber der »alten« (Partei-)Kommunismusforschung (Weber 1969) als innovativ aufstellte, ist bei genauem Hinsehen eine geradezu zynische Verachtung der unterprivilegierten Gesellschaftsschichten. In der akademischen Kontroverse wurde Hermann Webers These, wonach die Stalinisierung der KPD – bedingt durch eine zunehmende Abhängigkeit von der Kommunistischen Internationale – bei einer gleichzeitig fortschreitenden Entdemokratisierung der Partei zu einem monolithischen, hierarchisierten Apparat, seit 1924 einer demokratischen Entwicklung des Kommunismus ein Ende bereitet hätte, angezweifelt (Hoppe 2007, S. 13 ff.). Mallmann konstatiert hingegen eine weitergehende und länger dauernde Autonomie der Mitgliederbasis als gemeinhin unterstellt. In seinem Unterfangen, ein linksradikalspezifisches Mentalitätsprofil auf der Grundlage des von Rainer M. Lepsius entwickelten Schemas der »sozialmoralischen Milieus« für die Kommunisten in der Weimarer Republik zu rekonstruieren, entwirft Mallmann einen kognitiv reduzierten, mit einem proletarischen Inferioritätskomplex behafteten, ja geradezu degeneriert erscheinenden Arbeitertypus, der den Spagat zwischen Wirklichkeit und Wunschvorstellung nicht zu bewältigen vermag und dessen eschatologische Heilserwartungen ein »kommunistisches Disneyland« projizieren (Mallmann 1996, S. 230 f., 298, 488). Solche (Spät-) Diagnosen über die Motivlagen in linksradikalen Organisationen kommen natürlich einer geistigen Entmündigung der untersuchten Subjekte gleich. Zum nachträglichen Ruf nach der Polizei, der – wie gesagt – seit Arthur Rosenberg angesichts eines linksradikalen Utopismus verschiedentlich zu vernehmen war, gesellt sich nunmehr derjenige nach dem Psychiater. Hier wird erkenntlich, dass gesellschaftsverändernde Aktivitäten heutzutage mit ebenso wenig Sympathie rechnen können.

Gegen den sozialgeschichtlichen Zugriff, in der sich die Basis der stalinisierten KPD durchaus noch eigensinnig behauptet hatte, und noch vehementer gegen die ältere Kommunismusforschung, die den emanzipativen Anspruch z. B. der links- bzw. rätekommunistischen Tendenz nicht völlig ausgeblendet hatte, begann sich ab der

Mitte der 1990er Jahre das Totalitarismuspostulat einer neuen Generation zu positionieren. So legte Andreas Wirsching eine dieser Machart verpflichtete, voluminöse Studie vor, die sich quellengesättigt präsentiert und dabei einen komparativen, länderübergreifenden Ansatz zu integrieren beabsichtigt (Wirsching 1999). Insofern hatte sich Mallmann bald in der für ihn sichtlich unerfreulichen Kritik auseinanderzusetzen, er habe nicht nur die Spaltung der deutschen Arbeiterbewegung aufzuheben versucht, also gewissermaßen das gutbürgerliche Schreckgespenst einer proletarischen Einheitsfront reanimiert, sondern gar einen »besseren« Kommunismus« favorisiert (Wirsching 1997, S. 457 u. 460). Der solcherart Attackierte ließ sich immerhin zwei Jahre Zeit, bis er sich pflichtschuldig von jedwedem Sympathisantenverdacht distanzierte, zumal er den Kommunismus ja »nie als demokratisches Projekt« betrachtet hätte (Mallmann 1999, S. 415).

In der Extremismusforschung werden die Ordnungssysteme »Parlamentarismus-Rätesystem« als antipodische Konträrkonzepte gesetzt, was zur Fundierung der abenteuerlichen These dient, wonach »der linke Antiparlamentarismus zum Untergang der Weimarer Republik beitrug« und »Hitlers totalitärer Bewegung mit zum Aufstieg verhalf« (Bavaj 2005, S. 16). Der Rätebewegung sei es demnach zuzuschreiben, dass immer größere Anteile der deutschen Bevölkerung Schutz bei der extremen Rechten suchten, die sich damit quasi als letztes Bollwerk gegen den kommunistischen Umsturz aufstellen konnte. Die Sozialdemokratie hätte angesichts dieser umfassenden Bedrohung eng mit den traditionellen Machteliten kooperiert, was wiederum zur Radikalisierung von linken Arbeitern und Intellektuellen beigetragen habe (Bavaj, S. 495). Seit den Studien von Karl Dietrich Bracher aus den 1950er Jahren kann es als erwiesen gelten, dass die Weimarer Republik von oben und aus der Mitte zerstört wurde. Unbenommen der schwer zu überschauenden ArbeiterInnengeschichte und der zuweilen erforderlichen Komplexitätsreduktionen offenbart sich hier eine informierte Laienhaftigkeit. Weder gelingt es ihm, an den angerissenen Forschungsoutput anzuknüpfen noch von der jahrzehntelangen Methodenentwicklung zu profitieren. Stattdessen hat er beides – sei es aus politischen Gründen oder schlicht aus Unkenntnis – ignoriert. Bereits die antimarxistische Kritik der späten sechziger Jahre ist jedenfalls durch ein wesentlich höheres Maß an Vertrautheit mit den diachronen Tendenzen der Vor- und Zwischenkriegsgeschichte des Linksradikalismus gekennzeichnet, als seine ahistorischen Einebnungsversuche unter einem nachträglich oktroyierten Extremismusverdikt (vgl. z. B. Kool 1970). Was auf den ersten Blick als nebensächliche Querele von Akademikern erscheinen mag, zeugt von einem fundamentalen Wandel in der Geschichtspolitik und des politischen Klimas hierzulande. Eine emanzipatorische historische Wissenschaft, die unhaltbaren Befunden öffentlichkeitswirksam entgegenarbeitet, ist dringender notwendig denn je.

Literatur

- Allmendinger, Björn: »Brecht dem Schütz die Gräten, alle Macht den Räten«. Die Rätebewegung – historische Inspiration und theoretische Bürde der 68er-Bewegung, Marburg 2009.
- Altena, Bert: Zur Analyse des revolutionären Syndikalismus, in: Mitteilungsblatt des Instituts zur Erforschung der europäischen Arbeiterbewegung (IGA) 22 (1999), S. 5-35.
- Balzer, Friedrich-Martin; Bock, Hans Manfred; Schöler, Uli (Hrsg.), Wolfgang Abendroth Wissenschaftlicher Politiker. (1906 – 1972). Biobibliografische Beiträge, Opladen 2001.
- Bavaj, Riccardo: Von links gegen Weimar. Linkes antiparlamentarisches Denken in der Weimarer Republik, Bonn 2005.
- Boch, Rudolf: Handwerker-Sozialisten gegen Fabrikgesellschaft. Lokale Fachvereine, Massengewerkschaft und industrielle Rationalisierung in Solingen 1870 bis 1914, Göttingen 1985.
- Bock, Hans Manfred: Anarchosyndikalismus in Deutschland. Eine Zwischenbilanz, in: IWK 25 (1989), Nr. 3, S. 293-358.
- Bock, Hans Manfred: Geschichte des »linken Radikalismus« in Deutschland. Ein Versuch. Frankfurt/M. 1976.
- Bock, Hans Manfred: Neuere Forschungen zur Holländischen Marxistischen Schule, in: IWK 24 (1988), Nr. 4, S. 516-538.
- Bock, Hans Manfred: Syndikalismus und Linkskommunismus von 1918 – 1923. Ein Beitrag zur Sozial- und Ideengeschichte der frühen Weimarer Republik, Darmstadt 1993 (zuerst 1969).
- Bois, Marcel; Wilde, Florian: Ein kleiner Boom: Entwicklungen und Tendenzen der KPD-Forschung seit 1989/90, in: Jahrbuch für historische Kommunismusforschung 2010, S. 309-322.
- Cattaruzza, Marina: Arbeiter und Unternehmer auf den Werften des Kaiserreichs, Stuttgart 1988.
- Grüttner, Michael: Arbeitswelt an der Wasserkante. Sozialgeschichte der Hamburger Hafenarbeiter 1886 – 1914, Göttingen 1984.
- Hartewig, Karin: Das unberechenbare Jahrzehnt: Bergarbeiter und ihre Familien im Ruhrgebiet 1914 – 1924, München 1993.
- Heigl, Richard: Oppositionspolitik. Wolfgang Abendroth und die Entstehung der Neuen Linken, Hamburg 2008.
- Hoppe, Bert: In Stalins Gefolgschaft. Moskau und die KPD 1928 – 1933, München 2007.
- Kool, Frits (Hrsg.), Die Linke gegen die Parteiherrschaft, Freiburg i. B. 1970. Linse, Ulrich: Barfüßige Propheten. Erlöser der Zwanziger Jahre, Berlin 1983.
- Linse, Ulrich: Zurück, o Mensch, zur Mutter Erde. Landkommunen in Deutschland 1890 – 1933, München 1983.
- Linse, Ulrich: Ökopax und Anarchie. Eine Geschichte der ökologischen Bewegungen in Deutschland, München 1986.
- Lucas, Erhard: Märzrevolution 1920, 3 Bde., Frankfurt/M. 1970, 1974 u. 1978.
- Lucas, Erhard: Ursachen und Verlauf der Bergarbeiterbewegung in Hamburg und im westlichen Ruhrgebiet 1918/19. Zum Syndikalismus in der Novemberrevolution, in: Stadtarchiv Duisburg (Hrsg.), Duisburger Forschungen. Schriftenreihe für Geschichte und Heimatkunde

- Duisburg, Bd. 15 (1971), S. 1-119.
- Lucas, Erhard: Zum Entstehungsprozeß und zum Ansatz der Untersuchung »Zwei Formen von Radikalismus in der deutschen Arbeiterbewegung«, in: Arbeiterradikalismus und die »andere« Arbeiterbewegung. Zur Diskussion der Massenarbeiterthese, Bochum 1977, S. 61-75.
- Lucas, Erhard: Zwei Formen von Radikalismus in der deutschen Arbeiterbewegung, Frankfurt/M. 1976.
- Mallmann, Klaus-Michael: Gehorsame Parteisolddaten oder eigensinnige Akteure? Die Weimarer Kommunisten in der Kontroverse – Eine Erwiderung, in: VfZ 47 (1999), Nr. 3, S. 401-415.
- Mallmann, Klaus-Michael: Kommunisten in der Weimarer Republik. Sozialgeschichte einer revolutionären Bewegung, Darmstadt 1996.
- Müller, Dirk H.: Gewerkschaftliche Versammlungsdemokratie und Arbeiterdelegierte vor 1918, Berlin 1985.
- Nelles, Dieter: Neuere Studien zur Geschichte des deutschen und internationalen Kommunismus, in: Sozialwissenschaftliche Literaturrundschau 30 (2007), H. 1 [54], S. 47-57.
- Nelles, Dieter: Syndikalismus und Unionismus. Neuere Ergebnisse und Perspektiven der Forschung, in: IWK 31 (1995), Nr. 3, S. 348-356.
- Peterson, Larry: German Communism, Workers' Protest, and Labor Unions. The Politics of the United Front in Rhineland – Westphalia 1920 – 1924, Dordrecht, Boston, London 1993.
- Peterson, Larry: The One Big Union in International Perspective. Revolutionary Unionism 1900 – 1925, in: Cronin, James E.; Sirianni, Carmen (Hrsg.): Work, Community and Power. The Experience of Labor in Europe and America 1900 – 1925, Philadelphia 1983, S. 49-87.
- Rosenberg, Arthur: Geschichte der Weimarer Republik, Frankfurt/M. 1961.
- Roth, Karl Heinz: Die »andere« Arbeiterbewegung und die Entwicklung der kapitalistischen Repression von 1880 bis zur Gegenwart. Ein Beitrag zum Neuverständnis der Klassengeschichte in Deutschland, München 1977.
- Rübner, Hartmut: Freiheit und Brot. Die Freie Arbeiter-Union Deutschlands. Eine Studie zur Geschichte des Anarchosyndikalismus, Berlin 1994.
- Schöttler, Peter: Syndikalismus in der europäischen Arbeiterbewegung. Neue Forschungen in Frankreich, England und Deutschland, in: Historische Zeitschrift, Sonderh. 15 (1986), S. 419-475.
- Siegfried, Detlef: Das radikale Milieu. Kieler Novemberrevolution, Sozialwissenschaft und Linksradikalismus 1917 – 1922, Wiesbaden 2004.
- van der Linden, Marcel: Aufstieg und Fall des revolutionären Syndikalismus, in: 1999. Zeitschrift für Sozialgeschichte des 20. und 21. Jahrhunderts 5 (1990), Nr. 3, S. 9-38.
- van der Linden, Marcel: Neue Überlegungen zum revolutionären Syndikalismus, in: 1999. Zeitschrift für Sozialgeschichte des 20. und 21. Jahrhunderts 16 (2001), Nr. 2, S. 141-158.
- Vogel, Angela: Der deutsche Anarcho-Syndikalismus. Genese und Theorie einer vergessenen Bewegung, Berlin 1977.
- Weber, Hermann: Die Wandlung des deutschen Kommunismus. Die Stalinisierung der KPD in der Weimarer Republik, 2 Bde., Frankfurt/M. 1969.
- Weber, Hermann; Herbst, Andreas: Deutsche Kommunisten. Biographisches Handbuch 1918 bis 1945. Überarbeitete und stark erweiterte zweite Auflage, Berlin 2008.
- Weinhauer, Klaus: Alltag und Arbeitskampf im Hamburger Hafen. Sozialgeschichte der Hamburger Hafenarbeiter 1914 – 1933, Paderborn 1994.
- Weitz, Eric D.: Creating German Communism, 1890 – 1990. From Popular Protest to Socialist State, Princeton (New Jersey) 1997.
- Welskopp, Thomas: Arbeit und Macht im Hüttenwerk. Arbeits- und industrielle Beziehungen in der deutschen und amerikanischen Eisen- und Stahlindustrie von den 1860er bis zu den 1930er Jahren, Bonn 1994.
- Winkens, Ursula: Soziale Lage, rechtliche Rahmenbedingungen und Interessenartikulation der Seeleute im Deutschen Kaiserreich 1872 – 1914. Ein Beitrag zu einer seemännischen Sozialgeschichte, phil. Diss. Hamburg 1987.
- Wirsching, Andreas: »Stalinisierung« oder entideologisierte »Nischengesellschaft«? Alte Einsichten und neue Thesen zum Charakter der KPD in die Weimarer Republik, in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte (VfZ) 45 (1997), Nr. 3, S. 448-466.
- Wirsching, Andreas: Vom Weltkrieg zum Bürgerkrieg? Politischer Extremismus in Deutschland und Frankreich 1918 – 1933/39. Berlin und Paris im Vergleich, München 1999.

AutorInnen

Björn Allmendinger

(Jg. 1983) hat Geschichte und Politikwissenschaft an der Carl von Ossietzky Universität Oldenburg studiert. Derzeit arbeitet er als wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Politische Wissenschaft der Leibniz Universität Hannover und promoviert über die globalisierungskritischen Staats- und Demokratievorstellungen.

Kontakt: b.allmendinger@ipw.uni-hannover.de.

Marcel Bois

(Jg. 1978) hat Geschichte, Soziologie und Kunstgeschichte in Konstanz und Hamburg studiert. Derzeit promoviert er an der Universität Hamburg über die linke, anti-stalinistische Opposition in der KPD der Weimarer Republik. Er ist Mitglied des Gesprächskreises Geschichte der Rosa-Luxemburg-Stiftung und einer der Sprecher der Historischen Kommission der LINKEN.

Kontakt: marcel.bois@gmx.de.

Gerhard Hanloser

(Jg. 1972) hat Soziologie und Geschichte in Freiburg studiert. Er arbeitet selbständig als Dozent in der Erwachsenenbildung und promoviert nebenbei zum Thema »Linksradikale Totalitarismuskritik«.

Kontakt: ghanloser@freenet.de

Andreas Heyer

promovierte mit einer Arbeit über die französische Aufklärung und beschäftigt sich seit mehreren Jahren mit dem neuzeitlichen utopischen Diskurs und dem oppositionellen Denken in der DDR. Zuletzt erschienen von ihm: Die Utopie steht links, Berlin, 2005. Die Entwicklung der deutschsprachigen Utopieforschung, 3 Bde., Hamburg, 2008 – 2010. Zur Zeit arbeitet er an einer Darstellung der Philosophiegeschichte der DDR.

Kontakt: andreashey2002@yahoo.de.

Bernd Hüttner

(Jg. 1966) ist Regionalmitarbeiter der Rosa-Luxemburg-Stiftung in Bremen, Koordinator des Gesprächskreises Geschichte der RLS und Redakteur der Zeitschrift LuXemburg. Gesellschaftsanalyse und linke Praxis. Er gründete im Jahr 2000 das Archiv der sozialen Bewegungen in Bremen (www.archivbremen.de). Herausgeber des »Verzeichnis der Alternativmedien 2006/2007« (Neu-Ulm 2006, www.alternativmedien.org). Zuletzt (als Hrsg., zusammen mit Peter Birke und Gottfried Oy): Alte Linke – Neue Linke? Die sozialen Kämpfe der 1968er Jahre in der Diskussion (Berlin 2009) und (zusammen mit Christoph Nitz als Mithrsg.): Weltweit Medien nutzen. Medienwelt gestalten; Hamburg 2010.

Kontakt: huettner@rosalux.de.

Christoph Jünke

(Jg. 1964) lebt als Historiker und politischer Publizist in Bochum, ist Mitarbeiter u. a. auf www.globkult.de, Mitglied des Gesprächskreises Geschichte der RLS und Autor von »Sozialistisches Strandgut. Leo Kofler – Leben und Werk (1907 – 1995)« (Hamburg 2007) sowie »Der lange Schatten des Stalinismus. Sozialismus und Demokratie gestern und heute« (Köln 2007). 2010 erscheint von ihm als Herausgeber: »Linkssozialismus in Deutschland. Jenseits von Sozialdemokratie und Kommunismus?«.

Kontakt: Christoph.Juenke@ruhr-uni-bochum.de.

Philipp Kufferath

(Jg. 1980) ist Historiker und wissenschaftliche Hilfskraft in der AG Parteien- und Politische Kulturforschung an der Georg-August-Universität Göttingen. Sein Dissertationsprojekt ist eine politische und intellektuelle Biografie über Peter von Oertzen.

Stefan Müller

(Jg. 1966) hat mit der politischen Biografie über Heinz Dürrbeck promoviert, seit Juni 2010 ist er wissenschaftlicher Mitarbeiter am Historischen Institut der Universität Duisburg-Essen. Politisch ist er im Rosa-Luxemburg-Club Duisburg, der örtlichen VVN und in der Bildungsarbeit der IG Metall engagiert.

Hartmut Rübner

Dr. phil., lebt in Berlin. Er ist Politikwissenschaftler und war Redakteur der Zeitschrift Internationale wissenschaftliche Korrespondenz zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung (IWK). Veröffentlichungen zur Geschichte der Arbeiterbewegung und des Nationalsozialismus. Aktuell arbeitet er an einem Projekt zur Solidaritätsbewegung in den 1970er Jahren (zusammen mit Markus Mohr).

Kontakt: hartmut.ruebner@gmx.net.

Jörn Wegner

(Jg. 1980) Studium der Geschichte und Musikwissenschaft an der Humboldt-Universität Berlin, 2008 Magisterarbeit zur Arbeitermusikbewegung im Nationalsozialismus, seit 2008 Promotion an der Universität Potsdam zu einer vergleichenden Geschichte der britischen und deutschen Arbeiterbewegung.

Florian Wilde

(Jg. 1977) hat Geschichte und Politikwissenschaften in Hamburg und Florenz studiert. Derzeit promoviert er über Ernst Meyer (1887 – 1930) als vergessene Führungsfigur des deutschen Kommunismus. Er ist Bundesgeschäftsführer des Studierendenverbandes Die Linke.SDS, Mitglied des Gesprächskreises Geschichte der Rosa-Luxemburg-Stiftung und einer der Sprecher der Historischen Kommission der LINKEN.

Sebastian Zehetmair

(Jg. 1976) hat Geschichte und Philosophie in München und Berlin studiert. Derzeit promoviert er an der Universität Augsburg über die KPD in Bayern während der Weimarer Republik. Er lebt in Berlin und ist Stipendiat der Rosa-Luxemburg-Stiftung sowie Mitglied der Historischen Kommission der LINKEN.

Hinweis

Marcel Bois, Bernd Hüttner (Hrsg.):

Beiträge zur Geschichte einer pluralen Linken
Heft 2. Theorien und Bewegungen nach 1968

Aus dem Inhalt:

Marcel Bois, Bernd Hüttner

Zur Einführung

Gisela Notz

Selbstbestimmung und § 218

Gisela Notz

Selbstverwaltung und Alternativbewegungen

Uwe Sonnenberg

Agitation und Aufklärung – Zur Geschichte linker Buchläden nach »1968«

Markus Mohr

Der westdeutsche Maoismus und die Partei »Die Grünen«??

Christiane Leidinger

Frühe Debatten um Rassismus und Antisemitismus in der (Frauen- und) Lesbenbewegung
in den 1980er Jahren der BRD

Andreas Heyer

Freiheit und genossenschaftlicher Sozialismus in Robert Havemanns »Morgen«

Sebastian Gerhardt

Die DDR und ihre rebellischen Kinder. Linke Opposition in der Ära Honecker

Sebastian Gerhardt

Vom Kampf gegen die Politbürokratie zur Verteidigung der DDR.
Unabhängige Linke im Kurzen Herbst der Utopie 1989/90

Bernd Hüttner

Zur Geschichte der Internationalismusbewegung in der Bundesrepublik bis 1992

Che 2001

Konjunkturen der Solidarität oder vom Mitgefühl zum Miteinander
Zur Geschichte der autonomen Antirassismusgruppen in Deutschland

Melanie Gross

Gendertrouble und queere Interventionen – Angriffe auf Heterosexismus und Zweigeschlechtlichkeit

Harald Rein

Keine Atempause – Geschichte wird gemacht ... Erwerbslose in Bewegung

Nils Schuhmacher

»Die Antifa«. Zwischen revolutionärer Imagination und bürgergesellschaftlichem Engagement

Steffen Vogel

Das Weltsozialforum: Geschichte und Gegenwart

Bernd Hüttner

Weitere Literatur

